1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 25 vom 24. Juni 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM

Volksdümmlich

Landesparteitag in Baden-Württemberg. Viel war die Rede von Heimat, von Hoffnung und Optimismus, den man verkörpern müsse, ein heimattreues Wappen wurde eingeführt. Wenig war die Rede von Arbeitslosigkeit und Aufrüstung, stattdessen eher von dem berühmten Aufschwung.

Ein richtiger CDU-Parteitag eben. Was fehlte, war nur die große Siegerstimmung. Aber warum? Weil es eben gar kein CDU- sondern der SPD-Parteitag war. Kurs sollte genommen werden auf die Landtagswahlen im nächsten Jahr. Man will der CDU die absolute Mehrheit im Ländle abjagen.

Also muß man die Politik ändern. Bis dahin: So weit, so gut. Und sicher wird auch keiner behaupten wollen, man müsse nur eine linkere Politik machen, dann würden die Stimmen schon kommen. Die das früher sagten, die Jusos, sie blieben im wesentlichen stille.

Aber die Konsequenz der Ulrich Lang und Co. ist gerade andersherum und soll die „volkstümlichen" Reaktionäre aus der Stuttgarter CDU-Riege ausspielen. Einfach genauso rechts, dann wird's schon irgendwie gehen, hofft man. Volkstümlich eben. Oder sollte man eher sagen volksdümmlich?

R(enten)?

Es wäre sowieso alles eine Fehlmeldung, meinte Minister Blüm. Und meinte damit die Nachricht, daß die neueste „Reform" in Bonn heißen sollte, daß Frauen künftig mindestens drei Jahre länger arbeiten sollen.

Er blieb allerdings eine ganze Weile der einzige, der lautstark dementierte. Und sein Hauptbeweggrund dabei war wohl schon das eigene politische Überleben.

Denn so weit weg von einer tatsächlichen Möglichkeit scheint fast niemand einen solchen Vorschlag zu halten. Zuzutrauen wäre es ihnen, so war noch der gängigste Kommentar. Und das stimmt in der Tat, waren doch erst die jüngsten Rentenraubbeschlüsse nicht zuletzt gegen Frauen gerichtet.

Selbst wenn solche Pläne noch ganz tief in der Schublade liegen: Als Frühwarnung hat diese sogenannte Ente einen guten Zweck erfüllt.

Das „Steuergeheimnis" macht's möglich

Flick: Das große Vertuschungsmanöver

Bleibt die Spendenaffäre ungeklärt?

BONN. — Die Bonner Spendenaffäre, oder genauer gesagt die Korruptions- und Bestechungsmachenschaften des Flick-Konzerns sollen nach dem Willen der Bonner Regierungsparteien ungeklärt bleiben. Der mit großen Worten eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuß wird keine Einsicht in die Akten bekommen. Begründung: damit würde das Steuergeheimnis verletzt, und dies sei ein höheres Rechtsgut als die Aufklärung der Affäre durch die Parlamentarier.

Zwischen 840 und 1200 Millionen Mark Steuererlaß hatte der damalige und heutige Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff dem Flick-Konzern beschert. Dieses Steuergeschenk — und dafür gibt es viele Beweise, Dokumente, Aussagen — ist erkauft worden. Durch Spenden, oder wie man es offen ausdrücken sollte, durch Schmiergelder.

Seit Monaten kommen immer wieder Teile dieser Affäre ans Tageslicht. Nachdem ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt worden war, konnte man glauben, jetzt käme volles Licht in diese dunkle Geschichte. Aber weit gefehlt. Der Finanzminister Stoltenberg hatte die rettende Idee. Die vom Ausschuß geforderte Herausgabe sämtlicher Akten dieses Falles, könne nicht von statten gehen, weil dann ja das Steuergeheimnis nicht gewahrt werde.

Diese neue Taktik war kurz zuvor im Bundeskabinett abgesprochen worden. Stoltenberg hatte sie mit dem Innen- und Justizminister abgesprochen, klar, daß der Hauptbelastete in dieser Geschichte, Lambsdorff auch völlig einverstanden war.



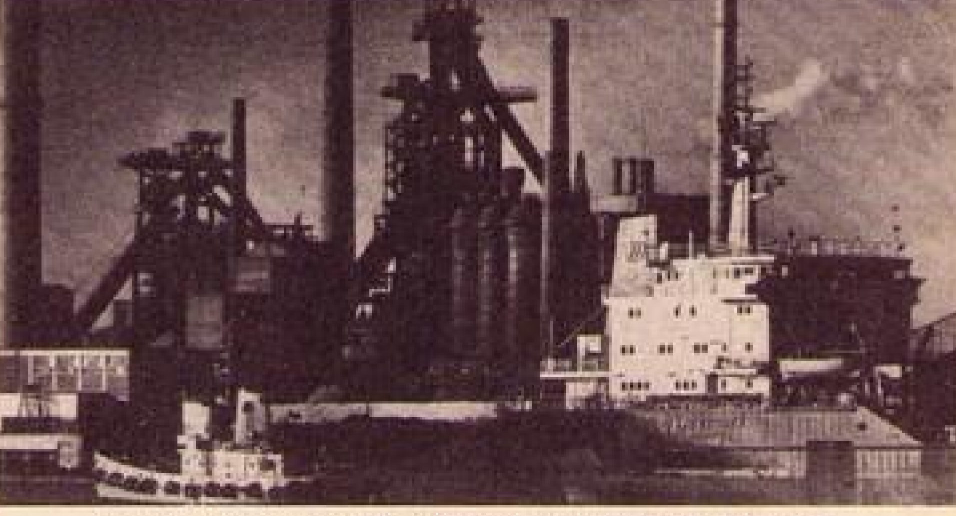
Kohl und Lambsdorff: Nix kommt raus!

So hatte zwar der Untersuchungsausschuß beschlossen, über die Entscheidungen in Sachen Flick, die in Lambsdorffs Ministerium gelaufen sind, und über „Einflußnahme von Dritten" durch Beziehung der diesbezüglichen Akten Beweis zu erheben, — die Regierung, das Kabinett Kohl gibt diese Akten aber nicht raus.

Es liegt auf der Hand, daß dieses Vorgehen der Verantwortlichen in Bonn nur dazu dient, die ganze Angelegenheit zu verschleppen, zu vertuschen — nicht öffentlich werden zu lassen, was da gelaufen ist.

Und nicht zuletzt will man ja auch an andere potente potentielle „Spender" signalisieren, daß man sie — sollte etwas ruchbar werden — keinesfalls der Öffentlichkeit oder gar der Justiz preisgibt.

Während dieser Untersuchungsausschuß also tagt, aber absolut nicht tut, ist eine andere Kommission sehr eifrig. Die von Karl Carstens eingesetzte Expertenkommission, die das leidige Problem der Parteienfinanzierung lösen soll. Schon sind sie mit einem Lösungsvorschlag zur Hand: ganz einfach, die Parteien sollen den Status der Gemeinnützigkeit erhalten. Dann könnten Großverdiener bis zu fünf Prozent ihres Einkommens ganz offen als steuerbegünstigte Spende an die Parteien abführen. Und je größer die Spende, desto höher der Steuervorteil. CDU und FDP wollen noch vor den Sommerferien diese Regelung verabschieden, die SPD möchte aber auch Klein- und Mittelverdienern diese Spenden-(oder Einfluß-?)möglichkeit geben. Zusätzlich will man die Wahlkampfpauschale von bisher 3,50 DM je Stimme auf 5,— DM erhöhen. Untätigkeit — zumindest in diesen Fragen — kann man „unseren" Parlamentariern wirklich nicht vorwerfen.



Auch gefährdet: die Klöckner-Hütte in Bremen

Lambsdorff macht Front

Bonn beharrt auf Stillegungsprämien

Die Reise der drei Betriebsratsvorsitzenden von Hoesch zu Wirtschaftsminister Lambsdorff endete mit einem Eklat: Keinesfalls werde es die von Hoesch über den geltenden Subventionskodex der EG hinaus geforderten Summen geben. Wie er außerdem, zum Erstaunen vieler „Fachleute" noch hinzufügte, werde es auch mit der Fusion Thyssen/Krupp nichts. Und die sogenannten Haushaltspolitiker der Regierungsparteien rundeten dies ab, indem sie Bonner Gelder für die Stahlindustrie so lange aussetzten, bis die jeweiligen Vorstände passende Neuordnungspläne vorgelegt hätten.

Nun zeigte schon die Reaktion in Dortmund, daß dabei unterschiedliche Interessen zutage treten. Während Hoesch-Boß Rohwedder seelenruhig erklärte, er werde auf jeden Fall ein neues Stahlwerk bauen, (weder sagte er allerdings wie noch wie oft das schon gesagt wurde), was eindeutig zur „Beruhigung der Gemüter" und zu sonst nichts dient, denn er, wie alle anderen Stahlbosse auch, ist ja „im Zeitplan" der Arbeitsplatzvernichtung durch betriebliche Notprogramme (mit denen man solange dichtmacht, wie die großen Projekte noch nicht fertig sind), gab es bei den Betriebsratsspitzen und dem stellvertretenden AfA-Chef der SPD, Hans Urbaniak, Unruhe, denn Hoesch brauche doch das Geld. Daß ihnen eingefallen wäre, die Forderungen von Belegschaften und Vertrauensleuten nach einer Verstaatlichung der gesamten Stahlindustrie, nach Bedingungen in bezug auf Arbeitsplatzsicherung zu vertreten, davon wurde allerdings einmal mehr nichts gemeldet.

Die schroffen Bonner Reaktionen zeigen eine Verhärtung des bereits bisher praktizierten Kurses des Laufenlassens und der nachfolgenden Stillegungsprämien an, wobei der konkrete Weg offensichtlich vielfältig ist. Das bedeutet, das nun erst recht Front gemacht werden muß gegen die Kahlschlagspläne, die Forderung nach Verstaatlichung vertreten.

Nach dem Stuttgarter EG-Gipfel

Eine feierliche Deklaration als Kitt

14 Tage nachdem 80000 Gewerkschafter in Stuttgart aus Anlaß des ursprünglich für jenen Termin angesetzten Gipfeltreffens der Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten demonstriert hatten, trafen jetzt die zehn mit einer Riesenbegleitmannschaft zusammen. Hauptthema war das Feilschen ums Geld. Und jeder sah sich als Sieger: Die „Bild"-Zeitung Helmut Kohl, die englische Boulevardpresse natürlich Maggie Thatcher usw. usf. Tatsache ist: Risse wurden nur mühsam gekittet, Risse, die um so deutlicher zutage treten, je mehr die wirtschaftliche Krise stärker wird.

Was die Rückforderungen Großbritanniens anbetrifft, so wurde nach ewigem Gezeter ein Kompromiß gefunden, der aber, nach allen Vereinbarungen längst noch nicht so sicher ist, wie getan wird. Alle sonstigen großartig angekündigten Vorhaben traten da weit zurück, die feierliche Deklaration wurde ernsthaft von niemandem als ein Schritt nach vorne oder sonstwohin bezeichnet.

Die große Kampagne der Bundesregierung, „wir" würden sozusagen alles bezahlen müssen und hätten deshalb auch Ansprüche anzumelden war so erfolgreich nicht, wie vorausberechnet. Denn in der Tat ist diese angebliche Bezahlung der EG aus der bundesdeutschen Staatskasse ja nur eine verdeckte Subvention an die Großkonzerne. Das Geld — beispielsweise die 10 Milliarden Mark jährlich aus der Mehrwertsteuer — bezahlen im wesentlichen die Werktätigen, die den Hauptteil der Endverbraucher stellen, auf die diese Steuer stets abgewälzt wird. Während die westdeutschen Konzerne von den Grundfreiheiten der kapitalistischen Wirtschaft (auf die sich diese EG, mit Ausnahme des Agrarmarktes faktisch beschränkt) die so finanziert werden, profitieren. Daß nun bei den ganzen Finanzschachereien auf dem Gipfel auch wieder beschlossen wurde, erneut die EG-Zahlungen an Israel aufzunehmen, wirft ein weiteres Mal auch Licht auf die Tatsache, wie eng diese EG mit den militärischen Planungen, sei es innerhalb oder außerhalb der NATO, zusammenhängt.



EG-Gipfel in Stuttgart: Die Mienen spiegeln die Stimmung wider

Man erinnere sich in diesem Zusammenhang an den begünstigten EG-Kredit für Großbritannien, um dessen Eroberungskrieg auf den Malvineninseln zu bezahlen. Oder auch an die Hunderte von Millionen für die faschistische Junta in der Türkei oder für den britischen Kolonialkrieg in Irland.

Die Tatsache schließlich, daß es diese wirtschaftlichen Freiheiten den Konzernen erlaubt hat, leichter als früher, internationale Planungen zu machen (man erinnere sich nur an den einst geplanten küstennahen Standort für Hoesch zu dessen Gunsten Neubauten in Dortmund unterblieben) zeigt, daß die Arbeiter von dieser EG rundherum nur Nachteile haben, daß es eine Gemeinschaft der Aufrüstung und der Arbeitsplatzvernichtung ist, daß die Forderung: „Raus aus der EG!" richtig und aktuell ist.

Der in Bremen mit der Bildung des Betrieblich-Alternativen Bündnisses (BAB) durch 350 Kolleginnen und Kollegen aus mehr als 50 Betrieben begonnene politische Zusammenschluß findet zu den Bürgerschaftswahlen im September seine Fortsetzung in der Gründung einer Betrieblich-Alternativen Liste (BAL). Diese erfolgte am 26. Mai durch rund 450 Menschen, von denen knapp 350 unmittelbar der BAL beitraten. Die BAL umfaßt alle wesentlichen Spektren der Bremer Oppositionsbewegung: Die BAB-Mitglieder, Menschen aus der Friedens- und Ökologiebewegung, aus den Bereichen Demokratische Rechte und Ausländerpolitik sowie aus der Frauenbewegung.

Zu den Kommunalwahlen in Bremen:

Betrieblich-Alternative Liste gegründet

In einem Aufruf der BAB heißt es: „Angesichts der drohenden Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, weiteren Abbaus von Arbeitsplätzen in fast allen Bremer Betrieben, der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Unterdrückung von Frauen haben wir erkannt, daß wir nur in gemeinsamer wirklicher Bewegung von unten eine Chance haben, unsere Lebensinteressen durchzusetzen. In Bremen ist es notwendig, der alleinregierenden SPD eine Alternative entgegenzusetzen, die sowohl aus den Betrieben wie aus den „neuen sozialen Bewegungen" kommt und die wirkliche Kraft zur Veränderung der Verhältnisse hat. Wir fordern deshalb alle Menschen auf, die eine fortschrittliche Wende, einen Neuanfang für die lohnabhängige Bevölkerung und für alle Benachteiligten wollen, in unserer Liste in den Fach- oder Stadtteilgruppen mitzuarbeiten.

Um die Interessen all der in der BAL zusammengefaßten Menschen gemeinsam mit den Grünen auch parlamentarisch vertreten zu können, haben wir den Grünen ein Angebot zur Zusammenarbeit und Bildung einer Liste zu den Bürgerschaftswahlen im September gemacht. Die Grünen haben auf ihrer Mitgliederversammlung am 28.5. endgültig jedem Bündnis eine Absage erteilt." Anfang Juni wurde auf zwei Mitgliederversammlungen eine Kandidatur der BAL beschlossen.

In einer Grundsatzerklärung haben Mitglieder der BAL wesentliche Positionen der Liste zusammengefaßt.

Gegen die Politik der herrschenden Parteien tritt die BAL an. „Ansätze des aktiven Widerstandes haben sich in Betrieben und Verwaltungen und in vielen außerparlamentarischen Initiativen entwickelt. Die BAL versteht sich als Teil dieser Bewegungen. Sie kann weder *die* neue Organisation sein, die als Klammer aller oppositionellen Kräfte dient, noch soll sie nur Wahlverein zur Überwindung der 5-Prozent-Hürde sein, sondern die BAL wird auf der Grundlage praktischer Arbeit, gemeinsamen Handelns und politischer Diskussion versuchen, die inhaltliche Qualität alternativer und linker Politik zu verbessern."

Basisdemokratie, Bindung von Funktionsträgern an Beschlüsse der BAL und Rotationsprinzip für mögliche Abgeordnete sind Grundsätze. „Die BAL ist offen für alle oppositionellen Kräfte. Die Mitgliedschaft von Mitgliedern faschistischer und rassistischer Organisationen ist ausgeschlossen."

„Die bestehende Produktions- und Lebensweise hat unsere Gesellschaft in eine tiefe Krise geführt", heißt es in Punkt drei der Erklärung. „Notwendig ist (...) eine grundlegende Änderung der gesamten Arbeits- und Lebensweise in unserem Land. Der Kampf um diese Ziele kann nicht unabhängig von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel gesehen werden. (...) Kampfforderungen aus Belegschaften, die auf die Einschränkung der Macht der Unternehmer und die Ausweitung der Rechte der Belegschaften zielen (...), werden von uns unterstützt." 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, alternative Produktion, Umstrukturierung des Staatshaushalts durch weitergehende Besteuerung von Vermögen und Profit gehören zu den konkreten Forderungen der Liste.

Die Frauen in der BAL haben eigenständige Forderungen erarbeitet. Frauenpolitik ist wesentlicher Bestandteil der Arbeit der BAL. „Wir sind uns darüber im klaren, daß eine längerfristig zu erkämpfende gesellschaftliche Alternative zur Befreiung der Frau untrennbarer Bestandteil unseres Kampfes sein muß. Für uns stellt sich deshalb die Notwendigkeit, den täglichen Kleinkampf zur Verbesserung der Situation der Frau zu verknüpfen mit einer grundsätzlichen Kritik an der bestehenden Gesellschaft, in der Frauen doppelt unterdrückt werden: aufgrund ihrer Lage als Lohnabhängige und aufgrund ihres Geschlechts."

„5. Inmitten einer vergifteten Umwelt gibt es für kommende Generationen keine Zukunft. Die Entwicklung dahin müssen wir aufhalten. (...) Wir wenden uns gegen einen Verzicht auf Lebensqualität; wir wollen mit einer ökologischen und bedarfsorientierten Produktion bessere Lebensverhältnisse für die Masse der Bevölkerung erreichen." Von der Stillegung der Atomanlagen und Rehabilitierung der verfolgten AKW-Gegner bis zur Erhaltung und Neuanlage von Grünflächen reichen die Forderungen der BAL auf diesem Gebiet.

In Punkt 6 stellt die BAL fest: „Unser Eintreten für ein menschengerechtes Leben, für eine gesunde Umwelt und sozial gerechte Verhältnisse nützt wenig, solange die Gefahr besteht, daß unser Land jederzeit zum atomaren Schlachtfeld werden kann." Weiter heißt es dort unter anderem: „In Richtung weltweiter Abrüstung streben wir konkrete Schritte an: An erster und wichtigster Stelle steht für uns der Kampf gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missile. Wir fordern die Abschaffung aller Atomwaffen in Ost und West. Wir halten die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone von Portugal bis Polen für einen zentralen Schritt zur Verringerung der Kriegsgefahr. Die Auflösung aller Militärblöcke, insbesondere der NATO und der Warschauer Vertragsorganisation, muß herbeigeführt werden. Ein wesentlicher Beitrag dazu ist die Herauslösung der BRD aus der NATO."

Abschließend heißt es in Punkt 7.: „Wir wollen Verhältnisse entwickeln, in denen die Menschen in diesem Land ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen selbst bestimmen können." Eine solche gesellschaftliche Entwicklung „ist nur möglich, wenn die Menschen ihre Interessen in die eigenen Hände nehmen." Zur Verteidigung und Erkämpfung demokratischer und sozialer Grundrechte fordert die BAL:

- „Wir wehren uns gegen jede Einschränkung des Demonstrationsrechts.
- Wir fordern die sofortige Abschaffung der Berufsverbote und die Rehabilitierung aller Berufsverbotsopfer.
- Wir kämpfen gegen das Fortbestehen von faschistischen Traditionen und gegen alle Formen des Neofaschismus und Rassismus.
- Wir setzen uns gegen jegliche soziale oder politische Diskriminierung von Ausländern ein. Insbesondere fordern wir das kommunale Wahlrecht für Ausländer.
- Um die Elemente direkter Demokratie zu stärken, fordern wir die Direktwahl der Beiräte, deren Befugnisse zugleich ausgeweitet werden müssen. Die undemokratische 5-Prozent-Klausel ist zu streichen.
- Wir unterstützen alle Formen fortschrittlicher Selbstorganisation der Betroffenen im Stadtteil und in den Betrieben."

Die Arbeit von BAB und BAL, die Bemühungen, nicht einfach einen grünen, sondern einen auf Arbeiterinteressen und Arbeiterpolitik begründeten Zusammenschluß fortschrittlicher Kräfte herbeizuführen und der Politik der herrschenden Parteien entgegenzustellen, ist für alle Linken im gesamten Bundesgebiet von Interesse. Wir werden deshalb auch weiterhin über die diesbezügliche Entwicklung in Bremen berichten. Die Genossen der KPD unterstützen aktiv diese Arbeit.

Strauß — antimonopolistisch?

Auf einer Mitgliederversammlung der südbayerischen Textilindustrie bezeichnete Strauß den „bürokratischen Apparat" als „viel zu schwerfällig im Ausfindigmachen von freien Arbeitskräften und ihrer Vermittlung".

Nanu, Schelte vom CSU-Führer — hat sich Stingl nicht Mühe genug gegeben, mit seiner Anstalt den Wünschen der Kapitalisten zu entsprechen, haben nicht die Maßregelungen von Arbeitslosen, die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen, die Bearbeitung der Stellensuchenden im Sinne der Bedürfnisse des Kapitals die gewünschten Auswirkungen gehabt?

Nun, auch Strauß wird Stingl kaum ernsthaft den guten — aus der Sicht der Betroffenen müßte man sicher sagen: den schlechten — Willen absprechen wollen. Aber heutzutage ist mehr gefragt, mehr gefordert. Jedenfalls bei der CSU und damit bei den hinter ihr stehenden Kapitalkreisen.

Was sie wollen, liegt bei näherer Betrachtung auf der Hand. Das Monopol der Nürnberger Bundesanstalt und die Abwicklung der Stellenvermittlung über diese Zentralstelle erfordert auch die Einhaltung bestimmter Gesetze und auch immer noch bestimmter Schutzbestimmungen für Arbeitslose, die Berücksichtigung bestimmter Rechte, die sie noch haben. Wenige zwar, aber immerhin. Straußens Überlegung: Überläßt man auch die Stellenvermittlung privaten Stellen, läßt sich das ganze nicht nur „unbürokratischer", sondern auch unkontrollierbarer abwickeln, kann man noch mehr Druck auf Arbeitslose ausüben und Bestimmungen unterlaufen.

Das Wohl der Arbeitslosen, die Sorge darum, daß Arbeitslose möglichst schnell einen guten Arbeitsplatz finden, ist jedenfalls das letzte, was Strauß plant. Auch wenn seine Schaumschläger gegen den Bürokratismus darauf abzielt, gerade sie für sich einzunehmen und die schlechten Erfahrungen, die die meisten mit dem Arbeitsamt gemacht haben, für seine Ziele auszunutzen.



Das „Monopol der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit" ist überholt. Meint Franz Josef Strauß.



„Antifaschistischer Kontrollpunkt" in Kreuzberg

Dieser 17. Juni sollte ganz im Zeichen der Wende stehen. Forscher denn je klangen die Reden der Unionsminister und „Vertriebenen"-Funktionäre, die im Geiste die Ostgrenzen der Republik schon ausradiert sehen, die DDR und Polen ausgelöscht, die alten Rittergüter wiedererstanden.

Mit den großen Aktionen der Rechtsaußen hat es allerdings an diesem Tag nicht so recht geklappt. Die aufsehenerregendste Aktion hatte sich die CSU-verwandte Konservative Aktion des Gerhard Löwenthal vorgenommen. Nicht eine, sondern eine Reihe von Aktionen. Natürlich in Berlin, „der Hauptstadt des ganzen Deutschland".

Was sich dann, allerdings mit wesentlich geringerer Beteiligung von verhetzten Jugendlichen, als Löwenthal, Pachmann, Motschmann und die anderen Volksverhetzer eingeplant hatten, abspielte, war eine einzige Kette von Provokationen. Die Kundgebungen vor einem besetzten Haus, bei der die Hausbesetzer lauthals als Kriminelle, Aussteiger, Chaoten beschimpft wurden. Und vor allem als Höhepunkt, die geplante Flugblattaktion in Kreuzberg unter dem Motto „Aktion Heimkehr" — die türkischen Mitbürger sollten aufgefordert werden, doch schleunigst das Land zu verlassen, damit man sie nicht mit Gewalt rausschmeißen muß. Das ganze sollte natürlich etwas vornehmer ausgedrückt werden.

Revanchistische Provokationen

Tausende von Kreuzbergern machten diese letzte Provokation weitgehend zunichte. Die Polizei benutzte einen nichtigen Anlaß zum ersten Knüppeleinsatz, dem eine anhaltende Jagd durch Kreuzberg und viele Festnahmen folgten. Dabei wurden auch gleich ein paar Wohnungen geräumt. Wie hieß es so schön in der Broschüre der Konservativen Aktion: „Berlin — das ist der Inbegriff der Freiheit!"

Insgesamt muß man feststellen, daß die reaktionäre Mobilisierung im ganzen Bundesgebiet nicht das Ausmaß erreichte, daß sich die verschiedenen Organisatoren der Aufmärsche, Kundgebungen usw. versprochen hatten.

Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Revanchismus bei uns tatsächlich neue Blüten treibt und daß er für seine ganze Hetze ein besseres Umfeld vorfindet als in vielen Jahren zuvor. Denn es bleibt eine Tatsache, daß gerade in der Zeit kurz vor dem 17. Juni dieses Jahres von höchstoffizieller Seite ganz detaillierte Pläne ausgearbeitet wurden, wie man im Volk und nicht zuletzt in der Jugend den Boden bereiten kann für einen neuen Feldzug nach Osten, der ein wichtiges, wenn auch nicht das einzige Ziel westdeutscher Großmachtpolitik ist.

Und wenn beispielsweise ein Hupka auf dem Schlesiertreffen in Niedersachsen die Entschlossenheit seiner „Landsmannschaft" zur „Wiedergewinnung der Heimat" (die bei allen Unschuldsbeteuerungen ohne Waffengewalt nicht zu haben ist) betonte, dann weiß er hinter sich heute eine Regierung, für die das zum Programm gehört.

Wenn wir unsererseits versucht haben, an vielen Orten vor dem Revanchismus zu warnen und über die konkreten Kriegsziele „unserer" Kapitalisten aufzuklären, so war das notwendig. Notwendig auch im Sinne der Friedensbewegung, die sich nicht im Protest gegen die Zerstörungskraft von Atombomben im allgemeinen erschöpfen darf. Demgegenüber war es bemerkenswert wenig, was zu diesem Tag etwa von der so DDR-begeisterten DKP zu hören war. Der Vorteil der kommunistischen Partei ist natürlich, daß sie konkret auch die Umstände des 17. Juni 1953 in der DDR aufzeigen kann, während die DKP es bei plumpen Geschichtsklitterungen bewenden lassen muß, die wenig überzeugen können.

Der Kampf gegen den Revanchismus jedenfalls bleibt wesentlicher Bestandteil des Widerstandes gegen die Wendepolitik. Eine Aufgabe, die sich in Zukunft an verschiedenen Orten, in den Schulen, beim Bund, auf der Straße, in unseren Zeitungen usw. immer wieder konkret stellen wird.

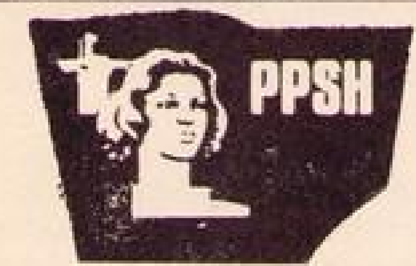
Dietrich Lohse

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

9. Kongreß des albanischen Frauenverbands





Vom 1. bis 3. Juni fand in Durres der 9. Kongreß des Verbandes der Frauen Albaniens (BGSH) statt.

Über 1500 Delegierte und ausländische Gäste aus 20 Ländern, darunter auch eine Genossin unserer Partei, nahmen daran teil.

Der Kongreß verlief in einer guten, kämpferischen und optimistischen Atmosphäre.

Wir werden im nächsten RM ausführlich berichten.

Wie die CDU-Bundesgeschäftsstelle mit den Problemen Arbeitsloser umgeht, macht der unten abgedruckte — echte — Brief deutlich, den Ratsuchende zugeschickt bekommen. Mit einer Verlogenheit sondergleichen werden die Probleme heruntergespielt und die realen Schwierigkeiten — gerade älterer Arbeitsloser glatt geleugnet. Wir weisen vor allem auf die heuchlerische Stelle hin, in der gesagt wird, es gäbe keinerlei konkrete Beschlüsse für Kürzung bei den Unterstützungsleistungen, und die Empfehlung, drei Sätze weiter, wenn der Adressat von Kürzungen betroffen würde, könne er ja zum Sozialamt gehen. (Die Hervorhebungen sind von uns, RM)

„Arbeitslos? — Machen Sie sich nicht zuviel Sorgen!“

CDU 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Herrn...

Sehr geehrter Herr...,

für Ihr Schreiben vom 25. März 1983, das wir aufmerksam gelesen haben, danken wir Ihnen.

Leider ist es für Arbeitslose, die das 40. oder 45. Lebensjahr überschritten haben, oft schwerer als für jüngere Kollegen, wieder einen neuen Arbeitsplatz zu finden. **Im Durchschnitt bleibt aber ein Arbeitsloser zur Zeit etwa sieben Monate lang ohne Arbeit, so daß Sie nicht zu sehr darüber enttäuscht sein dürfen, daß Sie nach dreimonatiger Arbeitslosigkeit noch keine neue Stelle finden konnten.**

Die Finanz- und Haushaltspolitik der Bundesregierung muß nun vor allem den beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung verstärken und auf Dauer unterstützen, um die Wachstumskräfte zu fördern und die Arbeitsmarktlage zu verbessern. Wegen der katastrophalen Lage der öffentlichen Haushalte sind leider weitere Sparmaßnahmen unausweichlich. Im Bundeshaushalt besteht für 1984 die Notwendigkeit von Kürzungen in der Größenordnung von mindestens 6,5 Milliarden Mark. Die Koalitionspartner haben sich darauf verständigt, den Haushalt durch Einsparungen zu sanieren und nicht durch Abgaben- oder Steuererhöhungen. Schließlich ist die Belastung der Arbeitseinkommen mit Steuern und Abgaben in den letzten Jahren schon gewaltig angestiegen.

Bei der Diskussion von Einsparungsvorschlägen darf es keine Tabus geben. Bisher sind aber keinerlei konkrete Beschlüsse gefaßt worden, auch nicht über Einsparungen bei den Unterstützungsleistungen für Arbeitslose. Die Bundesregierung wird — wie bisher auch — die notwendigen Einschränkungen sozial gerecht verteilen. Auch wegen Ihrer persönlichen finanziellen Lage sollten Sie sich **nicht zuviel Sorgen machen. Mit Ihrem derzeitigen Einkommen liegen Sie knapp über dem Sozialhilfesatz, so daß Sie selbst dann, wenn Sie von Kürzungen betroffen sein sollten, Leistungen des Sozialamtes beanspruchen könnten. Außerdem sollten Sie einmal überlegen, ob Sie nicht in Ihrem persönlichen Etat bei Strom, Verkehrsmitteln und Pflegemitteln einsparen können.** Sie haben dafür bisher 180 DM veranschlagt, gegenüber 200 DM für Ihre Ernährung. Falls sich in den genannten Bereichen Einsparungsmöglichkeiten ergeben, ständen Ihnen mehr Geld für Ihre eigentliche Lebensführung zur Verfügung.

Zu Ihrer näheren Information erhalten Sie anliegend den Wortlaut der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Für Ihre Zukunft und die Suche nach einem Arbeitsplatz wünschen wir Ihnen alles Gute. Bitte verlieren Sie nicht den Mut.

Mit freundlichen Grüßen

Jugendarbeitsschutzgesetzgebung

Früher aufstehen — länger arbeiten!

Unternehmerwille durchgesetzt

BONN. — Die von den Unternehmern schon lange geforderte Abschaffung sogenannter „ausbildungshemmender Vorschriften“ ist jetzt vom Bundeskabinett beschlossen worden. Lediglich der Bundesrat muß den Gesetzesänderungen noch zustimmen. Bei der CDU-Mehrheit dort kann man davon ausgehen, daß die Änderungen bald genehmigt werden, und noch im Herbst Jugendliche in mindestens 170000 Ausbildungsverhältnissen betroffen sein werden.

Nach der neuen Verordnung soll es vor allem weitere Ausnahmen vom gesetzlichen Arbeitsbeginn (frühestens 7.00 Uhr) und -ende (spätestens 20.00 Uhr) geben. Künftig können Jugendliche ausgebildet werden:

— ab 6.00 Uhr in Krankenanstalten (über 17 Jahre)
— ab 6.00 Uhr auf Baustellen (über 16 Jahre)
— ab 6.00 Uhr und bis 22.00 Uhr in mehrschichtigen Betrieben der Papier- und Textilindustrie (über 16 Jahre)
— ab 6.00 Uhr in Metzgereien.

Darüberhinaus plant die Bundesregierung noch für 17jährige Bäcker- und Konditorlehrlinge den Arbeitsbeginn auf 4.00 Uhr statt bisher auf 5.00 Uhr festzulegen.

Hauptbegründung für diese Änderungen ist die Behauptung, um bestimmte Ausbildungen zu gewährleisten, wie etwa das Brötchenbacken oder Mauern, müßten die Lehrlinge eben so früh zur Verfügung stehen. Aber wieso — kann man dann fragen — sind dann nicht bisher die Lehrlinge, die später zu arbeiten begannen, nicht reihenweise durch die Prüfungen gefallen?

Im Kommentar zum zuletzt 1976 reformierten Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) hieß es noch ganz deutlich: *„Eine ausreichende Nachtruhe ist für jeden lebenswichtig. Für junge, in der Entwicklung stehende Menschen ganz besonders. Der* (damals verhinderte, RM) *Arbeitsbeginn ab 6.00 Uhr erfordert je nach Länge des Anfahrtsweges Aufstehzeiten ab 4.00 Uhr. Diese Aufstehzeiten fallen in die ‚physiologische Nacht‘ und sollten gerade dem jungen Menschen nicht zugemutet werden:“* Die jetzigen Änderungen allerdings muten dies genau den jungen Menschen zu. So geht — schon kurz nach der Wende in Bonn — ein großer Unternehmerwunsch in Erfüllung: Das Profitinteresse siegte hier ganz deutlich über den notwendigen und in langen Kämpfen von der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung errungenen Gesundheitsschutz für junge Arbeiter.

Ein weiteres Argument der Unternehmer, mit dem sie diese Änderung durchsetzen wollten, war die Behauptung, ausbildungshemmende Maßnahmen gäbe es vor allem in Bereichen des Bäcker- und Fleischerhandwerks und in der Krankenpflege. Die Abschaffung dieser „ausbildungshemmenden Maßnahmen“ würde mehr Lehrstellen schaffen. Aber genau in diesen Bereichen ist die Zahl der Ausbildungsplätze in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen! Im Bäckerhandwerk gab es zwischen 1975 und 1981 eine Zunahme der Ausbildungsplätze um 71,5 Prozent, im Fleischerhandwerk um 10,2 Prozent. Auch die Ausbildungsplätze in Krankenanstalten nahmen zu. So stieg die Zahl der auszubildenden Krankenpfleger und Krankenpflegerhelfer allein bei der Vereinigung Kommunaler Arbeitgeber (VKA) zwischen 1977 und 1981 um 16,4 Prozent. Selbst in der Textilindustrie gab es trotz insgesamt drastisch rückläufiger Arbeitsplatzentwicklung im Zeitraum von 1975 bis 1981 zusätzliche neue Ausbildungsplätze.

So wird ganz deutlich, daß es den Unternehmern um nichts anderes geht, als die billige Arbeitskraft Auszubildender in den vorgenannten Bereichen noch profitabler auszubeuten als bisher. Und die Bundesregierung sichert das alles gesetzlich ab.

Dieser Angriff auf die Gesundheit einer großen Gruppe Jugendlicher, dieser Raubbau an ihrer Gesundheit muß entschieden bekämpft werden. Da wird die bisherige Stellungnahme des DGB, ein Brief an die Regierung, nicht ausreichen. In dem Brief heißt es „Der DGB lehnt die geplante Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes ab.“ Soweit so gut — aber es wird Zeit, daß man was tut!

Solidarität mit Manfred und Andreas



Andreas Bortfeldt
Strafvollzugsanstalt
Bautzen
Postschließfach 100-2
8600 Bautzen/DDR



Manfred Wilhelm
Strafvollzugsanstalt
Brandenburg
Postschließfach 66-9
1800 Brandenburg/DDR

Angehörige der wegen oppositioneller kommunistischer Tätigkeit in der DDR Verhafteten und zu langjährigen Freiheitsstrafen Verurteilten haben den untenstehenden Appell an den Ministerrat der DDR verfaßt. Dieser Appell wurde mittlerweile von vielen hundert Menschen unterzeichnet. Unter ihnen sind der Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll, der ehemalige Westberliner Bürgermeister Heinrich Albertz und viele andere Literaten, Wissenschaftler und Ärzte. Wir möchten auch die Leser des „Roten Morgen“ auffordern, diesen Appell zu unterzeichnen.

APPELL AN DEN MINISTERRAT DER DDR

An den
Ministerrat der DDR

Dr. med. Knut Bortfeldt
Westerweder Str. 31
2804 Lilienthal

Sehr geehrte Damen und Herren,
im April, Juni und Juli dieses Jahres wurden engste Angehörige von uns in Berlin zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Unter ihnen sind die vom Internationalen Sekretariat von amnesty international als Gewissensgefangene anerkannten Bürger der DDR Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt.

Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt wurden zu je acht Jahren Gefängnis verurteilt. Die Urteile wurde damit begründet, daß Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt sich der staatsfeindlichen Hetze schuldig gemacht hätten. Konkret ging es um die Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer oppositionellen politischen Partei — der KPD — in der DDR, um die Herstellung und Verbreitung des Parteiorgans und um Flugblattaktionen im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen.

Wir — die Familienangehörigen der Verurteilten — sind durchaus unterschiedlicher Auffassung bezüglich der politischen Vorstellungen unserer Angehörigen. Wir halten es aber im Interesse der Wahrung der Menschenrechte für unsere Pflicht, gegen diese Gefängnisurteile zu protestieren und uns bei Ihnen für die Freilassung unserer Angehörigen einzusetzen.

Deshalb appellieren wir an Sie: Überprüfen Sie die ergangenen Urteile! Wir fordern die Freilassung unserer Angehörigen, da sie lediglich das in der Verfassung der DDR garantierte Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen haben.

Für die Angehörigen
gez. Dr. med. Knut Bortfeldt

Ich/Wir unterstütze(n) den Appell der Angehörigen von Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt an den Ministerrat der DDR

....

Name **Anschrift**

....

Unterschrift

Bitte unterzeichnen und einsenden an:
Dr. med. Knut Bortfeldt, Westerweder Str. 31, 2804 Lilienthal

Übernahme aller Post-Lehrlinge!

Während die Kohl-Regierung mit verbalen Appellen an die Unternehmer das Problem des Lehrstellenmangels und der Jugendarbeitslosigkeit in den Griff bekommen will, handelt sie selbst in ihrem eigenen, nämlich staatlichen Bereich, nicht anders als die Unternehmer. Lehrlinge, als billige Arbeitskräfte eingestellt, werden nach Ende der Ausbildung nicht übernommen.

Besonders deutlich zeigt sich das zur Zeit im Bereich der Bundespost. Die jetzt bekanntgewordene massenhafte Nichtübernahme hat aber den Protest der betroffenen Auszubildenden hervorgerufen. Schon im Mai demonstrierten Jugendliche in Düsseldorf (unser Bild), in der vergangenen Woche gingen für die Forderung nach Über-



nahme in den erlernten Beruf auch 300 Auszubildende aus dem Bereich Frankfurt, Kassel, Wiesbaden, Gießen und Fulda auf die Straße.

Obwohl die zuständige Oberpostdirektion den Auszubildenden untersagt hatte an der Kundgebung teilzunehmen, war ein Großteil der 450 Auszubildenden der Post in Hessen, die in diesem Sommer ihre Ausbildung beenden, vertreten.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6,** Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81,** Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3,** Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: 02171 / 41318.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

MLPD zum RGO-Kongreß

Da war der Wunsch der Vater des Gedankens

Die RGO löst sich nicht auf, sie verbessert ihre Arbeit

Es ist zu begrüßen, daß auf dem 3. RGO-Kongreß erstmals eine Reihe von Gästen anwesend waren, die nicht Mitglied der RGO sind. Unter ihnen waren auch zwei Genossen der MLPD. Hatten sie bereits in ihren Redebeiträgen auf dem Kongreß ihr Mißfallen über die Existenz der RGO zum Ausdruck gebracht, so versuchten sie jetzt, im nebenstehenden Artikel der „Roten Fahne", ihre Forderung schriftlich zu untermauern. Dabei geriet ihnen ihr Wunsch nach Auflösung der RGO offensichtlich zum Vater des Gedankens.

Wir möchten die Gelegenheit wahrnehmen, mit der Auseinandersetzung über diesen Artikel der MLPD-Genossen eine Serie von Artikeln im „Roten Morgen" zu beginnen, die sich in unregelmäßigen Abständen genauer mit den Ergebnissen und Diskussionen des 3. RGO-Kongresses befassen werden.

Doch jetzt zum MLPD-Artikel:

Um es gleich ohne Umschweife vorweg zu sagen: Weder wünscht sich unsere Partei eine Schwächung oder gar Auflösung der RGO, noch gab es auf dem Kongreß Anzeichen oder gar Anträge dafür. Im Gegenteil: Angesichts der politischen Wende in Bonn, angesichts zunehmender Angriffe der Reaktion auf die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und angesichts des Zurückweichens der Gewerkschaftsführung ist heute die organisierte Arbeit der RGO nötiger denn je.

Allerdings — und einem einigermaßen aufmerksamen Zuhörer auf dem Kongreß kann das nicht entgangen sein — war ja eine der wesentlichen Fragen dieses RGO-Kongresses, was die RGO dazu beitragen kann und muß, um die gewerkschaftliche Opposition zu stärken, ihre Zusammenarbeit zu fördern mit dem Ziel, zu einer gemeinsamen Organisierung der Arbeit zu kommen. Und wozu das ganze?

Die Genossen der MLPD zitieren aus dem neuen Kurzstatut die richtige Antwort, nämlich: „einen klassenkämpferischen Kurs in den Gewerkschaften durchzusetzen". Nun sind wir ja gottlob nicht die einzigen, die das wollen, und auch die Mitglieder der RGO sind nicht die einzigen. Man denke nur an die zahlreichen Resolutionen aus den Vertrauenskörpern der Stahlindustrie, die im Gefolge des Stahlarbeiterstreiks die kompromißlerische Politik der IGM-Führung angriffen und die heute den Kampf für die Verstaatlichung der Stahlindustrie fordern. Man denke an die Werftarbeiter, die von der IGM-Führung — bislang vergeblich — den Kampf für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze fordern. Nicht umsonst ist es gerade in zwei Großwerften gelungen, bei den letzten Betriebsratswahlen neue Mehrheiten im Betriebsrat zu schaffen, bei HDW in Hamburg nämlich und bei der Vulkan-Werft in Bremen.

Nur der MLPD scheint der Kampf um einen klassenkämpferischen Gewerkschaftskurs nicht zu gefallen. Ausdrücklich betonen die Genossen, daß sie eben „diesen Kurs der RGO/KPD-Führung" auf dem Kongreß angriffen. Doch welchen Kurs **sie** in den Gewerkschaften zu steuern gedenken, davon erfährt man weder in ihrem Artikel etwas, noch konnten dies ihre Genossen auf dem RGO-Kongreß deutlich machen. Doch soll hier nicht hauptsächlich polemisiert werden. Wir wollen uns mit einigen Kritikpunkten ernsthaft auseinandersetzen, die im MLPD-Artikel auftauchen.

Da heißt es: „Durch solche Phrasen, wie auch die Aufstellung eigener RGO-Listen zu den Betriebsratswahlen, lieferte die KPD/ML einen billigen Vorwand für den Ausschlußterror der Gewerkschaftsführung." Da sind zwei Sachen in einen Topf geworfen. Sicherlich ist etwas dran an der These, daß die „linke" Phraseologie, die Politik der „roten Leuchttürme" und die undifferenzierte Beurteilung der Gewerkschaften, wie sie Anfang der siebziger Jahre nicht nur bei uns gang und gäbe waren, der Gewerkschafts-Führung die Durchsetzung ihrer Unvereinbarkeitsbeschlüsse erleichtert haben.

Die Frage aber ist doch, ob dies ohne die „linken" Fehler nicht passiert wäre. Den Ausschlußterror gab es doch schon lange bevor die Unvereinbarkeitsbeschlüsse durchgedrückt wurden. Die Bonzen brauchen keine Vorwände. Sie versuchen bekanntermaßen jede oppositionelle Regung mundtot zu machen, die ihre Machtposition auch nur annähernd gefährden könnte.

Schwerwiegender ist da unserer Meinung auch eine andere Folge „linkssektiererischer" Politik, daß nämlich die Partei vor der Gründung der RGO umstandslos nahezu alles als „Verräter" und „Bonze" beschimpfte, was eine Gewerkschaftsfunktion bekleidete. Das hat damals nicht nur zu völlig unnötigen Ausschlüssen geführt, sondern — und das war noch schwerwiegender — hat uns von Vertrauensleuten und anderen aktiven Gewerkschaftern isoliert, die durchaus auch den Kurs der Zusammenarbeit mit den Unternehmern ablehnen und sich für die Interessen der Kollegen einsetzen. Daran haben wir ja auch heute zum Teil noch zu knacken. Aber nicht von ungefähr greift die MLPD hier auf ein Uraltzitat aus dem „Roten Morgen" vom Jahre 1972 zurück, um diesen Kurs der Partei zu belegen: „Der Bonzenapparat muß von den Kommunisten zersetzt werden." Bei Gründung der RGO 1978 mag davon noch allerlei in den Köpfen der Genossen herumgespukt haben, aber Parolen wie „Zerschlagt den Gewerkschaftsapparat" und ähnliches finden sich in den Gründungsdokumenten der RGO nicht. Und zwei Jahre später — auf dem 2. RGO-Kongreß — wurden alle mißverständlichen Formulierungen der Gründungserklärung ausgeräumt, die die MLPD vielleicht noch zu dem Verdacht verleiten könnte, hier sei der Aufbau „Roter Gewerkschaften" geplant. Warum also kein Zitat vom 2. RGO-Kongreß, der doch immerhin schon über zwei Jahre zurückliegt? Beispielsweise dies:

„Das ist die Alternative vor der wir heute stehen: Soll die Gewerkschaft Ordnungsfaktor oder Kampfverband sein, dient sie dem Klassenkampf oder der Klassenversöhnung."

Wer sich heute dieser Frage entzieht und keine klare Antwort darauf gibt, geschweige denn etwas zur Klärung unternimmt, der kann kaum für sich in Anspruch nehmen, eine kommunistische Politik zu betreiben, die einen nennenswerten Beitrag zur revolutionären Einheit der Arbeiterklasse leistet. Es ist klar — auch ohne Lenin-Zitate zu bemühen — daß es keine Revolution gibt, wenn nicht vorher der beherrschende Einfluß des Reformismus auf die Arbeiterklasse gebrochen ist.

Wo — wenn nicht in den Gewerkschaften — ist der beherrschende Einfluß des Reformismus in seiner ganzen verheerenden Wirkung auf den Klassenkampf und auf das Bewußtsein der Arbeiterklasse vorhanden? Solange die breiteste und potentiell mächtigste Arbeiterorganisation — nämlich die Gewerkschaft — und damit auch die Köpfe breiter Teile der Arbeiterschaft von der Ideologie und Politik der Versöhnung zwischen den Klassen beherrscht werden, solange ist ernsthaft an den Sturz der Bourgeoisie nicht zu denken. In dem oben begonnenen Zitat aus der „Entschließung zur Einheitsgewerkschaft" vom 2. RGO-Kongreß heißt es darum weiter:

„Für uns heißt die Antwort: Die Gewerkschaft muß Kampfverband und darf nicht länger Ordnungsfaktor sein. Nicht Klassenversöhnung sondern Klassenkampf muß die Grundlage der Gewerkschaftspolitik sein. Auf der Grundlage der Zusammenarbeit und der Kumpanei mit den Unternehmern kann es keine Einheit der Gewerkschaftsbewegung geben. Was die Arbeiter eint, sind ihre gemeinsamen Klasseninteressen, die denen der Unternehmer unversöhnlich gegenüber stehen. Nur im unversöhnlichen Kampf gegen die Unternehmer kann darum die Einheit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hergestellt werden. Wer statt zum Kampf zur Zusammenarbeit mit den Unternehmern aufruft, wie es die heutigen DGB-Führer tun, der spaltet die Einheit. (...)

Den beherrschenden Einfluß dieser DGB-Führung zu brechen, ist heute zur lebensentscheidenden Frage für die Gewerkschaftsbewegung geworden. Die RGO hat sich dieses Ziel gesetzt."

Wer das als „Spaltung" bezeichnet, wie es die Genossen der MLPD offenbar tun, der bedient sich gewollt oder ungewollt der Hetze der Gewerkschaftsführung, mit der die Opposition mundtot gemacht werden soll.

Mit eben dieser Hetze sind die Gewerkschaftsführer ja auch gegen die „Spalterlisten" der RGO bei den Betriebsratswahlen vorgegangen. Bei allen Schwächen, die dem damaligen Vorgehen bei den Betriebsratswahlen 1978 anhafteten — wir gerieten teilweise in Widerspruch zu fortschrittlichen Vertrauensleuten und Betriebsräten, weil wir bis dahin den Kampf innerhalb der Gewerkschaften gering geschätzt und somit auch kaum gewerkschaftliche Erfahrungen gesammelt hatten — kann man den Kollegen und Genossen in ihrem Eintreten für eine revolutionäre Gewerkschafts- und Betriebsratspolitik doch nicht die Spaltung der Gewerkschaften vorwerfen. Zweifellos sind damals eine Reihe von RGO-Betriebsräten aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden.

Aber der Ausschluß oppositioneller Gewerkschafter kann doch schlechterdings nicht den Oppositionellen selber angelastet werden — auch nicht teilweise. Unsere Partei — und offenbar auch die ganz überwiegende Mehrheit der Delegierten auf dem RGO-Kongreß — ist allerdings der Meinung, daß es nicht ausreicht, ausschließlich den Weg über die Gewerkschaftsgremien zu gehen, sondern daß es auch nötig ist, die Kollegen offen gegen den Kapi-

Fortsetzung auf Seite 5

Die Meinung anderer ...

Unter dieser Rubrik wird der „Rote Morgen" künftig zu aktuellen Fragen verschiedenster Art Artikel und Stellungnahmen anderer Organisationen veröffentlichen. Dabei kann der jeweilige konkrete Anlaß durchaus unterschiedlich sein. Wir werden dabei sowohl Artikel wiedergeben, die wir für wichtig und richtig erachten oder für diskussionswürdig, als auch solche Artikel, die wir stellvertretend für falsche politische Anschauungen darstellen. Wir wollen dabei so verfahren, daß wir in der Regel den ganzen betreffenden Artikel wiedergeben, weil es eine alte Erfahrung ist, daß die Methode, nur einzelne Zitate wiederzugeben, nicht nur oft genug Mißverständnisse hervorruft, sondern mindestens ebenso oft auch absichtlich benutzt wird, um Buhmänner aufzubauen. Dabei werden wir von Fall zu Fall entscheiden, ob zu dem Abdruck ein redaktioneller Kommentar, eine Stellungnahme usw. nützlich oder nötig ist oder ob nicht. In diesem Fall, in der Stellungnahme der Genossen der MLPD zum 3. Kongreß der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition halten wir dies für nötig. Zum einen, weil man mit dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung die Reihe ohnehin geplanter Artikel zu diesem Kongreß eröffnen kann. Zum anderen und vor allem, weil wir selbstverständlich eine Auseinandersetzung um die Gewerkschaftspolitik der Kommunisten für wichtig halten und meinen, daß der „Rote-Fahne"-Artikel einige wichtige Fragen dafür anspricht (ohne sie allerdings zu beantworten). Und außerdem natürlich auch, weil man die Verdrehungen, die hier in die Welt gesetzt werden, so einfach nicht stehen lassen sollte, selbst wenn sie solcher Art sind, daß die Genossen sich selbst einen in die Tasche lügen.

MLPD zum RGO-Kongreß

„RGO vor der Auflösung"

„Rote Fahne", Zentralorgan der MLPD, 6. 6. 83:

Am 14./15. Mai führte die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (RGO) in Frankfurt/Main ihren 3. ordentlichen Kongreß durch. Die RGO steht unter der politischen Führung der KPD (früher KPD/ML). Auf dem Kongreß wurde deutlich: Es herrscht Ratlosigkeit, die Organisation zerfällt und die KPD-Führung geht dazu über, die RGO für ihren liquidatorischen Einheitsbrei mit dem Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) sterben zu lassen.

Die Gründung der RGO war von Anfang an für die Arbeiterbewegung äußerst schädlich und wurde sofort von uns schärfstens verurteilt (siehe „Revolutionärer Weg 11/1973). Auch wenn die KPD-Führung das heute bestreitet, so wurde der Aufbau der RGO doch als „Rote Gewerkschaft" geplant. So heißt es in einem Artikel des „Roten Morgen" vom August 1971: „Prinzipiell, langfristig, strategisch gesehen, müssen wir den Aufbau revolutionärer Gewerkschaften ins Auge fassen."

Hierin zeigte sich auch die ganze Unfähigkeit, in den Gewerkschaften zu arbeiten und die Millionenmassen der Mitglieder für den Klassenkampf und den Sozialismus zu gewinnen. Statt dessen strebte die KPD/ML die direkte Spaltung und Zersetzung der Gewerkschaften an, wenn es im „Roten Morgen" vom 28.8.72 hieß: „Der Bonzenapparat muß von den Kommunisten zersetzt werden." Durch solche Phrasen, wie auch die Aufstellung eigener RGO-Listen zu Betriebsratswahlen, lieferte die KPD/ML einen billigen Vorwand für den Ausschlußterror der Gewerkschaftsführung.

Mit der Wiederholung der ultralinken Fehler der KPD in den 20er Jahren isolierte sie sich immer mehr von der Masse der Kollegen. Statt selbstkritisch, offen und ehrlich diesen Fehler einzugestehen, ihn zu korrigieren und die RGO aufzulösen, stellte die KPD/ML-Führung eine rechtsopportunistische Linie auf. Jetzt sollten die RGO-Mitglieder in den bestehenden Gewerkschaften aktive „linke" Gewerkschafter sein. Und das wird als „klassenkämpferisch" ausgegeben. Diese Politiik hat die Mitglieder der RGO völlig in eine Sackgasse geführt. In dem Rechenschaftsbericht des RGO-Vorstands wird mit keinem Wort die gegenwärtig wichtigste politische Frage des Klassenkampfs erwähnt: die akute Gefahr eines atomaren III. Weltkriegs durch die Stationierung der US-Mittelstreckenraketen. Auf den Hinweis eines MLPD-Vertreters hatte der RGO-Vorstand nur folgende Antwort bereit:

Die MLPD verbreite „Weltuntergangsstimmung". Natürlich halte die RGO es für wichtig, die Frage der „Nachrüstung" in die Gewerkschaften zu tragen. Man müsse versuchen, eine praktische Arbeit bis zum Generalstreik zu entwickeln, aber es sei sowieso nicht möglich, die „Nachrüstung" zu verhindern.

Das ist nicht nur offenes Kapitulantentum, sondern eine ungeheure Verharmlosung der Gefahr eines atomaren III. Weltkriegs. Dafür bietet die RGO ihren Mitgliedern folgende Politik an: In der Gewerkschaftsarbeit komme es heute darauf an, den Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu entwickeln. 1974 wurde die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich (allerdings ohne den illusionären Zusatz des vollen Personalausgleichs) vom KABD, der Vorläuferorganisation der MLPD, im Hinblick auf die kommende Entwicklung als wichtigste wirtschaftliche Forderung aufgestellt.

Damals wurde dies von der KPD/ML als „Illusionsmacherei', gekennzeichnet. Heute ist diese Forderung angeblich die entscheidende Möglichkeit, um gegen das Kapital und die Regierung in die Offensive zu kommen. Die Herren Ökonomisten leugnen die dialektische Einheit von ökonomischem und politischem Kampf zur Höherentwicklung des Klassenkampfes.

Es ist daher kein Wunder, wenn der RGO-Vorstand in seinem Bericht immer deutlichere Auflösungserscheinungen feststellt:

„Der Versuch der RGO-Ortsgruppen, in die Tarifrunde einzugreifen, erwies sich für uns als eine Nummer zu groß. (...) In den letzten zwei Jahren hat sich der Mitgliederstand der RGO von 1700 auf 1200 verringert. (...) Dieser geschätzte Stand muß wahrscheinlich nach unten korrigiert werden. (...) Der Verkauf der „RGO-Nachrichten" ging drastisch zurück."

Auf dem Kongreß wurde aus dieser Entwicklung nicht der einzig richtige Schluß gezogen, die RGO offen und selbstkritisch aufzulösen. Statt dessen geht die KPD-Führung jetzt dazu über, die RGO still und leise ohne ehrliche Selbstkritik aufzulösen. Den Mitgliedern wird der Zusammenschluß aller sogenannten „linken" und „revolutionären" Kräfte empfohlen, um „einen klassenkämpferischen Kurs in den Gewerkschaften durchzusetzen", wie es im neuen Kurzstatut heißt.

Die Vertreter der MLPD auf dem Kongreß griffen diesen Kurs der RGO/KPD-Führung an und riefen die Delegierten auf, dieser Führung den Rücken zu kehren und die MLPD in Wort und Tat zu prüfen. Ein Büchertisch der MLPD fand bei einem Teil Interesse.

Fortsetzung von Seite 4

tulationskurs der Führung zu mobilisieren, wenn wir einen anderen — einen klassenkämpferischen Kurs in den Gewerkschaften durchsetzen wollen. Damit ist natürlich das Risiko eines Ausschlusses gegeben, und wie schon oben dargelegt, trifft dies keinesfalls nur Mitglieder der RGO. Es ist inzwischen im Gegenteil sogar so, daß eine ganze Reihe ehemals ausgeschlossener RGO-Kollegen wieder in die Gewerkschaft aufgenommen wurden, weil sie sich auf breite Teile ihrer Kollegenschaft stützen können.

Es ist doch geradezu lächerlich — wie in dem MLPD-Artikel geschehen — zu sagen: „Hierin zeigt sich auch die ganze Unfähigkeit, in den Gewerkschaften zu arbeiten und die Millionenmassen der Mitglieder für den Klassenkampf und den Sozialismus zu gewinnen.“ Abgesehen von der Frage, welcher Partei es denn bisher gelungen ist, Millionenmassen für den Klassenkampf und den Sozialismus zu gewinnen, sind doch die Fortschritte und Erfolge der RGO in der Gewerkschaftsarbeit nicht zu übersehen. Wer dem Rechenschaftsbericht des RGO-Vorstandes zugehört hat, der konnte doch hören, daß ein großer Teil der RGO-Mitglieder zu Vertrauensleuten gewählt wurde, daß die RGO in einigen Betrieben sogar die Mehrheit im Vertrauenskörper oder doch einen bestimmenden Einfluß hat. Es gibt RGO-Kollegen und -Genossen in Vertreterversammlungen und in Tarifkommissionen und in einzelnen Fällen sogar in Ortsverwaltungen. Auf dem Kongreß selber waren die Kollegen, die als Delegierte auf den Gewerkschaftstag ihrer Gewerkschaft fahren. Gar so unfähig, wie die MLPD behauptet, kann unsere Arbeit in den Gewerkschaften demnach wohl nicht sein. Aber — und das haben ja auch einige Delegierte in ihren Diskussionsbeiträgen klargemacht — es geht ja keinesfalls nur darum, **direkt** in den gewerkschaftlichen Gremien Einfluß zu nehmen. Der Kampf oppositioneller Listen — nicht nur der RGO — bei den Betriebsratswahlen hat in den betroffenen Betrieben und darüberhinaus doch einiges in Bewegung gebracht. Die Tatsache, daß alteingesessene reaktionäre Betriebsrats-Mehrheiten in vielen Betrieben nicht mehr unangefochten ihre Mauschel- und Geheimrats-Politik machen können, hat doch betroffene Belegschaften oft aufgerüttelt und resignativen Tendenzen entgegengewirkt. In vielen Betrieben haben sich um oppositionelle Betriebsräte große Teile der Belegschaft zusammengeschlossen. Die Ergebnisse der letzten Betriebsratswahlen haben doch eindeutig die Hoffnung der Bonzen und die Behauptung der MLPD-Genossen widerlegt, daß sich die RGO-Kollegen oder andere Oppositionelle von der Masse der Kollegen isoliert hätten. Das Gegenteil ist in den meisten Betrieben der Fall.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, konnte die RGO bei den Betriebsratswahlen ihre Position gut behaupten und in der Regel sogar ausbauen. Gerade die offen geführte Auseinandersetzung um den Kurs der Gewerkschaftsführung hat große Teile von Belegschaften auf die Seite der Oppositionellen gebracht und zeigt Wirkung bis weit in die Vertrauenskörper und sogar bis in Ortsverwaltungen hinein, Wirkung auch in der gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzung.

Was an dieser Politik „ultralinks“ sein soll, bleibt ein Geheimnis der „Rote-Fahne“-Redaktion. Schon eher ist ihr eigenes Auftreten auf dem RGO-Kongreß von einer Haltung geprägt gewesen, die man gemeinhin als sektiererisch bezeichnet, die sich nicht im geringsten um das kümmerte, was dort von den Kongreßteilnehmern diskutiert werden wollte, nämlich die Probleme oppositioneller Arbeit und die Frage, wie der Opposition mehr Einfluß auf die Politik der Gewerkschaften verschafft werden kann.

Es ist sicherlich ein Mangel, daß weder im Rechenschaftsbericht des RGO-Vorstands noch in Form einer Arbeitsgruppe die Frage des Kampfes gegen den Rüstungswahnsinn und konkret gegen die neuen Raketen behandelt worden ist, wie es die MLPD zutreffend feststellt. Aber deswegen braucht man doch nicht mit der glatt erfundenen Behauptung zu operieren, der RGO-Vorstand halte es für unmöglich, die sogenannte Nachrüstung zu verhindern.

Natürlich ist es richtig, diejenigen gewerkschaftlichen Kräfte zu unterstützen, die diese Frage als Kampfaufgabe der Gewerkschaft begreifen und konkrete Kampfaktionen in den Betrieben organisieren wollen.

Eine ganz andere Sache aber ist es doch, den Kampf gegen den Rüstungswahnsinn und die Stationierung gegen den Kampf um die 35-Stunden-Woche auszuspielen, wie es in dem Artikel der „Roten Fahne“ erscheint. Ganz ohne Zweifel ist es für die Entwicklung der Gewerkschaftspolitik und damit auch für den Bestand der Gewerkschaften von ausschlaggebender Bedeutung, ob es um die 35-Stunden-Woche zu einem kompromißlosen Kampf gegen die Unternehmerschaft kommt, oder ob es der Führung wiederum gelingen wird, mit faulen Kompromissen und Abwiegelei die Arbeiterschaft zu demobilisieren und in weitere Resignation zu treiben. Wie diese Frage konkret entschieden wird, davon hängt es auch entscheidend mit ab, inwieweit es gelingt, Streiks und betriebliche Aktionen für unmittelbar politische Ziele auf breiter Grundlage innerhalb der Gewerkschaften durchzusetzen.

Dabei ist es ja unbestritten, daß der KABD (die Vorläuferorganisation der MLPD) bereits 1974 die Bedeutung dieser Forderung erkannt und sie entsprechend propagiert hat, unsere Partei aber nicht. Um so erstaunlicher allerdings ist es, daß gerade jetzt, wo der Kampf für diese Forderung konkret auf der Tagesordnung steht, die MLPD anscheinend diese Bedeutung herunterspielen möchten. Heute ist **sie** es, die die Forderung nach vollem Personalausgleich als „Illusionsmacherei“ angreift.

Nun, ein Genosse der MLPD hat die Delegierten des RGO-Kongresses aufgefordert, ihre Partei in „Wort und Tat zu prüfen“. Beifall für seinen Redebeitrag bekam er von den Delegierten nicht. Sein Wort wurde offenbar als zu leicht befunden. Die MLPD an der Tat zu prüfen, wird unter anderem davon abhängen, wie sie den Kampf der Arbeiterklasse für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich unterstützen wird.

Was die Frage der RGO angeht, so halten wir es mit einem der Delegierten, der in seinem Diskussionsbeitrag feststellte: Die RGO habe sich sicher seit ihrer Gründung geändert, sie sei eben eine bessere geworden.

Zeitplan des IGM-Vorstandes für die Kampagne zur 35-Stunden-Woche

Was soll bis Februar '84 geschehen?

Im Februar beschloß der IGM-Vorstand einen Zeitplan zur Kampagne für die 35-Stunden-Woche, die die Tarifauseinandersetzung — eigentlich — vorbereiten soll. Der Zeitplan selbst aber legt nahe, daß es mit der Vorbereitung so toll nicht aussehen wird.

Die einzelnen da angegebenen Maßnahmen sind an sich bestimmt sinnvoll und dagegen richtet sich auch keine große Kritik.

Als zentrale Maßnahme auf der ersten Stufe wird eine Umfrage gesetzt von der, unter anderem, gesagt wird: *„Sie muß zur Mobilisierung und Aktivierung der Mitglieder beitragen; sie sollte die Argumentationsbreite der IG Metall auf allen Ebenen der Organisation stärken. Diesen Zielen vermag nur eine Umfrage zu dienen, die über den engen Rahmen sozialwissenschaftlicher Befragungen im üblichen Sinne hinausgeht, indem sie die Mitglieder zu Diskussionen anregt und damit auch Lernprozesse bei ihnen auslöst.“*

Wenn man aber weiterliest, so kann man doch immer stärkere Bedenken bekommen. Einmal deswegen, weil hier offensichtlich die Frage 35-Stunden-Woche als Maßnahme zur Verteidigung gegen Arbeitsplatzvernichtung in der Begründung auf einen von drei angegebenen Gründen reduziert wird. Auch wenn man nicht darüber spekulieren sollte, was das beabsichtigt, muß man doch unterstreichen, daß hier eine Schwachstelle liegen könnte, denn die anderen Argumente, wie gesteigerter Freizeitwert werden vor allem auch von Arbeitslosen und konkret von Entlassung Bedrohten wohl nicht so wichtig genommen werden.

Entscheidend aber ist folgender Passus: *„Die Umfrageergebnisse und die ausgewerteten Erfahrungen aus den Anschlußveranstaltungen werden zu Beginn des Jahres 1984 in Form eines Buches/Broschüre*



zusammengefaßt und griffig dargestellt, so daß sie von der IG Metall der Öffentlichkeit als verbindliches Interesse der Mitglieder an einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit vorgelegt werden können.“

Und im konkret ausformulierten Zeitplan heißt es dann, daß dies im Februar kommenden Jahres geschehen soll.

Und gerade diese Zeitfolge erscheint äußerst fragwürdig. Zwar ist im Zeitraum von September bis Dezember dieses Jahres, in dem die eigentliche Umfrage gemacht werden soll auch die Rede von Einführungsveranstaltungen in den einzelnen Verwaltungsstellen der IG Metall, aber es wird aus verschiedenen Zusammenhängen deutlich, daß damit Fach- und Funktionärsveranstaltungen gemeint sind. Und daß dies auf der anderen Seite heißt, daß eine echte öffentliche Kampagne erst ab Februar nächsten Jahres geführt werden kann, wenn es nach diesem Zeitplan geht.

Was einfach heißen muß, daß, wenn es nicht anders läuft, die Sache „in die Hosen gehen“ muß, denn eine frühzeitige und massive Vorbereitung gerade in der heutigen Zeit ist dringende Voraussetzung um in dieser großen bevorstehenden Auseinandersetzung erfolgreich sein zu können.

Wenn es für die ISS-Broschüre zur 35-Stunden-Woche (als Beispiel) aus verschiedenen Verwaltungsstellen der IG Metall jeweils Hunderte von Bestellungen gibt, so ist dies auch ein Zeichen dafür, daß eine große Anzahl von Gewerkschaftsfunktionären mit diesem verlangsamten Tempo des Vorgehens offensichtlich nicht einverstanden ist, mehr und schneller etwas tun will.

Und dafür müssen alle aktiven Gewerkschafter sich einsetzen um die Bedingungen des Kampfes zu verbessern, den Zeitplan des Vorstandes von sich aus zu verändern ...

Aktionen von Arbeitslosen

Bürgerantrag in Dortmund

Eine Unterschriftensammlung der Arbeitsloseninitiative Dortmund „Alido“ für einen Bürgerantrag läuft gegenwärtig in der Stadt. Dazu hatte sich eine Delegation der Alido zum Dortmunder Stadthaus begeben, um den Antrag dem Dortmunder OB Samtlebe zu übergeben.

Dies geschah deshalb, weil die Stadt Dortmund trotz gegenteiliger Versicherungen sich innerhalb einer Woche nicht zum Begehren der Arbeitslosen geäußert hatte. Der Oberbürgermeister war gerade auf dem Städtetag, um sich zu dessen Vorsitzenden wählen zu lassen. Wohl erst recht ein Grund, gerade von ihm und der Stadt Dortmund, der SPD-Musterstadt, die Erfüllung der Forderungen die im „Bürgerantrag“ gestellt werden, zu fordern.

Die Delegation der Alido nutzte aber immerhin die Gelegenheit der stattfindenden Versammlung (ein Hearing über Kabelprojekte) um sich vom anwesenden NRW-Ministerpräsidenten Rau öffentlich die Zusicherung abzuholen, sich für diese Forderungen einzusetzen.

Der „Bürgerantrag“ für den weiterhin Unterschriften gesammelt werden, ist gemäß Paragraph 60 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen gestellt. Der Antrag für Dortmund, den wir im folgenden (ohne Begründungsteil) wiedergeben, hat folgenden Wortlaut:

„Die unterzeichnenden Bürger der Stadt Dortmund stellen gemäß Paragraph 60 NRW Gemeindeordnung folgenden Bürgerantrag: Arbeitslose, Anspruchsberechtigte für einmalige Beihilfen nach BSGH (z. B. Sozialhilfeempfänger), Sozialrentner, sowie Heimbewohner mit Taschengeldanspruch erhalten eine Berechtigungskarte, mit der sie den öffentlichen Nahverkehr und andere kommunale Einrichtungen (z. B. Theater, Museen, Schwimmbäder, VHS, usw.) wie folgt vergünstigt nutzen können:

1) Der Stadtrat/der Kreistag möge seine Vertreter in der Verbandsversammlung des VRR und in den örtlichen Nahverkehrsgesellschaften beauftragen, für den oben genannten Personenkreis für folgende Vergünstigungen zu sorgen: Für Fahrausweise für eine Fahrt und für Mehrfahrtenkarten sollen die entsprechenden Preise wie für Kinder gelten. Für Monatskarten sollen entsprechende Vergünstigungen gelten.

2) Für kommunale Einrichtungen soll die Berechtigungskarte den kostenlosen Eintritt, mindestens aber eine starke Ermäßigung, ermöglichen.

3) Die Berechtigungskarte wird von der Stadt erstellt und von den verschiedenen Ämtern ausgegeben. Sie ist nur gültig in Verbindung mit dem Personalausweis und hat für Arbeitslose jeweils eine Dauer von einem Jahr. Für Anspruchsberechtigte auf einmalige Beihilfe nach BSGH gilt sie unbefristet bis zum Erlöschen des Anspruchs.“

Belegschaftsabbau geht weiter

1 700 weniger bei BASF

Übernahme von Lehrlingen drastisch reduziert

Eine Zusammenfassung der Entwicklung bei der BASF gab der Vorstand in seinem jüngst veröffentlichten Sozialbericht. Hierbei wurden die einzelnen Meldungen, die es im letzten Jahr gab, über Stellenabbau und Kürzung von Sozialleistungen usw. weitgehend bestätigt. Belegschaftsabbau, Kürzung von Betriebsrenten und Nichtübernahme von Lehrlingen standen dabei im Zentrum der „Sozialbilanz“ des BASF-Vorstandes.

1 700 weniger Stellen gibt es zum 1. Mai '83 bei BASF im Vergleich zu Ende '82. Abfindungsverträge und Frühpensionierungen waren auch hier das wichtigste Mittel. Daran beteiligten sich über 1 100 Kollegen vorwiegend im Alter von 59 Jahren.

Zum ersten Mal steht auch die Frage der Übernahme von Lehrlingen anders als bisher, wo meist allen Arbeitsverträge angeboten wurden. In diesem Jahr sind es mit einem Schlag 200 bis 300, die nach der Lehre auf der Straße stehen sollen. Darüberhinaus sollen zahlreiche Teilzeitarbeitsverträge angeboten werden, ein „flexibles Job-sharing“ auf Betriebsebene, so der Vorstand, sei ein wichtiges Mittel zur Regulierung der Arbeit.

Und schließlich wurden auch noch verschiedene Maßnahmen vorgestellt, mit denen solche Dinge wie Betriebsrenten gekürzt werden sollen. Die Leitlinie der feinen Vorstandsherren heißt dabei, wie sie es wörtlich ausdrückten: „Die idealistische Vorstellung der Gesamtversorgung“ müsse dringend aufgegeben werden. Was sie auch immer damit ausdrücken wollten, was sie meinen ist, daß es den Rentnern zu gut gehe und man da einsparen müsse. Dazu ist eine konkrete Neuordnung der betrieblichen Altersversorgung geplant, die, wie schon jetzt offen gesagt wird, eine Kürzung bedeuten wird.

Die bisherigen Maßnahmen gegen die Arbeiter der großen Chemiebetriebe liefen mehr oder minder ohne größeres öffentliches Interesse ab. Das scheint sich nun mit zunehmender Härte der Maßnahmen zu ändern. Für die Chemiearbeiter aber ist die Lage nicht zuletzt deshalb relativ schlecht, weil bei der bekannten Haltung der Führung der IG Chemie nicht damit zu rechnen ist, daß von dort aus auch nur Ansätze eines Widerstandes zu sehen sein werden.

Für die rechtliche und politische Gleichstellung der Ausländer:

Doppelte Staatsbürgerschaft

(Teil 2 und Schluß)

Im letzten „Roten Morgen" wurden vor allem zwei Dinge dargestellt: Die Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft, nach automatischer Einbürgerung der ausländischen Werktätigen und ihrer Familienangehörigen, hat nichts mit einer Zwangsgermanisierung zu tun. Sie ist an keinerlei Voraussetzungen gebunden und soll allein den gleichen rechtlichen Status aller Bürger sichern. Sie hat nichts mit den Assimilierungsforderungen der Bundesregierung zu tun, die zudem auf Dauer nur einen kleinen Teil der ausländischen Bevölkerung betreffen, und zwar deshalb, weil die große Mehrheit aus der Bundesrepublik vertrieben werden soll.

Angesichts der täglich erlebten Politik der Regierung und der immer neuen Forderungen nach ihrer weiteren Verschärfung ist es verständlich, wenn ausländische Mitbürger erstmal mißtrauisch werden, wenn von deutscher Staatsbürgerschaft und automatischer Einbürgerung die Rede ist. Eine solche Ablehnung findet manchmal ja sogar das Wort Integration, weil mancher sich darunter nur zwangsweise Assimilation vorstellen kann.

Einer solchen negativen Auswirkung der Regierungspropaganda muß mit Argumenten und durch Überzeugung entgegengetreten werden. Man kann sie weder hinnehmen noch versuchen, die Probleme durch Lavieren und eventuell sogar durch Anpassung an Mißverständnisse und Vorbehalte bei ausländischen Mitbürgern zu lösen.

Die Zuerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft für Ausländer ist ein juristischer Akt der Gleichstellung. Er hebt die Unterscheidung in Bürger und Nicht-Bürger, in Menschenkategorien mit verschiedenen Rechten auf. Er sichert den Ausländern alle Rechte der Deutschen, vom Aufenthalt und Schutz vor Ausweisung über das Streikrecht zum allgemeinen Wahlrecht usw.

„Die volle rechtliche und politische Gleichstellung der ausländischen Arbeiter und Werktätigen ist (...) erst dann erreicht, wenn sie deutsche Staatsbürger sind", heißt es im Ausländerprogramm der KPD, und es folgt der Zusatz: „... bei Beibehaltung ihrer alten Staatsbürgerschaft."

Das verdeutlicht, daß es hier nicht etwa um die Aberkennung bestehender Rechte geht.

Dies ist nur zu verwirklichen, wenn die Einbürgerung automatisch erfolgt — und das ist der einzige Inhalt des so negativ klingenden Begriffs „Zwangseinbürgerung" —, denn dieses Verfahren macht es zum Beispiel der Regierung des Heimatlandes unmöglich, individuelle Repressalien gegen einen Ausländer zu ergreifen, wie das durchaus möglich wäre, wenn jeder selbst seinen Wunsch auf Einbürgerung erklären müßte.

Wir verteidigen dabei ausdrücklich das Recht der Ausländer, ihre nationale Identität zu bewahren und ihre nationale Kultur zu entwickeln. Wir fordern, daß der Staat ihnen dazu Möglichkeiten gibt, daß dafür und für Maßnahmen zur Förderung des Verständnisses, des Kennenlernens der unterschiedlichen Kulturen öffentliche Mittel bereitgestellt werden.

Als Kommunisten ist für uns die Frage nationaler Rechte nicht der endgültige Maßstab. Wir denken auch nicht, daß allein die Sicherung von Rechten wie der Pflege eigener Kultur usw. ausreichen, um die Pläne der Ausbeuter zunichte zu machen, um die Interessen der Arbeiterklasse als ganzes durchzusetzen.

Diese Rechte sind notwendig, um die ausländischen Arbeiter nicht mit der Einreise in die Bundesrepublik völlig zu entwurzeln und zu Anhängseln von Maschinen zu degradieren. Ausländer brauchen ein einigermaßen vertrautes Umfeld, um sich zurechtzufinden. Es ist ein grundlegendes Recht, die eigene Identität und Lebensformen zu bewahren; es steht allerdings nicht im Sinne der einheimischen Kapitalisten, für die nicht der Mensch, sondern nur die Arbeitskraft zählt.

So sind diese Rechte auch eine Voraussetzung, damit sich überhaupt ein freundschaftliches und im Wortsinne ungezwungenes Zusammenleben zwischen deutschen und ausländischen Werktätigen entwickeln kann. Sie müssen verbunden werden mit Maßnahmen zur Verfolgung jeglicher ausländerfeindlichen und rassistischen Aktivitäten, wie sie auch in unserem Ausländerprogramm gefordert werden.

Integration (als ein Prozeß des gegenseitigen Aufeinanderzugehens) ist ebenfalls nicht nur machbar, sondern notwendig. Ein dauerhaftes Verbleiben nur in der Vertrautheit der Landsleute, womöglich ein Aufwachsen auch der Kinder allein oder weitestgehend in diesem Milieu bietet nur eine scheinbare Sicherheit. Nicht umsonst wirkt sich ja die offizielle Politik so aus, daß eine weitgehende Trennung selbst nach Wohngebieten, in der Schulausbildung usw. bestehen bleibt. Ein Ghetto aber bietet niemals wirklich Schutz, denn es verhindert unter den Menschen der verschiedenen Nationalitäten, auch unter den Arbeitern, das Gefühl der Zusammengehörigkeit und erleichtert es damit den Herrschenden, mit den im Ghetto Lebenden umzuspringen, wie es ihnen paßt.

Was sich letztendlich bei den in Westdeutschland lebenden Arbeitern jeglicher Nationalität herausbilden muß, ist das Bewußtsein, nicht hauptsächlich Türken, Spanier, Portugiesen oder Deutsche zu sein — sondern eben Arbeiter, Angehörige ein und derselben Klasse, die ein gemeinsames Interesse hat und einen gemeinsamen Feind, gegen den das durchzusetzen ist. Wofür man auch, unbeschadet der Notwendigkeit vielfältiger Ausländerorganisationen, in gemeinsamen Organisationen kämpfen muß — von den Gewerkschaften bis zur Kommunistischen Partei.

Mit diesem Verständnis haben aber auch verschiedene Ausländerorganisationen ihre Probleme, selbst solche, die sich als revolutionäre Arbeiterorganisationen verstehen. Auch das wurde in Frankfurt deutlich, wo teilweise ein Lernprozeß geschildert wurde — hin von der überwiegenden Orientierung der in einer bestimmten Organisation erfaßten Arbeiter auf ihre Heimat, auf den Befreiungskampf dort, zu der Orientierung auf den gemeinsam zu führenden Klassenkampf mit den deutschen Kollegen im Betrieb und um politische Rechte.

Das hat sich aber noch nicht überall durchgesetzt. Orientiert man die Arbeiter hier aufs Ausland, kapselt man sich von der Masse der Kollegen ab und trägt nicht dazu bei, die Interessen der ausländischen Kollegen vor Ort wirksam vertreten zu können. Man verzichtet auch im wesentlichen auf die Förderung des Verständnisses deutscher Arbeiter für ihre ausländischen Kollegen. Allein über den Appell zu internationaler Solidarität ist das nicht zu machen.

Solche eher unter nationalistischen als irgendwelchen anderen Gesichtspunkten arbeitenden Organisationen sind in der Regel auch mit der Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft nicht einverstanden. Hier ist solidarische Auseinandersetzung und Überzeugungsarbeit nötig, nicht aber der Verzicht auf eine richtige Forderung.

In die Diskussion darüber, wie die Gleichstellung der Ausländer zu erreichen sei, wird immer wieder der Begriff „Niederlassungsrecht" eingebracht. Dieser Begriff wird allerdings mit verschiedenen Inhalten gefüllt.

In der einen Form steht er der Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft nicht entgegen, sondern kann als Vorstufe aufgefaßt werden; in einer anderen Form ist damit die Einführung einer Rechtsvorschrift gemeint, die ohne formale Zuerkennung einer deutschen Staatsbürgerschaft doch dieselben Rechte wie für deutsche Staatsbürger sichern soll, und dies wird der genannten Forderung gegenübergestellt.

Zur ersten Möglichkeit: Nach einer bestimmten Zeit sollen Ausländer ein stark erweitertes Aufenthaltsrecht bekommen, zum Teil wird diese Forderung verbunden mit der nach Einbürgerung der „zweiten Generation", also der Kinder der Betroffenen.

Grundlage für diese Überlegung ist die Feststellung, daß die Bundesrepublik ein Einwanderungsland geworden ist, was die Bundesregierung heftig bestreitet.

Wir teilen diese Auffassung, und als „Einstieg" in die volle Gleichberechtigung wäre eine solche Verfestigung des Aufenthaltsstatusses denkbar und wünschenswert. Forderungen für erste Maßnahmen auf verschiedenen Gebieten der Ausländerpolitik enthält ja auch das Ausländerprogramm der KPD. Zum Thema „Aufenthaltserlaubnis" sind dies konkret:

- Keine Beschränkung der Einwanderung in die Bundesrepublik;
- Unbeschränkte Aufenthaltserlaubnis für alle in der Bundesrepublik lebenden Ausländer ohne irgendwelche Bedingungen;
- Rücknahme aller die Familienzusammenführung einengenden Bestimmungen und Maßnahmen;
- Keine Visumspflicht;
- Keine lokale und zeitliche Beschränkung der Aufenthaltserlaubnis;
- Gleichstellung von Nicht-EG-Ausländern mit den EG-Ausländern bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis.

Ein Niederlassungsrecht zu fordern, um die doppelte Staatsbürgerschaft zu umgehen, aber inhaltlich absolut dieselben Rechte für die Ausländer zu erwirken, halten wir für falsch. Es gibt keine Argumente dafür, außer engen nationalistischen. Zudem wäre das weit schwieriger zu gestalten als die einfache Ausgabe deutscher Ausweispapiere an die Ausländer, und es wäre sicher noch weit schwieriger durchzusetzen.

Zur Diskussion der umstrittenen Forderung innerhalb der linken Bewegung sei schließlich angemerkt, daß die Position der KPD für Kommunisten nichts grundsätzlich Neues ist.

Auch die Bemühungen von Kapitalisten, sich in Krisenzeiten ausländischer und besonders kämpferischer ausländischer Arbeitskräfte zu entledigen und sie auszuweisen, sind nicht neu. In der Schweiz etwa gab es das schon am Anfang dieses Jahrhunderts. (Schweizer Ausländerpolitik, etwa das heute gültige Rotationsprinzip, erregt auch heute noch die Bewunderung deutscher Kapitalisten.)

Mit diesem Probelm hat sich schon Lenin befaßt. Im Jahre 1916 griff er es in seinem Artikel „Die Aufgaben der Linksradikalen... in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz" (Werke Bd. 23, S. 141) auf und schrieb unter dem Stichwort „Besonders dringende demokratische Umgestaltungen..."

„18. Einführung der kostenlosen Zwangseinbürgerung der Ausländer in der Schweiz. Jeder Ausländer, nachdem er drei Monate in der Schweiz verbracht hat, wird zum Schweizer Bürger, wenn er nicht auf Grund besonderer Umstände um Verschiebung dieses Termins bittet (und zwar nicht mehr als auf weitere drei Monate). Aufklärung der Massen über die besondere Dringlichkeit dieser Reform für die Schweiz sowohl vom allgemein-demokratischen Standpunkt aus als auch deswegen, weil die imperialistische Umgebung der Schweiz sie zu einem Staate mit dem höchsten Prozentsatz an Ausländern in ganz Europa gemacht hat. (...) Die politische Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter und deren Lage als Fremde stärkt die politische Reaktion, die auch sonst im Wachsen ist, und schwächt die internationale Solidarität des Proletariats."

Aktuelle Parallelen sind unübersehbar.

Deutsche und ausländische Arbeiter: Eine Klasse — eine Kampffront. Sie müssen gleiche Rechte haben. Die KPD fordert automatische Einbürgerung aller ausländischen Werktätigen und ihrer Familien.

Gegen Kautionszahlung:

Hüseyin Inci freigelassen

Nach drei Wochen Auslieferungshaft wurde der Hamburger Asylbewerber Hüseyin Inci gegen die Zahlung einer Kaution in Höhe von 5000 DM freigelassen. Die faschistische Junta hatte seine Festnahme mit dem erlogenen Vorwurf der „Beihilfe zum versuchten Totschlag" erwirkt, konnte des türkischen Antifaschisten aber nicht wie beabsichtigt habhaft werden.

Eine breite organisierte Solidarität mit dem Verhafteten hat sicher den Hauptanteil an der Freilassung. Zu den Solidaritätsaktionen gehörte, wie im letzten „Roten Morgen" berichtet, auch der Sitzstreik Hella Frankes, der inzwischen abgebrochen wurde. Ein Gespräch mit Hella Franke ist für den nächsten RM vorgesehen.

Eine endgültige Sicherheit ist diese Freilassung noch nicht. Und sie ist auch keine ausreichende Maßnahme der Behörden dafür, daß hier auf Wunsch eines Faschistenregimes ein Mensch ohne nähere Prüfung der Umstände in Haft genommen wurde. Eine Haftentschädigung wäre sicherlich angebrachter.

Der Fall Hüseyin Incis unterstreicht die Notwendigkeit der aktiven Solidarität mit allen Demokraten, die von Abschiebung bedroht sind. Daß der Skandal seiner Inhaftierung kein Einzelfall, sondern inzwischen Normalzustand ist, macht es um so notwendiger, gegen die gesamte Asylpraxis der Bundesrepublik, gegen ihre Zusammenarbeit und aktive Förderung und Finanzierung faschistischer Regimes anzugehen.

Der Faschismus im Kopf des Heiner Geißler

Der Pazifismus habe Auschwitz erst ermöglicht, sagte der Generalsekretär Heiner Geißler im Bundestag. In der konkreten Absicht, all diejenigen, die heute die von ihm und seiner Partei vor allem betriebene Atomrüstung stoppen wollen zu diffamieren. Eine Rüstung, die im Interesse der Kapitalisten erfolgt, für deren Interessen Hitler einst Auschwitz errichten ließ, wo Pazifisten verbrannt wurden und Zwangsarbeiter sich für den Profit der deutschen Industrie zu Tode schufteten. Die Kapitalisten, die sich immer auch ihre Demagogen kauften: Damals Hitler und andere, heute Geißler und andere. Skrupellos und allseitig verwendbar. Solche Leute würden auch ein neues Auschwitz möglich machen, wenn es gefordert wird — und wenn man sie läßt. Obwohl sie sich zur Zeit erstmal damit beschäftigen, die gewaltsame Niederschlagung von Protestaktionen gegen die Raketenstationierung vorzubereiten.

Die geschichtlichen Tatsachen und die aktuelle Politik allerdings legen den Gedanken nahe, daß man sich solcher untragbarer Figuren wie Geißler und vor allem ihrer Auftraggeber mit rein pazifistischen Mitteln nicht entledigen kann.

Generalstreik gegen Raketen:

„Das Problem ist nicht die Zulässigkeit, sondern die politische Umsetzung"

„Der Termin für die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen rückt näher. Die Genfer Verhandlungen werden weder Aufschub bringen noch den gänzlichen Verzicht. Um so notwendiger ist es, daß wir uns selbst wehren. Ein Thema beherrscht dabei die Diskussion: der Generalstreik."

Mit diesen Worten beginnt ein Kommentar von Detlef Hensche in der neuesten Ausgabe der Gewerkschaftszeitung „druck und papier", der angesichts der jüngsten Äußerungen des DGB-Vorstands zu diesem Thema von besonderem Interesse ist. Denn im Gegensatz zu Ernst Breit ist Hensche für Generalstreik, und er entspricht damit einer Forderung, die bereits auf verschiedenen Landesbezirkstagen seiner Gewerkschaft erhoben wurde.

Hensche schreibt weiter:

„1. Wer uns das Recht zur Gegenwehr bestreitet, soll wissen: Wir haben unsere geschichtlichen Lektionen von 1914 und 1932/33 begriffen. Hätten die Gewerkschaften damals Widerstand geleistet, wäre den Völkern Europas Elend und Tod erspart geblieben.

2. Arbeitsniederlegungen zur Bekundung des politischen Willens sind zulässig und bisweilen bitter nötig...

Natürlich gibt es Juristen, die den Betrieb mit dem Kasernenhof verwechseln und fast jede Arbeitsniederlegung für rechtswidrig erklären. Dagegen werden wir uns weiter wehren müssen — nicht zuletzt durch die Praxis."

Das Widerstandsrecht, meint Hensche, „gilt erst recht, wenn die US-Regierung im Rahmen einer erklärten Politik des führbaren Atomkrieges Erstschlags-Waffen aufstellt und dabei das handfeste Risiko der Vernichtung Mitteleuropas — und seiner Verfassung — einkalkuliert. Im Grab gibt's weder Parlament noch Rechtsstaat und Verfassung.

4. **Das Problem ist nicht die Zulässigkeit und Legitimität. Das Problem ist die politische Umsetzung."**

Hensche verweist außerdem darauf, daß ein Generalstreik „immer erst am Ende einer langen Stufenfolge des Protestes" stehen wird, daß vorher noch viel geschehen muß, daß es Aktionen geben muß, daß Friedens- und Gewerkschaftsbewegung einander näherkommen müssen, daß der Generalstreik „noch keine Mehrheit" hat.

Positiv ist eben, daß er sagt: Dann muß man darauf hinarbeiten; und: die „Legalitätsdiskussion" interessiert uns nicht. In der innergewerkschaftlichen Diskussion sollte man sich auch auf solche Überlegungen berufen, und die Mitglieder der IG Druck, die sich nach eigenem Bekunden als „das Gewürz in der Suppe des DGB" verstehen, wie es kürzlich auf dem Landesbezirkstag Hessen formuliert wurde, sollten da dann auch Druck machen.

Eine wichtige Rolle können die Gewerkschaftsorganisationen auch bei der Durchsetzung und Durchführung der Aktionen zur Volksbefragung über die geplante Raketenstationierung spielen, indem sie ihre Mitglieder dazu mobilisieren und überhaupt in den Betrieben für ein klares „Nein" der Arbeiterschaft zu den Massenvernichtungswaffen werben.

Die DGB-Führung mag darüber nicht begeistert sein bzw. dagegenschießen, zumindest gegen Streikaktionen. Es geht auch nicht darum, ein Traumbild zu entwerfen, was alles möglich wäre, wenn Breit und seinesgleichen sich anders verhielten. Es geht vielmehr darum, daß alle aktiven Gewerkschafter, darunter natürlich auch die Kommunisten, sich energisch und mit praktischen Vorschlägen und praktischer Organisierung dafür einsetzen, daß der notwendige, der im wahrsten Sinne des Wortes lebenswichtige Einsatz gewerkschaftlicher Kampfkraft gegen die Atomwaffen, gegen die Kriegsvorbereitungen überhaupt zum Tragen kommt.

Grauer Wolf in neuem Bau



Mit dieser Karikatur macht die Dortmunder Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg zur Zeit auf die Tatsache aufmerksam, daß das Unternehmen Coop, das zum großen Teil dem DGB gehört, seinen Laden in der Haydnstraße an die faschistischen Grauen Wölfe verkauft hat. Zimmermann, dessen Ministerium die Lüge verbreiten ließ, die Grauen Wölfe gäbe es gar nicht, mag sich über solche Vorgänge tatsächlich freuen, geschah doch auch die lügnerische Rückendeckung für diese Terroristenbande sicher nicht ohne politische Hintergedanken.

In Dortmund bemühen sich Antifaschisten darum, daß der Kaufvertrag rückgängig gemacht wird und daß die Stadt wirksame Maßnahmen gegen die Grauen Wölfe unternimmt. Die KPD unterstützt diese Aktionen. Wir fordern: Graue Wölfe raus aus Dortmund! Verbot der Grauen Wölfe!

Demonstration in Bochum

„Lohnverzicht und Türkenhetze sichern keine Arbeitsplätze"

Etwa 1000 Menschen beteiligten sich am 18. Juni an der Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit in Bochum.

Angeführt von einer Folkloregruppe, bewegte sich der Zug durch die Innenstadt, wo er besonders in der Einkaufszone großes Aufsehen hervorrief. In Wortbeiträgen während des Marsches und auf zwei Kundgebungen wurde über die staatliche Ausländerpolitik und den notwendigen Widerstand informiert. So rief Rosi Wolf-Almanasreh die deutschen Demokraten auf, den „intoleranten Teil ihrer Mitbürger" mit den Tatsachen über die Ausländerbeschäftigung vertraut zu machen und der Hetze entgegenzutreten. Westdeutschland, das wurde übereinstimmend festgestellt, ist längst ein Einwanderungsland geworden. Ausländer müssen gleiche politische und soziale Rechte bekommen.

Während der Abschlußkundgebung, bei der unter anderem Melike Demirag auftrat, wurde mit einer Unterschriftensammlung begonnen, mit der der Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Ausländer Nachdruck verliehen werden soll.



„Anläßlich der bevorstehenden Kommunalwahlen 1984 machen wir darauf aufmerksam, daß rund 1 Million ausländische Bürger in Nordrhein-Westfalen kein Wahlrecht haben. Wir sehen darin eine Diskriminierung unserer ausländischen Mitbürger und fordern: Kommunales Wahlrecht für Ausländer!" Auf der Kundgebung und dem Kemnade-Fest konnten ca. 1200 Unterschriften gesammelt werden. So gilt es, weiterzumachen, und zahlreiche Initiativen in NRW sollten diese Listen übernehmen. Daß die KPD diese konkrete Forderung unterstützt, wurde auf der Demonstration auch durch ein Transparent deutlich gemacht.

Wenn die Größe einer solchen Demonstration auch nicht alleiniger Maßstab für die Stärke einer Bewegung sein kann, wurde doch deutlich: Es bleibt noch viel zu tun, die Mobilisierung gegen die finsteren Pläne der Regierung in der Ausländerpolitik muß verstärkt weitergehen.

Arbeiter gegen Hitler

Betrieblicher und gewerkschaftlicher Widerstand im „Dritten Reich" (Teil 7)

Als weiterer Verband erzielten auch die Bergarbeiter, gestützt auf ihre Organisation, im zweiten Halbjahr 1936 Fortschritte und Ergebnisse in ihrem Kampf. Um die Löhne der Bergarbeiter ohne größeren Widerstand niedrig halten oder gar senken zu können, würfelten die Grubenverwaltungen die gesamten Belegschaften durcheinander. Ihre Forderungen veröffentlichten sie u.a. in Rundfunkvorträgen des deutschen Freiheitssenders. Über Anfragen und Beschwerden erzwangen die Arbeiter die Durchführung von Betriebsversammlungen. Zum ersten Januar 1937 mußte der Treuhänder der Arbeit in Westfalen unter Druck neue Richtlinien zur Gedingefestsetzung erlassen. Darin heißt es: „Bei der Gesamtbelegung der Arbeit mit mehr als 5 Mann muß ein Hauer, bei Belegung mit mehr als 10 Mann ein zweiter Hauer und bei Belegung mit mehr als 20 Mann ein dritter Hauer bei der Gedingeregelung zugelassen werden. Diese Hauer werden durch die Kameradschaft benannt."

Weiterhin wurde ein 100-prozentiger Zuschlag für die Nachtschicht verfügt.

Damit waren wichtige alte gewerkschaftliche Forderungen durch den Druck der Bergarbeiter erzwungen worden. Die Kampfformen erinnerten teilweise an die ersten Versuche der Arbeiter des 19. Jahrhunderts, sich gegen die Willkür der Kapitalisten zu schützen.

In Lothringen waren 300 Bergleute aus dem Saargebiet organisiert, die als Grenzgänger in den französischen Gruben arbeiteten. Im Dezember 1936 wollte man sie zwingen, ihren Lohn, den sie in französischen Francs erhielten, in Deutschland nach dem dort geltenden Kursbestimmungen umzutauschen. Da hierdurch den etwa 6500 Grenzgängern eine Lohneinbuße von bis zu 30 Prozent drohte, wurden Kampfaktionen beschlossen. Die Forderungen wurden abgelehnt. Es halfen nun die französischen Gewerkschaften, Protestversammlungen zu organisieren. Die französischen Gewerkschaften solidarisierten sich mit den deutschen. Geschlossen überschritt am 13. Februar 1937 die etwa 1000 Mann starke Mittagsschicht der Grube Saar et Mocel — nachdem sie ihr Geld in Frankreich gewechselt hatte — die Grenze. Die Bergarbeiter durchbrachen die Grenzkontrollen und gingen ungehindert nach Hause. Gegen die inzwischen herbeigeholten faschistischen Verstärkungen schlossen sich die Kumpel in der Nacht- und Frühschicht zusammen und durchbrachen mit 2000 Mann die Kontrollen. Daraufhin wurde am 15. Februar die faschistische Devisenverordnung vorübergehend aufgehoben. Als sie am 27. Februar erneut in Anwendung gebracht werden sollte, protestierten die Kumpel erneut in geschlossenen Gruppen. Daraufhin sah sich das Naziregime gezwungen, einen 50prozentigen Ausgleich für entstehende Lohnverluste beim Umtausch festzulegen.

Am 20. März 1937 schufen antifaschistische Gewerkschafter in Paris den Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschaften. Daran nahmen 22 delegierte Vertreter der Metallarbeiter, Bergarbeiter, Bauarbeiter, Textilarbeiter, Arbeiter der graphischen Industrie sowie der Angestellten verschiedener Zweige teil. Sie repräsentierten die verschiedensten früheren Gewerkschaftsrichtungen, die freien Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften und die RGO. Sie gehörten den beiden Arbeiterparteien und der Zentrumspartei an. Einige waren parteilos.

Der Koordinationsausschuß versuchte mit dem IGB (Amsterdamer Internationale) und der ADG (Exilgewerkschaft der SPD) zusammenzuarbeiten. Dies war ein großer Fortschritt bei der Herstellung der Gewerkschaftseinheit. Die Grundsätze und Aufgaben wurden in einem Memorandum zum Aufbau einer unabhängigen einheitlichen, antifaschistischen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland niedergelegt. Man gewann gemeinsam die Erkenntnis, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit effektiver sein konnte, wenn sie für die einzelnen Gebiete und Industrien koordiniert erfolgen würde. Der Ausschuß begrenzte sein Tätigkeitsgebiet von vornherein auf Frankreich und die angrenzenden deutschen Gebiete. Im zweiten Halbjahr 1937 entstanden weitere Koordinationsausschüsse der Gewerkschafter in der Schweiz und in Belgien. Im Oktober 1937 folgte Stockholm, von wo aus die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit in Norddeutschland im Rahmen der deutschen Volksfront geführt wurde.

Es gab leider Kräfte, die versuchten, die Gewerkschafter parteipolitisch auseinanderzu-„sortieren". So verbreitete Anfang August 1937 Heinrich Schliestedt den Entwurf von Satzungen eines Bundes der Deutschen Gewerkschaften. Danach sollte nur der Mitglied werden dürfen, der nachweislich (!) einer früheren anerkannten (!) Gewerkschaft bis Ende April 1933 angehörte.

Diese Linie hat sich erfreulicherweise nicht durchsetzen können. Die Leitung der ADG stellte Aufnahmebedingungen, unter denen Kommunisten und unorganisierte Arbeiter ausgeschlossen werden sollten. Dies wirkte sich in der praktischen Arbeit der gewerkschaftlichen Einheitsfront spalterisch aus.

Diese Spalterpolitik des IGB war nicht zufällig. Vom 30. Juni bis 3. Juli 1937 tagte in Warschau der Generalrat des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Hier wurde die amerikanische Arbeiterföderation AFL, die nach dem ersten Weltkrieg aus dem IGB ausgetreten war, wieder in den IGB aufgenommen. Durch den Eintritt der AFL wurden jene Kräfte gestärkt, die gegen die Zusammenarbeit mit Kommunisten waren, und so die internationale Gewerkschaftseinheit gegen den Faschismus untergruben.

Es gab jedoch auch verantwortungsbewußte Funktionäre in der internationalen Gewerkschaftsbewegung, die weiterhin für die Gewerkschaftseinheit eintraten. Vertreter der Gewerkschaften Frankreichs, Spaniens, Mexikos und anderer Länder wandten sich gegen die Spaltungspolitik.

Fortsetzung im nächsten „Roten Morgen"

In welche Richtung muß sich die Partei weiterentwickeln?

(Diskussionsbeitrag des Genossen Ernst Aust auf dem Plenum des ZK der KPD am 19./20. März 1983 — Auszüge 1. Teil)

Auf den jüngsten Mitgliederversammlungen der KPD wurde — unter anderen Themen — auch der Diskussionsbeitrag, den Genosse Ernst Aust auf dem Märzplenum des Zentralkomitees der KPD hielt, (der anschließend im Funktionärsorgan der Partei veröffentlicht worden war), beraten. In diesem Beitrag, den wir in zwei Teilen im „Roten Morgen" veröffentlichen, befaßt sich Genosse Aust mit den kommenden Aufgaben, die vor der Partei stehen, und mit den zu ihrer Erfüllung notwendigen Maßnahmen auf allen Gebieten der Parteiarbeit. Der Verlauf der Mitgliederversammlungen selbst zeigte, daß das große Interesse an diesen Vorstellungen unserer Partei weit über die Reihen der Partei hinausgeht. Um die Möglichkeit der weiteren Diskussion zu verbessern, erfolgt dieser Abdruck.

Genossinnen, Genossen,
fassen wir das Ergebnis der Bundestagswahl vom 6.3., des Regierungswechsels, der sogenannten Wende in Bonn, zusammen, so kann man sagen, daß es uns eine weitere Verschlechterung unserer Lebenslage, rigorosen Sozialabbau, Lohnraub, zunehmende Faschisierung und Kriegsvorbereitung bringen wird. **Wie immer in der Krise, wird das Finanz-, das Industrie- und Bankkapital, versuchen, die Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen, um die eigenen maximalen Profite zu sichern.** Und es ist eine Tatsache, daß, während die Arbeitslosigkeit die 2,5-Millionen-Marke überschritt, 16000 Firmen allein im letzten Jahr Konkurs- oder Vergleichsverfahren anmeldeten, z.B. die Banken 1982 wie nie zuvor seit Kriegsende Rekordgewinne bis zu 60 Prozent erzielten.

Damit schlägt die neue Bundesreigerung den Kurs ein, den die Thatcher-Regierung in England und die Reagan-Regierung in den USA uns mit den bekannten Erfolgen vorexerzierten. In England führte dieser Kurs dazu, daß sich die Zahl der Arbeitslosen seit Amtsantritt der Thatcher verdreifacht hat. In den USA führte er zur weiteren Verelendung vieler Millionen Arbeiter und Angestellten, zur Ausrufung des Hungernotstandes in Städten wie Detroit, wo ein Drittel der Einwohner, rund 400000 Menschen, vom Hunger bedroht sind und durch den Einsatz von Suppenküchen — wie in den Jahren der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 — notdürftig am Leben erhalten werden.

Dies zeigt uns — in Widerlegung aller, die Marx für überholt erklärten, — daß selbst in den reichsten Industriestaaten des Westens derzeit nicht nur die relative, sondern auch die absolute Verelendung des Proletariats wächst, daß jede größere Krise Millionen und Abermillionen Proletarier unter die Armutsgrenze drückt, daß sie wie ihre Väter und Vorväter nichts anderes als ihre Ketten zu verlieren und eine Welt zu gewinnen haben.

In der Bundesrepublik sind wir vorläufig noch nicht so weit. Noch liegen die offiziellen Arbeitslosenzahlen bei „nur" 2,5 Millionen. Doch ist damit zu rechnen, daß sie im Laufe der 80er Jahre ansteigen werden. Die derzeitige Weltwirtschaftskrise wird sich, selbst wenn es in einigen Ländern, wie der Bundesrepublik, einen vorübergehenden leichten Aufschwung geben sollte, weiter verschärfen. **Weitere tiefgehende Erschütterungen stehen bevor und wir müssen uns darauf einrichten, daß die imperialistischen Staaten wieder einmal den Ausweg aus der Krise in verstärkter Militarisierung bis hin zur Entfesselung eines neuen Weltkrieges suchen werden.**

Eine Verschärfung der Krise, weiterer Sozialabbau, Lohnraub, Abbau der demokratischen Rechte des Volkes, ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit und damit verbunden eine weitere Verelendung der werktätigen Massen aber lassen es auch in den Industriestaaten des Westens wahrscheinlich werden, daß auch hier früher oder später eine revolutionäre Situation heranreift. Was haben wir darunter zu verstehen? Dazu Lenin:

„Für den Marxisten unterliegt es keinem Zweifel, daß eine Revolution ohne revolutionäre Situation unmöglich ist, wobei nicht jede revolutionäre Situation zur Revolution führt. Welches sind, allgemein gesprochen, die Merkmale einer revolutionären Situation? Wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir folgende drei Hauptmerkmale anführen:

1. Für die herrschende Klasse ist es unmöglich, ihre Herrschaft unverändert aufrecht zu erhalten; die eine oder andere Krise der ‚oberen Schichten', eine Krise der Politik der herrschenden Klasse, die einen Riß entstehen läßt, durch den sich die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen Bahn bricht. **Damit es zur Revolution kommt, genügt es in der Regel nicht, daß die ‚unteren Schichten' in der alten Weise ‚nicht leben wollen', es ist noch erforderlich, daß die ‚oberen Schichten' in der alten Weise ‚nicht leben können'.**

2. Die Not und das Elend der unterdrückten Klassen verschärft sich über das gewöhnliche Maß hinaus.

3. Infolge der erwähnten Ursachen steigert sich erheblich die Aktivität der Massen, die sich in der ‚friedlichen' Epoche ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten dagegen sowohl durch die ganze Krisensituation als auch durch die ‚oberen Schichten' selbst zu **selbständigem historischem Handeln gedrängt werden.**

Ohne diese objektiven Veränderungen, die unabhängig sind vom Willen nicht nur einzelner Gruppen und Parteien, sondern auch einzelner Klassen, ist eine Revolution — in der Regel — unmöglich." (Lenin, Bd. 21, S. 206)

Solche Situationen hat es in unserem Jahrhundert mehrere Male gegeben, z.B. 1905 und 1917 in Rußland, in der Zeit von 1918 bis 1923 und 1932 in Deutschland, bedingt im Mai 1968 in Frankreich, 1980/81 in Polen, um nur einige zu nennen. Doch nicht alle diese Situationen führten auch schon zur Revolution bzw. endeten mit dem Sieg der Arbeiterklasse im Sozialismus. Warum?

„Weil nicht aus jeder revolutionären Situation eine Revolution hervorgeht, sondern nur aus einer solchen Situation, in der zu den oben aufgezählten objektiven Veränderungen noch eine subjektive hinzukommt, **nämlich die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, genügend stark, um die alte Regierung zu stürzen (oder zu erschüttern), die niemals, nicht einmal in einer Krisenepoche ‚zu Fall kommt', wenn man sie nicht ‚zu Fall bringt'.**" (Lenin, dto., S. 207)

Um diese Fähigkeit zu entwickeln, zu siegen und den Sieg zu sichern, aber braucht die revolutionäre, die Arbeiterklasse, ihre kommunistische, ihre marxistisch-leninistische Vorhutpartei. Eine Partei, die es versteht, „in ihrer Arbeit eine unversöhnliche revolutionäre Einstellung (nicht zu verwechseln mit revolutionärem Abenteurertum) mit einem Maximum an Elastizität und Manövrierfähigkeit (nicht zu verwechseln mit Anpassungspolitik) zu verbinden." (Stalin, 12 Bedingungen)

Nicht umsonst hatte ja gerade unsere Partei anläßlich ihrer Gründung, im Gegensatz zu den später entstandenen Zirkeln, die Stalinschen 12 Bedingungen für die Entwicklung der KPD zur Partei neuen Typus als Richtlinie für die kommende Arbeit veröffentlicht. Anders als die später aus der kleinbürgerlich-revolutionären Bewegung entstandenen Zirkel, leitete unsere Partei ihr Entstehen aus der kommunistischen- und Arbeiterbewegung ab, war sie eine Antwort auf den Verrat der modernen Revisionisten, auf die Entartung der KPD zu einer reformistisch-revisionistischen Partei, ohne daß es ihr zum damaligen Zeitpunkt allerdings schon gelang, all die verzweigten, tieferen Ursachen dieser Entartung aufzudecken.



Zwar war es uns damals im Laufe der Jahre 1967/68 gelungen, die damaligen marxistisch-leninistischen Gruppen, die fast ausschließlich aus Arbeitern bestanden und sich auf der Grundlage des „Roten Morgens" gebildet hatten, zu einer Partei zu vereinen. Was uns damals jedoch nicht gelang, war, alle jene Kommunisten und revolutionären Kräfte, die sich bereits früher wegen der erkennbaren Entartung der KPdSU und der anderen revisionistischen Parteien, also auch der KPD, von dieser getrennt hatten, in den Parteibildungsprozeß mit einzubeziehen, obwohl ihrerseits — wie die vielen Zuschriften zeigten — ein durchaus starkes Interesse bestand.

Der Grund hierfür war die Festlegung der Partei auf die sogenannten Mao-Tsetung-Ideen, auf die Kulturrevolution, in der wir damals noch (wie heute die MLPD) eine Möglichkeit zur Verhinderung der revisionistischen Entartung sahen, die von den Genossen aber zu Recht als eklektizistisch und keinesfalls als eine Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus kritisiert wurden. **Ein weiterer Grund war die anfangs schematische Festlegung des Beginns der revisionistischen Entartung auf den XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956,** ihr ausschließliches Festmachen an antimarxistisch-leninistischen Abweichungen wie die sogenannten „Partei des ganzen Volkes", des „friedlichen Übergangs", der „Strukturreformen", der „antimonopolistischen Ordnung" der KPD etc., die Symptom einer Entartung, aber nicht ihre Ursachen waren. **Die Entartung der revisionistischen Parteien begann nicht erst im Jahre 1956, sondern schon Jahre zuvor. Sie tiefer zu untersuchen, ihre Ursachen voll aufzudecken, um zu einer wissenschaftlichen, marxistisch-leninistischen Einschätzung zu kommen und desgleichen, die bisher noch grobe Einschätzung der revisionistischen Länder zu vertiefen, ist eine wichtige Aufgabe unserer Partei.**

Ein weiteres echtes Problem war und ist bis heute die sogenannte Stalin-Frage. Mit vollem Recht wies die Partei die auf der Linie der bürgerlichen Hetze liegenden Verleumdungen der Chruschtschow-Revisionisten zurück, die Stalin als einen „Verbrecher" und „Diktator" beschimpften, und verteidigte ihn als einen bedeutenden Marxisten-Leninisten, unter dessen Führung die Sowjetunion große Erfolge beim Aufbau des Sozialismus und der Verteidigung ihrer Heimat gegen die faschistische Aggression erzielte.

Damit war für uns das Problem gelöst, aber durchaus nicht für all die vielen absolut ehrlichen Kommunisten, die — unseres Erachtens zu Unrecht — die zweifellos vorhandenen Fehler und Entartungen während der Periode Stalins allein mit seiner Person in Zusammenhang brachten, als hätte es nie ein sich kollektiv beratendes Politbüro und Zentralkomitee gegeben, eine Partei, die wie jede andere Fehler macht. Und **es ist eine durchaus unmarxistische Auffassung zu behaupten, die KPdSU und damit auch Stalin, hätten keine Fehler gemacht.**

Was sagte Stalin selbst zu solch einer Auffassung?: „Die Partei, erklärte Trotzki, macht keine Fehler. **Die Partei macht nicht selten Fehler.** Iljitsch lehrte uns, daß man die Partei anhand ihrer eigenen Fehler lehren muß, richtig zu führen. Würde die Partei keine Fehler machen, so wäre nichts da, anhand dessen man die Partei lehren könnte. Unsere Aufgabe besteht darin, diese Fehler herauszufinden, ihre Wurzeln bloßzulegen und der Partrei und der Arbeiterklasse zu zeigen, welche Fehler wir begangen haben und wie wir diese Fehler in Zukunft vermeiden können. **Ohne das wäre eine Entwicklung der Partei unmöglich. Ohne das wäre die Heranbildung von Führern und Kadern der Partei unmöglich, denn sie werden im Kampf gegen ihre eigenen Fehler, in Überwindung dieser Fehler herangebildet und erzogen.**" (Stalin, Bd. 6, S. 203)

Setzt man aber voraus, daß die KPdSU während der Periode Stalins auch Fehler machte, so muß man auch die Zweifel und Bedenken von Genossen über gewisse Erscheinungen in dieser Periode ernst nehmen und darf sie nicht einfach auf den Nenner: für oder gegen Stalin, zuspitzen, wie unsere Partei das tat. Niemand würde heute noch den Eintritt eines Genossen in die Partei von seiner Klarheit in der sogenannten Stalin-Frage abhängig machen. Man sagt, darüber wird er schon im Verlauf seiner Parteizugehörigkeit Klarheit erlangen. Gut, aber ist damit das Problem gelöst?

Ich glaube nicht, denn immer noch wird es auch dann Genossen geben, die mit der offiziellen Haltung der Partei nicht einverstanden sind, für die das Problem nach wie vor ungeklärt ist. Soll man sie deshalb aus der Partei ausschließen? Nein. Schon Stalin sagte: „Ich bin entschieden gegen die Politik des Hinausjagens aller andersdenkenden Genossen." (Stalin Bd. 7, S. 38). Man muß hier unterscheiden, um was für Fragen es sich handelt. **Sind es Fragen von grundsätzlicher, entscheidender Bedeutung, die, wenn man sie nicht lösen und zu einer einheitliche Meinung kommen würde, uns daran hindern, unser Ziel, den Sozialismus, zu erreichen, oder sind es Fragen untergeordneter Art über die es durchaus unterschiedliche Meinungen innerhalb einer Partei geben kann.**

In letzte Kategorie gehören beispielsweise die Einschätzung des Werks und der Tätigkeit bestimmter Personen z.B. Mao-Tsetungs. Falsch war sicher, bezüglich Maos abstrakt zu fragen: war er ein Klassiker des Marxismus-Leninismus oder ein Revisionist, anstatt, haben seine Ideen die Herrschaft der Arbeiterklasse, den sozialistischen Aufbau Chinas gesichert? Entsprach seine Idee, zur Sicherung des Sozialismus ca. alle zehn Jahre eine Art Kulturrevolution zu veranstalten, kleinbürgerlicher Denkweise oder dem wissenschaftlichen Sozialismus? Oder was war mit seinem „Großen Sprung", der Koexistenz von Bourgeoisie und Proletariat im Sozialismus etc.

Sicher war Mao-Tsetung kein — wenn überhaupt — großer Marxist-Leninist. **Doch sicherlich war er ein großer Revolutionär, der sein Volk von der Knechtschaft des Imperialismus und des Hungers befreite und bemüht war, China auf den Weg des Sozialismus zu bringen.** Wie weit er sich dabei irrte, ist eine andere Frage. Wie oft irrte sich beispielsweise Rosa Luxemburg, z. B. in der Frage der Unabhängigkeit Polens, 1903 in der Beurteilung des Menschewismus, in der Theorie der Akkumulation des Kapitals, als sie für die Vereinigung der Bolschewiki mit den Menschewiki 1914 eintrat usw. Lenin hat sie des öfteren kritisiert.

Dennoch begrüßte er sie als große Revolutionärin und nahm sie ohne zu zögern in die III. Internationale auf und antwortete jenen, die ihn deshalb kritisierten, mit dem Zitat aus Krylows Fabel: „Wohl traf's sich, daß des Adlers Flug ihn niedriger, als Hühner fliegen, trug, doch fliegen Hühner nie auf Adlershöh'n." Und er kritisierte die deutschen Genossen, daß sie sich bei der Herausgabe ihrer

Biographie und der **vollständigen Ausgabe ihrer Werke** verspäteten, die eine „sehr nützliche Lehere sein bei der Erziehung vieler Generationen von Kommunisten der ganzen Welt. ‚Die deutsche Sozialdemokratie ist nach dem 4. August 1914 ein stinkender Leichnam' — mit diesem Ausspruch Rosa Luxemburgs wird ihr Name in die Geschichte der Arbeiterbewegung der ganzen Welt eingehen." (Lenin, Bd. 33, S. 195)

Und hat Mao-Tsetung — aus welchen Gründen auch immer — sich nicht gegen den Verrat der Chruschtschow-Revisionisten am Marxismus-Leninismus gewandt? Man sollte in der Bewertung von Menschen vorsichtiger sein und diesbezüglich von Lenin lernen. Stets hat Lenin differenziert, hat er die Menschen nach ihren gegenwärtigen Taten und Werken beurteilt. Für ihn gab es nicht nur schwarz und weiß. Selbst als er den Verrat des Renegaten Kautsky aufs schärfste verurteilte, erwähnte er noch, daß derselbe Kautsky einstmals ein hervorragender Vertreter der deutschen Sozialdemokratie war. Im Traum wäre er nicht auf die Idee gekommen, ihn als einen Agenten des kaiserlichen Geheimdienstes zu bezeichnen, der in die SPD eingeschleust, den Auftrag hatte, ab 1914 den „Burgfrieden" mit der Bourgeoisie zu predigen und nach der Oktoberrevolution die Bolschewiki anzugreifen.

Wie wir aus der Geschichte wissen, hat es viele Fälle gegeben, wo sich einstmals gute Kommunisten und Revolutionäre später zu Renegaten entwickelten oder nach dem Sieg in der sozialistischen Revolution sich auf ihren Lorbeeren auszuruhen, zu verbürgerlichen, Cliquen zu bilden begannen, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Jede Kritik an ihrem Verhalten wurde als persönlicher Angriff bewertet und mit Mitteln der Unterdrückung und Verfolgung beantwortet. Solch eine Entwicklung aber führte und führt geradewegs in die revisionistische Entartung, zum Entstehen einer neuen Klasse von Ausbeutern und Unterdrückern. **Einen Staat, in dem die Arbeiterklasse Angst hat, Kritik zu üben, ihre Meinung zu sagen, weil sie Nachteile, Unterdrückung und Verfolgung fürchten muß, kann man nicht als sozialistisch bezeichnen.**

Man muß sich hüten, sich selbst für unfehlbar, für den Nabel der Welt zu halten und alle anderen Anschauungen und Ansichten, ohne sie gründlich zu prüfen, in Bausch und Bogen als opportunistisch abzulehnen. Wir sind eine relativ junge Partei und haben uns, — wie sollte es anders sein, — an unseren eigenen Fehlern und ihrer Überwindung entwickelt. Kein Kader, kein führender Genosse der Partei ist noch der gleiche, der er bei seinem Eintritt in die Partei war. Wir alle haben hinzugelernt und die revolutionäre Linie unserer Partei kontinuierlich entwickelt. Das ging natürlich nicht ohne Schwierigkeiten und innere Kämpfe vonstatten.

Erinnern wir uns. Kurz vor und nach der Gründung unserer Partei wurden wir mit der kleinbürgerlich-revolutionären Bewegung konfrontiert, erhielten wir einen starken Zustrom aus ihren Reihen. Sollten wir einen Aufnahmestopp erlassen, wie dies der Genosse Dickhut vorschlug? Hätte uns das der zu erwartenden Schwierigkeiten enthoben? Wohl kaum. Wir mußten sie durchstehen. So wiesen wir als erstes den kleinbürgerlichen Führungsanspruch zurück, der sich in der Behauptung ausdrückte, die Intelligenz müsse die Arbeiterklasse führen.

Der nächste Kampf ging gegen die schematische Auffassung von der Tatsache, daß die Partei die proletarische Vorhut ihres Landes für den Kommunismus gewinnen müsse (Hauptseite Propaganda) und dann die proletarischen Massen für diese Vorhut. Eine Auffassung, die in ihrer dogmatischen Anwendung die Entwicklung der Partei in zwei Etappen einteilte: erste Etappe, Vorhut gewinnen, zweite Etappe, Massen gewinnen und in der Praxis dazu führte, sich auf die Propagierung des Sozialismus, des Kommunismus, der Revolution zu beschränken, und jedes Eingreifen in die alltäglichen Kämpfe der Massen, in den Kampf um Reformen etc. als reformistisch zu diffamieren.

Dabei liegt doch klar auf der Hand, daß eine Partei, die wie wir noch über wenig Masseneinfluß verfügt, ihren Einfluß nur vergrößern kann, indem sie die Massen in ihren alltäglichen Protesten und Ansprüchen unterstützt, um sie mit dem Kampf Klasse gegen Klasse und unserer sozialistischen Zielsetzung zu verbinden. **Wie wollen wir die Vorhut des Proletariats**, all die fortschrittlichen, einflußreichen, bei den Arbeitern beliebten Kollegen, Vertrauensleute, Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre, die — trotz aller ideologischen Verwirrung — den Sozialismus wollen, **für uns gewinnen, wenn wir nicht selbst eine für sie sichtbare Rolle im Klassenkampf spielen, wenn sie sich nicht im Kampf von der Richtigkeit unserer politischen Losungen überzeugen können?**

Hier stellte der 4. Parteitag, bei allen noch vorhandenen Mängeln, unter der Losung „Propaganda- oder Kampfpartei" (was nicht heißt, daß die Propaganda nicht weiter eine wichtige Rolle spielt) die Weichen. Wäre diese Weichenstellung nicht erfolgt, wären wir mit Sicherheit den Weg der Dezimierung bis hin zur völligen Auflösung wie andere Organisationen der revolutionären Linken gegangen. Nur Organisationen, die sich wie wir, von Anfang an stärker auf die Arbeiterklasse orientierten, deren mitgliedermäßige Zusammensetzung überwiegend proletarisch oder proletarischer Herkunft war, wurden von dieser Entwicklung weniger, doch immerhin empfindlich, getroffen.

Was wir tun müssen, ist, konsequent und beharrlich unsere Politik der Verankerung in Betrieb und Gewerkschaft weiterführen; aktiv an der Spitze in die Kämpfe des Proletariats eingreifen mit dem Ziel, sie zu führen; weiter — entsprechend den Kräften der Partei — den Aufbau der Massenorganisationen vorantreiben mit dem Ziel, nicht nur die Mitglieder unserer Partei, sondern auch Parteilose aufzurütteln und in den Kampf einzubeziehen, was nach Lenin „schon der Beginn der Eroberung der Massen" ist.

Wenn die Partei heute bereits in der Lage ist, wie beispielsweise im Werftbereich auf die Entwicklung der Kämpfe Einfluß zu nehmen, wenn es den Genossinnen und Genossen in den vergangenen Jahren zunehmend gelang, ihre Positionen im Betriebs- und Gewerkschaftsbereich zu verbessern und ihren Einfluß zu vergrößern, so ist dies — trotz Mitgliederrückgangs im allgemeinen — ein Erfolg. Denn nur so können wir das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen gewinnen, die wir als die Vorhut des Proletariats bezeichnen. Und was die Mitgliederentwicklung betrifft, so ist sie in einigen Landesbezirken bereits wieder steigend.

Trotz dieser, wenn auch noch bescheidenen Erfolge, ist eine derzeitige Schwäche unserer Partei ihr **Kadermangel.** Dort, wo wir Kader haben, sei es in Betrieb und Gewerkschaft, beim Aufbau der RGO oder Unterstützung der Volksfront, gab es Erfolge. Das heißt, wir müssen der Entwicklung von Kadern verstärkte Aufmerksamkeit schenken. Eine weitere Schwäche der Partei ist ihr eigenes mangelndes offensives Auftreten in der Öffentlichkeit als kommunistische Organisation und damit verbunden eine gezielte, aktive Mitgliederwerbung für die Partei. Um diese Schwäche zu überwinden, ist es absolut notwendig, **die Reste einer falschen Vorstellung von einer sogenannten Kaderpartei,** einer Partei von Berufsrevolutionären, die unter illegalen Bedingungen durchaus sinnvoll sein kann, **über Bord zu werfen.**



Ernst Aust, Vorsitzender der KPD

Erstens, wir brauchen Kader, **wir sind** aber **keine Kader-, sondern eine Mitgliederpartei.** Mitglieder, aus denen sich Kader entwickeln oder auch nicht. Anders können wir überhaupt nicht, was notwendig ist, zu einer Massenpartei werden. **Zweitens, wir sind nicht illegal!** Wir leben weder unter Bedingungen ähnlich denen des Zarismus noch gar des Faschismus. Natürlich gilt es, die notwendigen Regeln der Konspiration wie keine offenen Parteitage und Mitgliederversammlungen etc. zu beachten. Doch selbst ein Verbot der Partei unter den derzeitigen politischen Verhältnissen wäre eher ein Verbot der Art von 1956, nicht aber von 1933. Und niemand könnte nach den derzeitigen Gesetzen für seine heutige Tätigkeit in der Partei bestraft werden.

Eine weitere in diesem Zusammenhang stehende Frage ist die: Was sind heute die Bedingungen für den Eintritt in die Partei? Ich sage bewußt „heute", denn diese Bedingungen können sich ändern, z.B. nach der Revolution, wo sicherlich mancher sich einen Vorteil vom Parteieintritt verspricht. Doch heute bietet der Eintritt in die Kommunistische Partei nichts weiter als Nachteile, Opfer, Diffamierung, Verfolgung etc. Das **aber heißt, in die Partei kann heute jeder, der bereit ist, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten.** Oder wie wir es im Statut im leninschen Sinn neu und einfacher formulieren sollten:

„Als Mitglied der Partei gilt jeder, der ihr Programm und Statut anerkennt und die Partei sowohl in materieller Hinsicht als auch durch persönliche Betätigung in einer Parteiorganisation unterstützt."

Das reicht völlig. Ist dem aber so, so können auch die Pflichten der Parteimitglieder nicht über diese Forderungen hinausgehen. Bestenfalls könnte man im Statut an die Mitglieder appellieren, sich den Marxismus-Leninismus anzueignen. **Keinesfalls aber kann die Aneignung des Marxismus-Leninismus oder auch nur wesentlicher Teile davon, die Voraussetzung für den Eintritt in die Partei sein.**

Also, man tritt nicht als fertiger Kommunist in die Partei ein, man entwickelt sich in ihr durch die Teilnahme an ihrem Kampf zum Kommunisten. Und was für das Statut gilt, gilt auch für das Programm. Der Arbeiter, der in die Partei eintritt, soll es anerkennen. Was aber, wenn es so kompliziert ist, soviel Wissen voraussetzt, daß er es nicht versteht. Und daß unser Parteiprogramm einfach und leicht verständlich ist, wird ja wohl niemand behaupten. Vieles wurde in das Programm aufgenommen, was einfach nicht reingehört, abgesehen davon, daß einige Teile der Überarbeitung bedürfen. Also auch hier: **weniger, einfacher, sich auf das Wesentliche beschränken.**

Natürlich ist damit das Problem, die Partei durch die Aufnahme neuer Mitglieder zu stärken, um in der Perspektive zu einer Massenpartei zu werden, nicht gelöst. Änderungen im Statut und Programm sind eine notwendige Voraussetzung hierfür, aber noch nicht die Lösung des Problems. Natürlich ist auch der Begriff „Masse" relativ und ändert sich, je nachdem sich der Charakter des Kampfes ändert. „Zu Beginn des Kampfes", so sagte Lenin auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale, „genügten schon einige tausend wirklich revolutionärer Arbeiter, damit man von der Masse sprechen konnte. **Gelingt es der Partei, nicht nur ihre Mitglieder in den Kampf einzubeziehen, gelingt es ihr, auch Parteilose aufzurütteln, so ist das schon der Beginn der Eroberung der Massen".** Doch, so fährt er fort:

„Ist die Revolution schon genügend vorbereitet, so ändert sich der Begriff der ‚Masse': Einige tausend Arbeiter stellen keine Masse mehr da. Dieses Wort beginnt etwas anderes zu bedeuten. Der Begriff Masse ändert sich in dem Sinne, daß man darunter die Mehrheit zu verstehen hat, und zwar nicht nur die einfache Mehrheit der Arbeiter, sondern die Mehrheit aller Ausgebeuteten (...). **Um zu siegen, braucht man aber die Sympathie der Massen. Nicht immer ist die absolute Mehrheit erforderlich; doch um zu siegen und die Macht zu behaupten, ist nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse erforderlich — ich gebrauche hier den Terminus ‚Arbeiterklasse' im westeuropäischen Sinne, meine also das Industrieproletariat —, sondern auch die Mehrheit der ausgebeuteten und werktätigen Landbevölkerung."**

Von der Erfüllung solch einer Forderung, die für den Sieg in der Revolution die Voraussetzung ist, sind wir derzeit noch meilenweit entfernt. **Und wir müssen uns vor der Annahme hüten, daß sich angesichts der verschärfenden Krise die Dinge schnell politisch zu unseren Gunsten verändern. Wachsende Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, verstärkter Abbau demokratischer Rechte usw. führen nicht von heute auf morgen zu einer Verschärfung der Klassenkampfsituation insgesamt.** Erst einmal führen sie, wie wir derzeit erleben, zu einem Wachsen der Angst, der Sorge um den Arbeitsplatz, zu einem Stillhalten in bezug auf Lohnforderungen etc. **Nur dort, wo sich infolge von Betriebsschließungen, Massenentlassungen, die Verhältnisse zuspitzen, kommt es zur Zeit schon wie z.B. bei HDW, Vulkan, Hoesch u.a. zu einer Verschärfung der Klassenkämpfe.**

Noch sind wir in der Bundesrepublik — eben durch die in langen Jahren erkämpften sozialen und demokratischen Rechte — weit von einer Situation wie Anfang der 30er Jahre, von einer Situation, in der die Unterdrückten nicht mehr leben wollen wie bisher, entfernt. Daß sich dies infolge des Einwirkens von Faktoren wie einer Verschärfung des Handelskrieges und damit verbundenem drastischem Exportrückgang, Zahlungsunfähigkeit bestimmter Länder und damit verbundener internationaler Bank- und Währungskrise usw. rasch ändern könnte, steht auf einem anderen Blatt.

Worauf wir achten müssen ist, daß wir einerseits nicht hinter der spontanen Bewegung der Arbeitermassen einhertrotten, uns darauf beschränken, zu registrieren, was die Masse der Arbeiterklasse empfindet und denkt, sondern, daß wir ihr voraus sind, daß wir weiter sehen als sie mit dem Ziel, sie zu führen. Andererseits dürfen wir dabei jedoch nicht den Boden der Realitäten verlassen.

Es war ja gerade ein Fehler unseres letzten Parteitages, daß er den Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse, ihre politische, bürgerliche bzw. sozialdemokratische Beeinflußung nicht oder nur sehr ungenügend berücksichtigt hatte. Daß wir ausgehend von einigen Streiks (Stahlarbeiter- und Druckereiarbeiter) und der zu erwartenden Verschärfung der Krise eine relativ schnelle Radikalisierung der Arbeiterklasse und eine Erhöhung ihres Klassenbewußtseins erwartet hatten. Auf dieser Grundlage beschlossen wir das „Stalin-Aufgebot".

Falsch am „Stalin-Aufgebot" war ja nicht die Aufgabenstellung, verstärkt Mitglieder für die Partei zu gewinnen, das ist immer und zu jeder Zeit richtig, falsch war die Erwartung: „Beseitigt alle noch vorhandenen sektiererischen Hemmnisse, die fortgeschrittenen, revolutionäre Arbeiter hindern können, mit uns gemeinsam zu kämpfen, und erleichtert ihnen den Weg in die kommunistische Partei", eben weil es nur wenige solcher Arbeiter gab. **Was aber sind nun die objektiven Ursachen, die ein Erstarken unserer kommunistischen Partei derzeit beträchtlich erschweren?** Es sind:

a) der gerade in der Bundesrepublik — im Verhältnis zu anderen westlichen Ländern — stark verbreitete Antikommunismus, der sich auch in staatlichen Maßnahmen wie dem KPD-Verbot, den Berufsverboten für Kommunisten usw. äußert;

b) das negative Beispiel des „realen Sozialismus", das sich in der Bundesrepublik infolge der Existenz der DDR für die Bevölkerung besonders anschaulich darstellt und einen Großteil der Arbeiterklasse skeptisch gegen jede Art Sozialismus und Kommunismus macht;

c) die Tatsache, daß die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung durch den Verrat der „modernen" Revisionisten — anders als im und nach dem ersten Weltkrieg — für die Arbeiterklasse nicht anschaulich, direkt erfahrbar erfolgte, sondern mehr oder weniger ein theoretisches Problem blieb;

d) das Fehlen eines zündenden Ziels wie es nach dem ersten Weltkrieg in der Räte-, der Sowjetbewegung bestand und in der Sowjetunion, dem ersten Staat, in dem sich die Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus befreite und die Macht ergriff, seinen konkreten Ausdruck fand;

e) die gegenüber früheren Zeiten stark gewachsenen Möglichkeiten der Bourgeoisie, durch den Einsatz ihrer Massenmedien, vor allem des Fernsehens, in ihrem Sinne auf die Massen einzuwirken;

f) die lange Periode der kapitalistischen Stabilisierung nach dem letzten Weltkrieg, die nur kurz durch die Krise von 1966/67 unterbrochen wurde, die verstärkte Ausplünderung der unterentwickelten Länder durch die imperialistischen Mächte, die den Arbeitern in ihrer großen Mehrheit für lange Zeit einen relativen Wohlstand sicherte, sie in Illusionen über den Kapitalismus wiegte und in Teilen zu ihrer Verbürgerlichung beitrug.

Das ist die Situation, vor der wir stehen. Wie können wir unter diesen zweifellos erschwerenden Bedingungen unsere Aufgabe erfüllen, zu einer kommunistischen Massenpartei zu werden, ohne die wir unser Ziel, die Werktätigen zum Kampf, zum Sieg in der sozialistischen Revolution zu führen, nur schwer erreichen können? Zuerst einmal durch unser beharrliches Festhalten an unserer Politik der Verankerung in Betrieb und Gewerkschaft, des Eingreifens in die Kämpfe des Proletariats, der werktätigen Massen. Zweitens aber durch das, wenn man so sagen will, Aufgreifen der tieferen Sehnsüchte der Massen. (...)

Fortsetzung im nächsten RM



(Wirtschaftspolitische Alternativen —6. Folge)

Frisierte Bilanzen

Zu den Wirkungen bisheriger Beschäftigungsprogramme

In unserer Artikelfolge haben wir bisher in drei Teilen zu den konkreten Vorschlägen des DGB zu Investitionsschwerpunkten und in zwei Teilen zu den DGB-Finanzierungsvorschlägen (samt Folgen) Stellung genommen. Um nun zu einer abschließenden Bewertung zu kommen, muß man die Frage der Wirkungsmöglichkeiten eines solchen Beschäftigungsprogramms zumindest insoweit aufgreifen, als es ja darum eine grundsätzliche Auseinandersetzung gibt. Dabei vertreten die konservativen Kräfte bekanntlich die Meinung, solche Programme taugten an sich nichts. Auf der einen Seite steht der DGB, auf dessen Lob für das Zukunftsinvestitionsprogramm der SPD/FDP-Bundesregierung von 1978 wir ja bereits hingewiesen haben.

16mal gescheitert?

„16 Konjunktur- und Wachstumsprogramme haben wir hinter uns. Trotz eines ungeheuren Aufwandes von über 45 Milliarden D-Mark allein beim Bund ist das entscheidende Ziel aller dieser Programme nicht erreicht worden. Wir haben heute nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze; unsere Volkswirtschaft wächst nicht, sondern sie schrumpft." [33]

So sagte es der CDU-Abgeordnete Hauser in der Bundestagsdebatte am 10. November vergangenen Jahres und er sprach damit für seine gesamte Partei und vertrat auch den Standpunkt der Unternehmerverbände. Hat er denn nicht recht? Offensichtlich sprechen doch die Tatsachen dafür, warum also einen 17. Anlauf versuchen wollen?

Aber, wenn man den Ablauf dieser Programme, ihren Umfang und ihre Dauer konkret betrachtet, ergibt sich schon ein eindeutiges Bild. In den Jahren 74/75 wurden vier Programme verabschiedet, die 17 Milliarden Umfang hatten. Das zentrale Programm dabei: Die Investitionszulage von 7,5 Prozent für die Unternehmer. 76/77 wurden drei Kleinprogramme verabschiedet und das bereits genannte Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) in einem Umfang von 20 Milliarden. Danach kamen noch außer Ergänzungen zum ZIP, die es auf den obigen Umfang anschwellen ließen, 78/79 in erster Linie Steuerentlastungsprogramme für Unternehmer. Und schließlich die Jahre 80/82 mit drei Programmen (Kreditverbilligungsprogramm, erneut eine — diesmal 10prozentige — Investitionszulage, und Verbesserung der Abschreibebedingungen).

Je nach Berechnung kann man die dafür ausgegebene Summe im übrigen noch wesentlich höher ansetzen, als dies der CDU-Abgeordnete getan hat. Er blieb wohl deshalb so „tief", weil er die zahlreichen Maßnahmen, die ausschließlich in der direkten Hilfe für die Unternehmer bestanden, nicht so gerne mitrechnen wollte, da diese Maßnahmen ja von seiner Partei noch viel weitgehender gefordert und praktiziert werden.

„Insgesamt wurden somit vier Maßnahmen im Gesamtumfang von rund 29 Milliarden DM zusätzlich zum ZIP in Gang gesetzt. Eingebettet in einem expansiven Gesamtkurs haben sie zur Wiederbelebung von Konjunktur, Wachstum und Beschäftigung maßgeblich beigetragen. Die Zahl der beschäftigten Arbeitslosen sank im Jahresdurchschnitt von 1030 (1977) auf 889 (1979). Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer stieg in den Jahren 1978/79 um 634000 Personen. Es kann also keine Rede davon sein, daß diese Programme nicht gewirkt hätten." (34)

So wird vom DGB die Wirkung vor allem des ZIP beurteilt — zu Recht. Dabei wird in der nachträglichen Bewertung des DGB festgestellt, daß insbesondere jene Programme, die ihren Schwerpunkt auf der Bezahlung von Teilen der Investitionen durch die Staatskasse legten im Endeffekt wirkungslos blieben, was die Beschäftigung anbelangt.

Allein auf weiter Flur

Richtig ist auch die Feststellung, daß solche Programme nur wirken können, wenn sie eingebettet in ein insgesamt entworfenes Vorgehen, insbesondere in der Finanzpolitik sind. Auf dem Hintergrund eines allseitigen oder auch teilweisen „Austeritäts"kurses jedenfalls werden solche Programme in der Regel — mindestens — wirkungslos (oder zu einer direkten Umverteilung für die Unternehmer).

Die Regierung des ZIP durch den DGB aber ist andrerseits so unproblematisch nicht, diese Wertung ist durchaus als schöngefärbt zu betrachten. Ob aus parteipolitischen Erwägungen sei hier dahingestellt. Fraglos stimmen die genannten Zahlen, doch traut man sich nicht so recht, einen konkreten Wirkungsgrad auch nur andeutungsweise zu nennen. So haben als Beispiel die verschiedenen Programme rund um die Energie keineswegs nur Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch, wie bereits verschiedentlich gesagt, auch welche, vor allem im Kohlebereich, vernichtet.

Wie bereits gesagt: sicherlich sind solche Programme von vornherein unwirksam, wenn sie sozusagen lediglich einen Farbtupfer in einer insgesamt auf Kürzungen und Einsparungen gerichteten Politik darstellen, das zeigt jede Erfahrung. Aber das ist eben, im Gegensatz zu dem, was von DGB-offizieller Seite kommt, noch längst nicht alles, was zur Wirksamkeit solcher Programme beitragen muß.

Um nur eine Frage aufzuwerfen, die ebenfalls bereits angedeutet wurde, muß eine klare Linie in der gesamten Finanzpolitik vorhanden sein. So kann die einfache Tatsache, daß eine Hochzinspolitik die Spekulation mit Geldern wesentlich verstärkt und ermutigt all jene Maßnahmen, die auf „Investitionsanreize" fürs Kapital abzielen, bereits zunichte machen.

Oder aber: in größeren Mengen ins Ausland transferiertes Kapital kann die Auswirkungen eines ansonsten „runden" Beschäftigungsprogramms entscheidend begrenzen. Von den Auswirkungen der internationalen Geldspekulation einmal ganz zu schweigen.

Alles das sind Punkte, die nicht nur vom Grundsatz her eine solche Beschäftigungspolitik mit absichern müßten, sondern auf die auch in der Vergangenheit entweder keinerlei Einfluß genommen wurde, oder dieser Spielraum sogar noch erweitert wurde.

Bestandteile

Unmittelbar zu einem wirkungsvollen beschäftigungspolitischen Programm gehören aber auch unzweifelhaft solche Forderungen, wie sie der DGB selbst erhebt: Arbeitszeitverkürzung und die (diffus gestellte) Forderung nach „sozialer Beherrschung neuer Techniken".

Auf letzteres waren wir ansatzweise schon an einem Punkt eingegangen im Rahmen unserer bisherigen Darstellung, anhand der Umstellung der Rüstungsproduktion. Daran war im Grundsatz deutlich geworden, was auch für alle anderen, gesamtwirtschaftlich wesentlich wirkungsvolleren, eigentlichen „neuen" Techniken zu gelten hat: Daß dies alles solange nichts Positives für die Arbeiter und Angestellten bewirken kann, solange nicht die Frage echter Mitbestimmungsrechte der betreffenden Belegschaften auf den Tisch kommt.

„Investitionen, die die Zahl und Qualität der vorhandenen Arbeitsplätze verändern, müssen der Zustimmung des Betriebsrates bedürfen!" (35)

Es geht dabei im Kern um zwei Möglichkeiten: Ob die Einführung neuer Techniken und neuer Produktpaletten zur Ausweitung des Herrschaftsanspruchs der Unternehmer führen, ob beispielsweise dadurch „Kontrolle total" über Mittel wie Personalcomputer (usw.) errichtet wird, oder ob, ganz im Gegenteil davon, die Rechte und der Einfluß der Belegschaften erweitert wird, Positionen auf- oder ausgebaut werden können.

Aber auch die Frage der Arbeitszeitverkürzung steht dabei konkret. Einmal im Sinne, daß sie unmittelbar zur Entscheidung ansteht, zum anderen aber auch in dem Sinne einer klaren Losung, nämlich die nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, die ja heute in der einzelgewerkschaftlichen Praxis von verschiedenen Seiten, etwa von der IG Chemie, bereits hintergangen worden ist.

Tatsache ist, daß bereits die Art und Weise, wie der DGB-Bundesvorstand diese Forderung erhoben hat, nämlich in der allgemeinen Formulierung „Arbeitszeitverkürzung" anstatt in der konkreten nach dieser Verkürzung der Wochenarbeitszeit, darauf hinweist, daß man auch hier, einmal mehr, diesen DGB-Vorschlag nicht als Kampfprogramm versteht, mit dem Arbeiterinteressen durchgesetzt werden. Und daß sie darauf zurückzuführen ist, daß auch innerhalb des DGB selbst hierzu bisher keine geschlossene Front geschaffen werden konnte, im Gegenteil.

Bleibt zusammenfassend zu sagen:

1. Der DGB-Vorschlag insgesamt enthält sehr viele richtige Forderungen und noch mehr versprechende Ansätze.

2. Die Verwirklichung dieses Vorschlags wird dann einen positiven Effekt mit großer möglicher Tragweite darstellen, wenn er auf — in echtem Sinne — realistische Beine gestellt wird. Und das heißt eben gerade nicht, möglichst wenig bei Unternehmern und Regierung anecken. Sondern das heißt, ganz im Gegenteil, eine konsequente auch politische Fortführung richtiger Forderungen und guter Ansätze.

3. Geschieht dies nicht, stehen vor diesem Programm zwei mögliche Schicksale, von denen sich ja das erste bereits anbahnt: Entweder es wird aus der öffentlichen Debatte um die Wirtschaftspolitik (vollends) verschwinden, oder es wird das Schicksal früherer solcher Programme (die, wie gezeigt, natürlich eine andere Stoßrichtung hatten) erleiden, für die Arbeitslosigkeit wirkungslos bleiben und Unternehmerkassen, bzw. die Tresore der Reichen füllen.

4. Eine konkrete Forderung nach Verwirklichung des DGB-Vorschlags von Seiten der Belegschaften, verschiedener gewerkschaftlicher Gremien oder auch der Linken kann nur mit solchen entsprechenden Klarstellungen und Ergänzungen sinnvoll sein.

Meldungen

Südafrika: Wieder Apartheidsgegner ermordet

JOHANNISBURG. — Bei den Demonstrationen und Kundgebungen in Südafrika, anläßlich des Jahrestages des Aufstands von Soweto 1976, wurde wieder ein Mensch von der Polizei getötet.

Die Menschen in Südafrika organisierten viele Demonstrationen. In Inanda, nahe der Stadt Durban, griff die südafrikanische Polizei einen Demonstrationszug an. Dabei wurde ein Busfahrer, der mitdemonstrierte, erschossen.

In Soweto selbst überfiel ein Kommando der Bereitschaftspolizei sogar einen Gedenkgottesdienst an die Opfer des Aufstands. Hier wurden über vierzig Menschen verhaftet.

Zum Zeichen der Trauer um die Opfer von 1976 und die eine Woche vorher vom Regime hingerichteten Patrioten des Afrikanischen National Kongresses (ANC) hatten in Soweto Läden und Schulen geschlossen und große Teile der Bevölkerung fuhren nicht zur Arbeit nach Johannisburg.

Erster Tarifabschluß für Bergarbeiter

JOHANNESBURG. - Zum ersten Mal in der Geschichte Südafrikas haben die Bergbaukonzerne einen Tarifvertrag mit einer Gewerkschaft von schwarzen Bergarbeitern abgeschlossen. Diesen entscheidenden Erfolg nach einhundert Jahren Unterdrückung im südafrikanischen Bergbau erreichten die Bergarbeiter vergangenen Freitag, als der Vertrag zwischen der „National Mineworkers Union" (NUM) und der „Chamber of Mines" (Minenkammer) unterzeichnet wurde. Der Vertrag gilt für 6000 Bergarbeiter in verschiedensten Arbeitsbereichen in neun Gold- Platin- und Kupferbergwerken. In diesem Vertrag werden alle Löhne angehoben, die Mindestlöhne zwischen 13,9 und 15,6 Prozent. Die Ausgangslage bei den Verhandlungen war sehr schwierig, weil die NUM 30 Prozent forderte, die Minenbesitzer aber nur maximal 8 Prozent zugestehen wollten.

Die bisherige Praxis in Südafrika war, daß die Kapitalisten lediglich mit „weißen" Gewerkschaften verhandelten und dabei auch die Löhne der schwarzen Arbeiter festlegten.

1982 war es zu einer breiten Streikbewegung der rund 370000 schwarzen Minenarbeiter gekommen, vor allem im Goldbergbau. Trotz Streikverbot gab es große Kämpfe gegen die Hungerlöhne, gegen miserable Lebensbedingungen und Unterkünfte sowie die oft tödlichen Arbeitsbedingungen. Eine der Folgen dieser Bewegung war die Herausbildung der Gewerkschaft NUM, die in relativ kurzer Zeit 25000 Mitglieder gewinnen konnte. Die kämpferische Bewegung des vergangenen Jahres war offensichtlich der Hauptgrund für die Unternehmer, sich jetzt doch das erste Mal mit schwarzen Gewerkschaften einzulassen.

Erfolgreicher Tag des Nationalen Protests

Chile: Starke Kampfaktionen am 14. Juni

Pinochet verstärkt die Unterdrückung

Nach dem erfolgreichen ersten Nationalen Protesttag in Chile, dem 11. Mai 1983, haben die Volksmassen nur einen Monat später, am 14. Juni wieder in breitem Umfang gegen die faschistische Pinochet-Diktatur demonstriert.

Die vielen machtvollen Aktionen der Arbeiter, in Stadt und Land, der Studenten und Intellektuellen zeigen, wie sich die Situation in Chile auch zu einer Krise der Herrschenden entwickelt, die unter großen Druck geraten sind.

Im Herbst wird es zehn Jahre her sein, daß der Diktator Pinochet an die Macht gelangte. Die Diktatur hat aber nicht nur mit blutigen Methoden das Volk niedergehalten, sie hat auch das Land wirtschaftlich völlig heruntergebracht.

Die Formierung einer breiten Opposition ist vor allem in diesem Jahr sehr weit vorangeschritten. Wie schon am 11. Mai hat wieder die CNT, eine Organisation, die neben fünf Gewerkschaften auch Berufsverbände des Mittelstandes umfaßt, aufgerufen, landesweit alle möglichen Formen des Protestes anzuwenden, um gegen die Junta zu protestieren. Noch stärker, noch breiter als vor vier Wochen wurde jetzt dem Aufruf Folge geleistet.

In allen größeren Städten Chiles fanden mächtige Demonstrationen statt, in vielen Industriebetrieben wurde gestreikt. In Arica zum Beispiel, wo es zu Streiks kam, ging die Polizei am Abend des Protesttages gegen massenhaft demonstrierende Menschen vor und verhaftete dabei allein mehr als 60 Demonstranten.

In Santiago, der Hauptstadt, fuhren mehr als 60 Prozent der öffentlichen Verkehrsmittel an diesem Tag nicht. Die meisten Textilbetriebe und Baustellen Santiagos wurden bestreikt. In allen Universitäten fanden Demonstrationen statt, die Studenten der Chile-Universität von Santiago besetzten das Pädagogische Institut, in dem sechs Studenten angeschossen wurden, als die Polizei eingriff. Aus den Armenvierteln Santiagos marschierten große Kolonnen von Demonstranten ins Zentrum der Stadt. In allen Stadtteilen wurde ganz offen gegen die Diktatur protestiert.

Gegen die brutale Unterdrückung, gegen Polizei- und Militäreinsätze errichteten die Demonstranten Barrikaden, so daß fast alle Stadtteile Santiagos vom Zentrum abgeschnitten wurden. Beim brutalen Vorrücken der Militärs in die Armenviertel wurden ein sechzehn- und ein zwanzigjähriger Junge erschossen.

Patricio Yanez und Leopold Segovia, so die Namen der Opfer, stammten aus den Elendsvierteln der Stadt. Die Polizei war zunächst mit Schlagstöcken, Tränengas und Wasserwerfern gegen die Demonstranten vorgegangen. Diese wehrten sich mit Steinwürfen. Dann fielen die Schüsse. Allein in Santiago wurden am Abend des 14. Juni über 600 Menschen festgenommen.

Neben Santiago waren die Städte Vina del Mar und Valparaiso Schwerpunkte der Protestbewegung. Zusätzlich wurde noch der Zugverkehr zwischen Santiago und dem Süden des Landes lahmgelegt, viele Kupferminen streikten oder führten einen Bummelstreik durch. Sogar die Lastkraftwagenfahrer befolgten den Streikaufruf sehr breit. Auch die Stromversorgung wurde vielerorts lahmgelegt und nicht zuletzt die ganze Stadtviertel umfassenden Protestkonzerte auf Deckeln und Töpfen gegen Hunger und soziales Elend zeigen den gewachsenen Umfang der Protestbewegung, die auf eine revolutionäre Situation hinsteuert.

Die Lage verschärfte sich noch am 14. Juni, als die Pinochet-Junta einen der prominentesten Gewerkschaftsführer und Organisator des Protesttages, Rodolfo Seguel, verschleppen ließ. Wie später herauskam — auf ausdrückliche Anordnung des Innenministeriums. Etwa zehn in Zivil gekleidete und mit Maschinenpistolen bewaffnete Männer waren in die Wohnung Seguels eingedrungen, nachdem sie die Haustür aufgebrochen hatten. Sie verschleppten ihn an einen zunächst nicht bekannten Ort.

Kurz nach Bekanntwerden dieser Nachricht brachen in allen großen Minen des Landes Streiks aus. In El Tiente, der größten unterirdischen Kupfermine der Welt, beteiligten sich 97 Prozent der Arbeiter an diesem Streik. 100 Prozent war die Teilnahme am Streik in der Kupfermine Andina. Und auch die Mine El Salvador, im Norden des Landes, wurde bestreikt. Mit diesem Kampf wollen die Kupferarbeiter die Freilassung von Rodolfo Seguel erkämpfen. Und der Streik in den Minen ist ein starkes Kampfmittel der Arbeiter.

Denn immerhin bringt die Kupferproduktion Chile pro Tag 4,5 Millionen Dollar ein. So ließ Pinochet denn auch sofort Militär vor den Minen aufmarschieren. Als die Arbeiter erklärten, ihren Streik bis zur Freilassung Seguels weiterzuführen übernahm das Militär die Leitung der Minen. Sofort wurden 1800 Minenarbeiter wegen der Teilnahme am Streik entlassen. Die Regierung verbot „alle Versammlungen, Kundgebungen und Aktivitäten gegen die öffentliche Ordnung und die Freiheit der Arbeit". So wurden in der größten Tagebaumine der Welt, in Chuquicamata, am vergangenen Sonntag Abend 10000 Minenarbeiter vom Militär daran gehindert, eine Versammlung abzuhalten. Hält der Streik der Minenarbeiter an, so würde die Hälfte aller chilenischen Deviseneinkünfte wegfallen. Der Wirtschaft der Militärdiktatur wäre das Rückgrat gebrochen, ist sie doch schon jetzt mit 18 Milliarden Dollar verschuldet.

Die wirtschaftliche Lage ist katastrophal. Bei einer Arbeitslosigkeit von über 30 Prozent, sinkender Kaufkraft nimmt das Massenelend zu. Im Gegensatz zu früheren Jahren muß Chile heute Weizen importieren, fast der gesamte Bedarf des Speiseöls und immerhin 40 Prozent des Zucker- und Maisbedarfs mußten im Ausland gedeckt werden. Und über 4000 pleitegegangene Industrieunternehmungen in den Jahren der Pinochet-Diktatur zeigen den bevorstehenden Bankrott.

Die Junta in Chile kennt nur einen Weg, dem Protest zu begegnen: verschärfte Unterdrückung. Pinochet will die „Keime der Subversion" sofort ersticken. Der Innenminister General Enrique Montero sagte auf einer Pressekonferenz am vergangenen Sonntag, die Regierung werde „auf keinen Fall dulden, daß die öffentliche Ordnung gestört wird". Die „Unruhestifter" würden mit den „vom Gesetz vorgesehenen Sanktionen" belegt werden. „Administrative Maßnahmen" würden gegen die Protestierer und die Mitglieder der verbotenen Kommunistischen Partei ergriffen. Ferner wurde mitgeteilt, man würde nächtliche Fahrzeugkontrollen erheblich verschärfen und jede „subversive Aktion" unterbinden. Pinochet selbst hat in einer Rundfunkrede die Verschärfung seiner blutigen Diktatur angekündigt. Er werde die Verbote jeglicher politischer Tätigkeit der Opposition verstärken. Und für Betriebe und Universitäten kündigte er Razzien gegen alle oppositionellen Kräfte an.

Rodolfo Seguel allerdings ist zuversichtlich, daß der verstärkte Kampf gegen Pinochet erfolgreich sein wird. In einem Interview, das er im Gefängnis ausländischen Journalisten geben konnte, kündigte er die Weiterführung des Kampfes für Demokratie in Chile an. „Die Chilenen protestieren, weil sie genug von der Ungerechtigkeit haben, und in einer Demokratie leben wollen." Nach Seguel wird es schon sehr bald zu einer großen Kraftprobe in Chile kommen.

Insgesamt gesehen war der zweite Tag des Nationalen Protestes ein großer Erfolg. Waren die Demonstrationen und Aktionen am 11. Mai schon die größten seit dem Putsch von Pinochet, so war jetzt die Teilnahme noch breiter. Und die Opposition in Chile wird, wie sie ankündigte, solche Tage wiederholen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. So wird vor allem die Beendigung des Notstands gefordert, die freie Betätigung der Gewerkschaften, die Normalisierung des Lebens an den Hochschulen, die Anullierung aller antidemokratischen Artikel der Staatsverfassung, die Rückkehr aller Exilierten, die Abschaffung jeder Art von Zensur und eine große Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen. Ein Programm, daß die chilenische Bevölkerung nur gegen Pinochet und seine Diktatur durchsetzen kann.

So wird in diesen Tagen, da das Volk des unterdrückten Landes so mutig kämpft, die Solidarität mit Chile nicht nur notwendig, wegen des „Jubiläums" der Diktatur, sondern vor allem und in erster Linie als direkter Beitrag zur Unterstützung des antifaschistischen Widerstands in Chile.



Am 14. Juni 1983 in Santiago de Chile: Am kämpferischen Tag des Nationalen Protests geht die Polizei mit Knüppel und Tränengas gegen die Bevölkerung vor.

Kommentar

„Die schmerzlichen Erfahrungen der Geschichte haben unsere Sensibilität geschärft im Bereich der grundlegenden Rechte der Kirche und der Nation: Insbesondere bei dem Recht auf Freiheit, bei dem Souveränsein, bei dem Respekt der Gewissens- und Religionsfreiheit, bei den Rechten der menschlichen Arbeit..." Originalton Papst Paul während seiner „Pilgerreise" durch Polen. Ganz anders als bei seiner Mittelamerikareise, wo man derlei Töne in El Salvador oder Guatemala vermißte, als er sich lieber von den Diktatoren die Hände küssen ließ, mischt sich der eilige Vater während der Tournee durch Polen offen ein.

Der Papst in Polen

Stillhalten, in Demut alles ertragen — so ungefähr waren des obersten Predigers Worte in Mittelamerika. In Polen nutzt er die Stimmung der Bevölkerung, die sich gegen die Militärdiktatur des Generals Jaruzelski, gegen die politische Unterdrückung richtet, konsequent aus, um für „soziale Reformen" für „Freiheit" zu agitieren. Aber die Freiheiten, die sozialen Reformen, die das Oberhaupt der katholischen Kirche im Sinne hat, sind niemals die Freiheiten und sozialen Reformen, die die Arbeiterklasse und das Volk von Polen benötigen. Der starke Einfluß der katholischen Kirche in Polen, die niemals in die ihr zustehenden Schranken einer normalen Religionsgemeinschaft verwiesen wurde, sondern eine innenpolitische Macht darstellt, diese katholische Kirche hat zur Genüge bewiesen, welche Art von Freiheit in welchem System sie meint. *„Vielleicht beneiden uns manchmal die Franzosen, die Deutschen oder Amerikaner, daß ihr Name nicht mit einem solchen Preis der Geschichte verbunden ist, daß sie so einfach frei sind, wogegen unsere polnische Freiheit soviel kostet"*, Papst Paul am 18.6. Also die Freiheit wie in Frankreich, in der Bundesrepublik oder den USA will er, will der katholische Klerus.

Mit Hilfe des massenhaften Einflusses der Religion werden während der Papstreise alle oppositionellen Strömungen in Polen ausgenutzt, um das reaktionäre Gesellschaftsideal des „Heiligen Stuhls" zu propagieren. So verständlich es ist, die großen Demonstrationen während des Papst-Besuches als Manifestationen gegen die Jaruzelski-Junta zu sehen, so gefährlich sind auch nationalistische und prokapitalistische Strömungen, die damit gefördert werden.

Die polnischen Arbeiter, die unterdrückten Bürger des Landes, werden für echte Arbeiterrechte, für Demokratie, Frieden und Unabhängigkeit nicht auf den Papst oder den polnischen Klerus bauen können, sondern lediglich wie bei dem so hoffnungsvoll begonnenen Aufbau der „Solidarność" auf ihre eigenen Kräfte.

NEU IM VERLAG ROTER MORGEN



Mit 5,— DM sind Sie dabei ...
... denn soviel zuwenig kostet ein
Einzelheft der Reihe „Kommunistische Hefte“ (Theoretisches Organ der KPD) im Abonnement.



Am obenstehenden Buch des Genossen Ernst Aust („Fürs Vaterland?“), das soeben als Doppelnummer 3/4 dieser Reihe erschienen ist, spart man z. B. als Abonnent ganze **4,80 DM** — genug, um sich davon glatt noch ein Taschenbuch kaufen zu können, vielleicht von Karl Marx ... (oder u. U. eine Schachtel Zigaretten, fürs gemütliche Schmökern ...)

In den „Kommunistischen Heften“ wird Wichtiges, Strittiges, Nützliches und Informatives aus allen Bereichen, in denen sich Menschen gegen die Herrschenden in Bewegung setzen, tiefergehend beleuchtet und vom marxistischen Standpunkt diskutiert.

Die Reihe umfaßt sowohl Bücher als auch Aufsatzsammlungen usw.

Es lohnt sich!

Hiermit bestelle ich ein Abonnement der „Kommunistischen Hefte“
☐ ab Nr. 3/4
(E. Aust: Fürs Vaterland?)
☐ ab Nr. 5

*Zutreffendes bitte ankreuzen

Ein Abo umfaßt vier Nummern. Den Betrag von 25,— DM (einschließlich Porto und Verpackung) überweise ich nach Erhalt der Rechnung.

Name: ....

Straße: ....

Ort: ....

Das Abo verlängert sich automatisch, wenn es nicht nach Ablauf gekündigt wird.

Coupon ausschneiden und schicken an:
Verlag Roter Morgen
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

ROTER MORGEN 1982 komplett

Der komplette Jahrgang 1982 des „Roten Morgen“ liegt jetzt gebunden vor. Der stabile Band kann für 40,— DM bezogen werden bei:
Verlag Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Der rote Jahresrückblick

Sämtliche Ausgaben des Roten Morgen von 1982 stabil gebunden. Ein revolutionäres Nachschlagewerk
Nur 40,— DM

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Alles wird teurer, nur der „Rote Morgen“ nicht. Diese wundersame Erscheinung hat ihre Ursache darin, daß der Herausgeber der Zeitung, die KPD, das große Defizit für ihre kommunistische Wochenzeitung abdeckt.

Mehr als das zweifache des Verkaufspreises von 1 DM kostet ein Exemplar des „Roten Morgen“, wenn man alle echten Kosten einrechnet. Diese beginnen bei den Löhnen für die Redakteure und andere Mitarbeiter des Verlages, umfassen die Ausgaben für Zeitungsabos und Fachliteratur für die Redaktion, die anteiligen Büromieten, Heizungs-, Strom- und Telefonkosten, die für die Arbeit am „Roten Morgen“ aufgebracht werden müssen. Weitere Kostenfaktoren sind Verpackungsmaterial und Portokosten, die EDV-Buchhaltung — und natürlich nicht zuletzt die Satz-, Repro- und Druckkosten.

Eine eigentlich notwendige drastische Preiserhöhung kann abgewendet werden, wenn es gelingt, das zur Zeit bestehende Defizit, die „Subvention“ des „Roten Morgen“, durch die Partei zu senken. Der beste Weg wäre eine enorme Auflagensteigerung. Politisch sicherlich und auch ökonomisch der beste Weg. Doch die bevorstehenden Sommermonate und die realistische Einschätzung des „Marktes“ lassen diesen Weg als den einzigen nicht als sehr erfolgreich erscheinen. Darum wollen wir über eine Spendenkampagne alle Genossen, Freunde und Leser des „Roten Morgen“ auffordern mitzuhelfen, das Defizit des RM um 30000 DM zu reduzieren. Damit eine Preiserhöhung verhindert wird, und der notwendigen Verbreitung des „Roten Morgen“ nicht die „2-DM“-Hemmschwelle entgegensteht.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467

MUSIK VON ELBE 1

„Schönes Land“

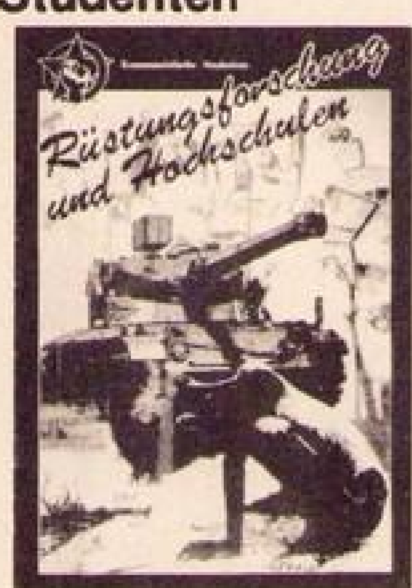


Das aktuelle Programm der hamburger Polit-Rock- und Folk-Gruppe „Elbe 1“ ist auf einer Musikkassette zu hören. Das Programm „Schönes Land“ enthält alle von den letzten Auftritten bekannten „Renner“. Hier die Titel:

Schönes Land / Wir wollen leben / I ho' wos g'sea / Weine nicht / Elbe / Kopfsalat / Diana / Hobby / Hey, Halleluja / Heiligenschein / Du wehrst dich /

Für nur 15,__ DM zu bekommen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Eine Broschüre der Kommunistischen Studenten



Diese interessante, aufschlußund faktenreiche Broschüre kann zum Preis von 2,50 DM pro Exemplar beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, bestellt werden.

ROTER MORGEN AKTION

SCHON HUNDERT NEUE!
Endspurt in der RM-Sommer-Sonder-Aktion
Ein Abo zum halben Preis
Nur noch wenige Wochen!

RM zum halben Preis!

Jeder, der jetzt schnell den „Roten Morgen“ abonniert, bekommt ihn zum halben Preis!
Also, ein Jahresabo für 30 DM, ein Halbjahresabo

Name ....
Vorname ....
Straße ....
Plz/Ort ....

Hiermit bestelle ich das tolle Sonderangebot:
.........Abonnement/s
0 für 1 Jahr
0 für 1/2 Jahr

0 Ich lege Post/Bankschenk bei über DM.........
0 Ich habe den Betrag von DM.......... an den Verlag überwiesen
0 Ich bitte um Vorausrechnung
Bitte einsenden an: Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103 oder Postfach 300526, 4600 Dortmund 30
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290; Postscheckkonto Dortmund 79600-461.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 25, 24 Haziran 1983 | Yıl: 17 | 1 DM

YASAL SÖZLÜK:

Oturma hakkı nedir, nasıl alınır ve bunun için hangi şartlar koşulmaktadır?

Yazısı 2. sayfada



„Geri dönüş primi"

Aylardan beri üzerine çok şey söylenen, Federal Almanya'da yaşayan biz göçmen işçi ve ailelerimize devletin bir hediyesiymiş gibi gösterilen "Geriye dönüş primi" gene Federal kabinen gündeminde. Şimdiye değin üzerine bir dizi spekülasyon yapılan "Dönüş primi"ni Federal kabine bu hafta çarşamba günü yapacağı toplantıda ele alacak.

Federal Çalışma Bakanlığı'nca hazırlanan tasarı 50 ile 70 bin işsiz yabancı işçinin ailesiyle birlikte geri dönmelerinin sağlanmasını amaçlıyor. Ve bunun içinde bir yıl geçerlilik süresiyle ülkesine geri dönen işsizlere kişi başına 10 bin 500 DM "prim" verilmesi, bunun dışında ise çocuk başına 1500 DM ve işçilerin emeklilik sigortasındaki kendi primlerinin hemen ödenmesi öngörülüyor.

Birincisi, Federal Hükümet hangi karar alırsa alsın, verilmek istenen sözümona "teşvik primi" yabancıların alın teriyle kazandıkları haklarıdır. İkincisi, bu yabancı işçilerin yıllar boyunca kazandıkları hakkın en küçük bir kısmını dahi oluşturmamaktadır. Çünkü sermaye ve onun Bonn'daki hükümeti göçmen işçilerin yıllardır çalışarak kazandıkları işsizlik sigortasının, işveren payının vs. üzerine yatmaktadır. Bu anlamda hükümetin, yabancılara devletin bir hediyesiymiş gibi göstermeye çalıştığı sözümona "teşvik primi" göçmen işçi ve ailelerine karşı düzenlenen bir tuzaktan, onlar burada kaldıkları durumunda Alman işçi ve emekçileri gibi alma hakları olan bazı ekonomik ve sosyal hakların büyük çoğunluğunun üzerine konmaktan başka bir şey değildir.

Bu, sermayenin ve onun devletinin, yıllardır burada çalışan göçmen işçileri şimdiye değin pervasızca sömürerek sırtlarından tatlı kârlar sağladığı gibi, şimdi geri gönderilmelerinde de tatlı kârlar sağlamasından başka bir şey değildir.

Bu durumda doğru olan, hükümetin üç beş kuruşluk "teşvik primi" tuzağına düşmemek, ve yıllardır burada çalışarak kazandığımız, emeklilik (işveren payı da dahil) ve diğer sosyal primlerimizin geri dönme durumunda tümünün transfer edilmesini sağlayan anlaşmaların yapılmasını sağlamaktır, bu uğurda mücadele sürdürmektir. Doğru olan, burada işsizliğe karşı ve Alman yurttaşları ile eşit haklar uğruna mücadele yürütmektir.

Flick'in rüşvet yedirme olayı örtbas edilmek isteniyor

BONN.—Bonn'daki hükümet partileri, Flick tekelinin çeşitli politikacılara rüşvet yedirme ve onları satın alma olayını ört bas etmek istiyorlar. Büyük laflar yapılarak görevlendirilen Parlamenter Araştırma Komisyonu'nun dosyalara bakmasına izin verilmiyor. Buna gerekçe olarak ise, bununla vergi sırrının ihlal edileceği ve bunun parlamenterler tarafından rüşvet yedirme olayının açığa çıkarılmasından daha büyük bir yasal hak olduğu gösterilmektedir.

Bu rüşvet yedirme olayının gerçekleştiği dönemde ve bugün Ekonomi Bakanı olan Otto Graf Lambsdorff Flick tekelini 840 milyon Mark vergiden muaf tuttu. Ve bu vergi hediyesi bir çok belgenin, ispatın, açıklamaların gösterdiği gibi rüşvet yedirmekle sağlandı. Flick tekeli açıkcası bunun için çeşitli bakanlara ve politikacılara rüşvet yedirdi.

Aylardan beri bu rüşvetçilik olayının çeşitli bölümleri aydınlık kazanmaktadır. Daha sonra olayı araştırmak üzere bir Parlamenter Araştırma Komisyonu devreye konulduğunda, tüm rüşvetçilik olayının aydınlık kazanacağı umuluyordu. Ne var ki, bunun önüne geçildi. Maliye Bakanı Stoltenberg (CDU) olayın açığa çıkmasını önlemek için zekasını ortaya koydu: Kurulun talep ettiği bu olayla ilintili tüm dosyaların verilmesinin, vergi sırrının ihlal edilmesi anlamına geleceğini ileri sürdü.

Bu yeni taktik daha önce Federal Kabinede kararlaştırılmıştı. Stoltenberg bunu İçişleri ve Adalet Bakanı ile karar altına almıştı. Nitekim bu olayla ilintili olarak suçlanan Lambsdorff ise bunu hemen kabullendi.

Araştırma Komisyonu, Flick'in rüşvet yedirme olayını Lambsdorff Bakanlığı üzerinden ve "üçüncü" bir kişi aracılığıyla yürütülen ilişkileri ispatlamak için dosyalara bakmayı kararlaştırdı. Ancak Kohl Hükümeti bu dosyaları vermek istemiyor.



Kohl ve Lambsdorff: Hiç bir sonuç elde edilmedi!

Bonn'daki sorumluların tüm girişimlerinin bu olayın açığa çıkmasını geçiktirmeye, tamamen örtbas etmeye ve kamuoyunun gerçekleri öğrenmesini önlemeye hizmet ettiği açıkca ortadadır.

Bir yandan Flick'in rüşvet yedirme olayını Araştırma Komisyonu toplanır, ancak hiç bir şey yapmazken, diğer yandan bir başka komisyon çok hızlı bir şekilde çalışmaktadır. Bu da Federal Cumhurbaşkanı Carl Carstens tarafından görevlendirilen ve partilerin finanse edilmesi sorununu çözmesi gereken Uzmanlar Komisyonu'dur. Onlar hemen bir çözüm önerisini ileri sürdüler: Partilere genel çıkarlara hadim kuruluşu statükosunun tanınması. O zaman büyük kazançlar, gelirlerinin yüzde beşine kadar partilere verdikleri bağışları resmi olarak vergiden düşürebilirler. Ve "bağışlar" ne kadar büyük olursa, vergi imtiyazları da o kadar yüksek olur. CDU ve FDP bu uygulamayı parlamentonun yaz tatilinden önce gerçekleştirmek istemektedirler. SPD ise bu tür bir imkânın küçük ve orta kazançlılara da tanınmasını istiyor. Ayrıca seçim kampanyası götürüsünün oy başına 3,50 DM yerine 5 DM'ye yükseltilmesi öngörülüyor. Bu gibi sorunlarda milletvekillerinin gerçekten boş durdukları söylenemez.



Aynı şekilde Bremen Klöckner-Hütte'si de tehlikede.

Lambsdorff cephe alıyor

Bonn işletmelerin kapatılması için prim vermekten yana

Hoesch çelik tekelinin üç işçi temsilcisi başkanının Federal Ekonomi Bakanı Lambsdorff'a yaptığı ziyaret bir hiçle sona erdi: Bakan, Hoesch için hiç bir şekilde AET çerçevesinde öngörülen devlet yardımlarının ötesinde bir yardım verilmeyecektir. O, ayrıca bir çok "uzmanı" şaşırtan açıklamasında Thyssen ve Krupp'un birleştirilmesinin bir şey getirmeyeceğini belirtti. Ve hükümet partilerinin sözümona bütçe politikacıları da çelik sanayisi yönetimlerinin uygun bir yeniden düzenleme planı hazırlayıncaya dek devlet yardımlarının verilmeyeceğini belirttiler.

Buna karşı Dortmund'da gösterilen tepki, farklı çıkarların olduğunu açığa vurdu. Hoesch patronu Rohwedder her seferinde söylediği gibi bu kez de gene çelik tesisini her hallükarda yapacağını açıkladı ki, şimdiye değin bunun bir izi dahi görülmüyor. Gerek onun gerekse diğer çelik patronlarının programlarında yeni çelik tesislerinin yapımı değil, tam tersine yığınlar halinde işyerlerinin yok edilmesi durmaktadır. Bu büyük projelerini gerçekleştirecek olsalar bile, ondan önce bir çok üniteyi ve işyeri kapatacaklardır.

Öte yandan çelik işçileri ve sendika temsilcileri çelik sanayisinin devletleştirilmesini talep etmelerine rağmen, bundan hiç bir şekilde bahsedilmedi ki, bunun işyerlerini şu ya da bu şekilde garantileme etkisi vardır.

Bonn'daki eğilimler, işyerlerinin yok edilmesi, işletmelerin kapatılması primlerini vermek için şimdiye değin uygulanan rotanın daha da sertleştirildiğini gösteriyor. Ve bu rota çeşitli şekillerde gerçekleştirilebilir. Bu ise şimdi çelik sanayisi patronlarının çelik sanayisini kökünden kazıma planlarına karşı ve çelik sanayisinin devletleştirilmesi uğruna mücadelenin yoğunlaştırılmasını daha da gerekli kılmaktadır.

AET'den çıkılmalı!

AET Başbakanları Stuttgart'ta zirve toplantısı yaptılar

4 Haziran'da yapılması öngörülen AET'ye üye devletlerin başbakanlarının zirve toplantısından dolayı 80 bin sendikacı Stuttgart'ta protesto düzenlediler. Ne var ki AET başbakanları toplantılarını ertelediler ve buluşmalarını şimdi yaptılar. Doruk toplantısının ana konusunu AET mali bütçesi sorunu oluşturuyordu. Ve bu sorunda herkes kendisini galip gelen olarak görüyordu: Bild gazetesi Helmut Kohl'u, İngiliz bulvar gazetesi Maggie Thacher'i vb. Ancak gerçek olan çatlaklıklar zorla birleştirildi. Ve bu çatlaklıklar kriz derinleştiği sürece daha açık bir şekilde ortaya çıkmaktadır.

İngiltere'nin 1,7 milyar DM'ını geri istemesine gelince, bu noktada uzun bir velveleden sonra bir uzlaşmaya varıldı. Ancak bu tüm sözleşmelere rağmen henüz tam olarak garanti edilmiş değildir.

Daha önce ilan edilen tüm adımlar zirve toplantısında geri plana itildi. Daha sonra açıklanan deklarasyon ise zirveye katılan hiç bir başbakan tarafından gerçekten ileriye doğru bir adım olarak görülmedi.

Federal Hükümet'in "biz" her şeyi ödemek zorunda kaldık yönünde başlattığı ve bundan dolayı bizim de hakkımız vardır kampanyası önce hesaba katılandan daha az bir başarı kaydetti. Çünkü gerçekte ise Federal Hükümet'in sözümona bu AET için ödemesi, büyük tekellere yaptığı üstü kapalı bir devlet yardımından başka bir şey değildi. Örneğin yıllık olarak 10 milyar Mark'ı bulan katma değer vergisini esas itibariyle en büyük tüketiciler olan işçi ve emekçiler ödemektedirler. Buna karşılık Batı Alman tekelleri ise kapitalist ekonominin kendileri için öngördüğü temel özgürlüklerden faydalanmaktadırlar.

Diğer yandan AET'ye üye devletlerin, AET'nin bütçe sorunları üzerine yaptığı buluşmada, gene AET'nin İsrail'e yardımlarının başlatılmasının kararlaştırılması, bunun gerek NATO gerekse NATO dışındaki askeri planlamalarla ne kadar yakından bir bağının olduğunu açığa vurmaktadır. Bunun için İngiltere'nin Malvin adalarının yeniden kuşatılması için sürdüğü savaştan dolayı AET'nin sağladığı imtiyazlı kredileri hatırlatmak bile yeterlidir. Ya da Türkiye'deki faşist cuntaya veya İngilizlerin Irland'da sömürgeci hakimiyetlerini ayakta tutabilmeleri amacıyla sürdürdükleri savaş için verilen maddi yardımları anımsamak yeter de artar bile.

Nitekim bu ekonomik özgürlüklerin tekellere geçmişe nazaran önceden uluslararası planlar yapmalarına imkân tanıması (bunun için sahil yakınında yapılması öngörülen Hoesch çelik işletmesini ve bunun için Dortmund'da yeni çelik tesislerinin yapımının feda edilmesini hatırlatmak yeterlidir) gerçeği, AET'nin işçilere hiç bir yarar sağlamadığını, tam tersine dez avantajlarının olmasına yol açtığını, onun bir silahlanma ve işyerlerini yok eden topluluk olduğunu göstermektedir. Bunun için "AET'den çıkmalı" talebi doğru ve güncel bir taleptir.



Stuttgart'ta yapılan AET zirve toplantısı: Toplantıda umulan netice sağlanamadı.

YASAL SÖZLÜK

"Oturma hakkı" nasıl alınır?

Bir yandan yabancı düşmanlığı giderek artar, Batı Alman kapitalistlerinin ve onların Bonn'daki hükümet ve diğer resmi makamlarının yabancılar üzerindeki baskıları yoğunlaşırken, diğer yandan ise yabancı işçi ve emekçileri her geçen gün daha büyük bir eşitsizlik ve haksızlığın içine itilmektedirler. Gerek Arbeitsamt'lar, gerekse yabancılar polisi yasalar ya da yasa dışı önlemlerle biz yabancı işçi ve emekçileri sınırdışı etmeye zorlamaktadırlar. Bu koşullar altında yabancı düşmanlığına karşı mücadelenin, mevcut sınırlı siyasi, sosyal ve ekonomik haklarımızın savunulması ve bunların daha da genişletilmesi, diğer bir deyişle Alman yurttaşlarıyla eşit sosyal ve siyasi hakların edilmesi mücadelesiyle bağını kurmalıyız. Ancak mevcut haklarımızı savunmanın yolu—bunlar sınırlı olsa dahi—bu hakların neler olduğunu bilmekten geçer. Ne var ki, yabancı işçi ve emekçilerin büyük çoğunluğu dil vb. zorluklardan ve bürokrasinin kendi dillerinde bu yönde yazılar yayınlanmamasından—yayınlananlar varsa bile, bunlarda da oldukça çok sınırlı bilgi verilmekte ve anlaşılması zordur—dolayı hangi yasal haklarının olduğunu bilmediklerinden bir yandan bu haklardan yararlanamamakta, diğer yandan ise resmi dairelerdeki keyfi baskılara karşı duramamakta, sahip oldukları haklarını arayamamaktadırlar.

Makamların çeşitli zorlayıcı önlemlerle biz yabancı işçi ve emekçileri sınırdışı etmelerini önlemek ya da bunu zorlaştırmak için özellikle bu konuda bize daha sağlam bir ikametgahı sağlayan oturma hakkında yararlanmaya çalışmalıyız. Bu hem bizim burada kalmamızı biraz daha sağlama alacak hem de işsiz olduğumuzdan, şu ya da bu siyasi eyleme katıldığımızdan ya da sosyal yardım almamızdan dolayı sınırdışı edilmemizi zorlaştıracaktır.

Yabancıların mevcut haklardan yararlanmalarını sağlamak ve tamamen savunmasız bir durumda olmalarını birazcık olsun hafifletmek için bu sayı ile birlikte önümüzdeki dönemde KŞ'ta "Yasal Sözlük" başlığıyla bir dizi yayınlayacağız. Özellikle işsizlik yasası, çalışma izni, oturma izni kira sözleşmesi vb. konular üzerine yazılar yayınlayacağımız bu dizimizin ilk konusunda oturma hakkına (Aufenthaltsberechtigung) bunun nasıl alınabileceğine ve bunun için hangi şartların gerekli olduğuna yer vereceğiz. Bu konuyla ilintili olarak aşağıda Baden-Württemberg İG Metall örgütünün yayınladığı ve gerekli bilgiyi veren yazısını aynen yayınlıyoruz. Yazıda belirtilen şartları yerine getiren herkes derhal oturma hakkı almaya başvurmalıdır. Gerçi yazı Baden-Württemberg'te oturan yabancılar için hazırlanmıştır. Ancak oturma hakkı için koşulan şartlar hemen hemen her eyalet için aynıdır. Çünkü bu geçerli olan yabancılar yasasına göre verilmektedir.

"Değerli Arkadaşlar,

Bu ülkede kendiniz ve aileniz için güvenceli ikâmet; keza burada yani Federal Almanya'da oturma ve çalışmaya kaygısız devam edebilmeniz için en önemli koşuldur. Sınırlı tanınan bir Oturma İzni (1 yıl, 2 yıl ya da 5 yıl gibi) konumuz içinde anlatmaya çalışacağımız güvenceyi sağlayamaz. Belirli bir süre için tanınan oturma izninin her uzatılışında yetkili makam, oturma iznini yeniden uzatmak için kullanılacak sebebleri bulmaya gayret sarfedecektir. Bir çok sorunlar karşısında herkese zorluk çıkartılması olasıdır. 5 yıllık süresinden sonra talep edilebilecek olan **Süresiz Oturma İzni** (unbefristete Aufenthaltserlaubnis) sayesinde sadece süresi dolan oturma izninin uzatılması için gerekli zaman kaybı ve masraf önlenmiş olur.

Bilinmesinde yarar vardır: Eğer, süresiz oturma izni koşullarının sonraki zaman içinde bile yerine getirilmeyişi kanıtlanırsa, bu kez yetkili makam önceden tanıdığı Süresiz Oturma İzni'ni 'süreli' duruma indirebilir. Örneğin, kim sosyal yardıma muhtaç olur ve bunu alırsa ya da bir trafik suçu işlerse, Süresiz Oturma İzni'ni süreliye dönüştürme fırsatını yetkili makama kazandırmış olur (bu nedenle, resmi makamlardan, mahkemelerden ya da benzeri yerlerden adınıza gelen ceza tebliğlerine karşı bir hafta içinde cevap verilmesi gerektiği unutulmamalıdır!). En iyisi Oturma Hakkı diye tanımladığımız haktır ve koşulları yerine getirenlerin bu haktan mutlaka yararlanmaları tavsiye ediyoruz

YETKİLİ YABANCILAR DAİRESİNE (Ausländerbehörde) OTURMA HAKKI (Aufenthaltsberechtigung) için müracaat ediniz!

Oturma Hakkı'nı almak için yapılacak başvurudan önce Süresiz Oturma İzni'ne sahip olmak mecburiyeti yoktur. Bir kişiye daha önceden Süresiz Oturma İzni tanınmamış olsa bile, o kişinin Oturma Hakkı istemeye yine de hakkı vardır. Oturma Hakkı isteminde bulunan kişiye 'size süresiz oturma izni verelim yeter' anlamında nazik ifadeler kullanabilirler, ama hak sahibi Oturma Hakkı'nı almaktan vaz geçmemelidir.

Oturma Hakkı almak için yetkili makama gidildiğinde, doldurulan formüllerin en başına şu almanca sözcük yazılmalıdır: Aufenthaltsberechtigung.

Pasaportunuzu vakit geçirmeden uzattırmayı ihmal etmeyiniz. Pasaportun günü dolduğu halde yeniden uzattırılmamışsa, Oturma Hakkı da geçerliliğini yitirir. Oturma Hakkı'nı (Aufenthaltsberechtigung) alabilmek için yerine getirilmesi gereken **koşullar** şunlardır:

1. Yasal olarak ve aralıksız 8 yıldan beri Federal Almanya'da oturmuşluk (8 jähriger Aufenthalt in der Bundesrepublik)

Aralıksız oturmuşluk; sürekli oturma izninin mevcut olmasıdır. Oturma izninin uzatılmasından önceki kısa geçikme (örneğin, son 5 yıl içinde 2 aydan az bir geçikme) engel sayılmaz. Bu ülkede ikâmet süresinin hesaplanmasında, 16 yaştan önceki süre de dikkate alınır. Sılada geçici ikâmet (yıllık izin gibi) ve işverenin sebeb olduğu geçikmeler söz konusu sürenin saptanmasında olumsuz etki yapamaz. Hak sahibinin, kısa süreli askerlik hizmeti nedeniyle sılada geçirdiği zamanın da olumsuz etkisi olmaz, eğer hak sahibi söz konusu hizmetin bitiminden hemen sonra geri dönmüşse.

2. Yeterli kazanç (ausreichenden Einkommen)

Bu konuda en son ücret bordrosu ya da kazanç vergisi belgesi yeterli sayılmalıdır. Bunun dışında, halen bir işte çalışıyor olmanın kanıtı istenebilir (Arbeitsbescheinigung).

Emekli aylığı alanların ise, Yasal Emekli Sigortası Kurumu'nun ödeme belgesinin fotokopisini ibraz etmeleri gerekir. Ailenin dışında bir geçim yükümlülüğünün olup olmadığı da sorulur.

3. Sabıkalı olmamak (keine Vorstrafen)

Sabıkanın niteliği göz önünde tutulur. Ceza kayıtlarından zaman aşımı nedeniyle silinmiş geçmiş cezalar dikkate alınmaz. Ceza ile ilgili bir soruşturmanın polisce yürütülmediği ve her hangi bir ceza davasının mevcut olmadığına dair açıklama istenir.

4. Yeterli Almanca (ausreichende deutsche Sprachkenntnisse)

Oturma Hakkı almak için yabancılar dairesine gidildiğinde, orada görevli memurla Almanca konuşup dileğini anlatabilmek, bu koşul için yeterlidir. Bir dilbilgisi sınavından geçmiş ya da Almanca öğrenme kursuna katılmış olmak koşulu öne sürülemez. Almanca dilbilgisinin var olup olmadığının tespiti yazılı yapılamaz. Örneğin, Almanca bir yazı yazılması ya da kişinin özgeçmişi hakkında yazılı bilgi istenemez. Yeterli Almanca konusundaki bu koşul, Süresiz Oturma İzni alırken, bu kapsamda beklenen dilbilgisi ölçeğinden çok zorlaştırılamaz.

5. Yeterli konut (ausreichende Wohnung)

Oturulan konutun yeterli olduğunu kanıtlamak için konutta her kişi başına 12 m2 düşecek büyüklükte olması zorunludur. Bu hesaplamaya, Oturma Hakkı için başvuranın 16 yaşından küçük olupta halen Türkiye'de yaşayan çocukları için bile on iki metre kare şartı geçerlidir. Yan odalar yani mutfak, banyo, tuvalet ve hol gibi bölümler de hesaplamaya dahil edilmektedir. Kiler, çatı altı yeri ve öteberi koymak için kullanılan odacık metre kare hesaplamasına girmiyor. Yeterli konutta oturuyor olmanın kanıtı; kira kontratı ya da ev sahibinden alınacak belgedir.

İstenilen metre karenin nüfus sayısına göre istenilen yüksekliğinin biraz altında kalan kontutlar için aslında engel çıkartılmaması gerekiyor. Yabancılar Dairesi güçlük çıkaracak olursa; çalıştığınız işyerindeki İşçi Temsilciliği'ne (Betriebsrat) ya da danışma yerlerine bildiriniz!

6. Okul çağındaki çocuklar (Nachweis des Schulbesuches)

Bu konu da ilgili nüfus idaresinden (Einwohnermeldeamt) Federal Almanya'da yaşayan çocukların sayısına göre ve okula gidenler için de gittiklerine dair birer belge almak ve ibraz etmek gerekiyor. Alman okul karneleri de kanıt olarak kabul edilir.

7. Beş yıllık Çalışma İzni (besondere Arbeitserlaubnis)

Federal Almanya'da 5 yıl kesintisiz çalışan işçiye, 5 yıllık Çalışma İzni (unbefristete Arbeitserlaubnis) verilir. İşsizlikte geçen zaman 5 yıl hesabına dahil edilmez.

Değişik ülkelere göre Çalışma İzni değişik uygulanmaktadır: **İtalyanlar:**

Bunların çalışma izni almak zorunluğu yoktur.

Yunanlılar:

1.1.1981 tarihinde Çalışma İzni'ne sahib olan Yunanlılara (süresiz özel bir çalışma izni) tanınır.

Türkler:

4 yıl çalışmışlığı olan Türklere, 5 yıllık Çalışma İzni (besondere Arbeitserlaubnis) ve 8 yıllık ikâmet etmişlikten sonra ve bu süre içinde en az 4 yıl çalışmış olmak şartıyla; Süresiz çalışma İzni (unbefristete Arbeitserlaubnis) verilir.

İspanyollar:

Yasal olarak 8 yıl ülkede oturmuşluğu olan İspanyollara, 5 yıllık çalışmışlık aranmadan, beş yıllık Çalışma İzni (besondere Arbeitserlaubnis) verilir.

Unutulmasın:

5 yıllık Çalışma İzni (besondere Arbeitserlaubnis) için müracaat ve talep etmek zorunludur. Eğer, talep reddedilirse, bu reddin yazılı gerekçesi istenmelidir.

Eş ve çocuklar için özel uygulamalar:

Eşler:

Oturma Hakkı talebi halinde, eşlerin de çalışma izni ibrazı gerekmez.

Çocuklar:

16 yaşını dolduran çocuklara oturma hakkı verilebilir. (bu hak müracaat ile olasıdır) ki, Çalışma İzni'ne sahib olmak koşulu aranmaz.

Oturma Hakkı'nı daha önce almış bir yabancı işçinin eşine ve 18 yaşını doldurmamış çocuklarına, Federal Almanya'da 5 yıllık oturmuşluk söz konusu olduğu takdirde Oturma Hakkı (Aufenthaltsberechtigung) tanınır.

Eğer, koşulların yerine getirildiğini gösteren belgeler tam olarak ilgili makama verilmişse Oturma Hakkı için başvuruda bulunan hak sahibine 1 ay zarfında cevap verilmesi beklenir. Ama en geç 3 ay içinde Oturma Hakkı (Aufenthaltsberechtigung) başvurusu konusunda bir karar verilmesi zorunludur.

İsteğin reddi yazılı bir gerekçeyle ve Hukuk Yolu Açıklaması'nın (Rechtsmittelbelehrung) verilmesiyle olur. Yukarda da değindiğimiz gibi, talebin reddi halinde yazılı gerekçe istenmelidir."

Hüseyin İnci serbest bırakıldı

Üç hafta süren iade hapisinden sonra Hamburg'ta iltica isteminde bulunan Hüseyin İnci, 5000 DM kefalet karşılığında serbest bırakıldı. Faşist cunta onun "öldürme teşebbüsüne yardımcı olmaktan" ötürü iade edilmesini istemişti. Bunun için Federal Alman makamları onu tutuklayarak iade etmek istiyordular. Ancak anti-faşistlerin ve demokratların sürdürdüğü protesto sonucunda cunta şimdilik amacını gerçekleştiremedi.

Hiç kuşkusuz tutuklunun serbest bırakılmasında Hamburglu Alman ve Türkiyeli demokratların ve anti-faşistlerin örgütlediği geniş dayanışma kampanyası en büyük paya sahiptir. Bu dayanışma eylemlerine KŞ'ın son sayısında yazdığımız Hella Franke'nin oturma grevi de dahildir. Hella Franke şu an oturma grevine son verdi.

Diğer yandan Hüseyin İnci'nin serbest bırakılması henüz kesin garantiyi beraberinde getirmemektedir. Ve onun serbest bırakılması, faşist bir rejimin sahte suçlaması araştırılmadan tutuklanması ve hapis yatması için de yeterli bir önlem değildir. Burada doğru olan ona bu süre için tazminat verilmesidir.

Hüseyin İnci'nin olayı sınırdışı edilme tehlikesi ile karşı karşıya olan tüm demokratlarla aktif bir dayanışmanın gerekliliğini göstermektedir. Onun tutuklanması olayının artık Federal Almanya'da bir istisna olmaması, tam tersine normal bir durum olması, Federal Almanya'da tüm iltica uygulamalarına, Federal makamların faşist rejimlerle birlikte çalışmalarına ve onları yoğun olarak desteklemelerine karşı harekete geçmeyi daha da gerekli kılmaktadır.



*Bochum'da yürüyüşün yapıldığı hafta sonunda Wasserburg Haus Kemnade'de **"barış için, halkların dostluğu için, haksızlığa ve eşitsizliğe, ırkçılığa karşı omuz omuza"** şiarı altında çeşitli uluslardan işçilerin, emekçilerin ve ailelerinin katıldığı bir şenlik yapıldı.*

Bochum'da yabancı düşmanlığı protesto edildi

18 Haziran'da Bochum'da yabancı düşmanlığına karşı düzenlenen yürüyüşe yaklaşık olarak 600 yerli ve yabancı katıldı.

Başını bir folklör grubunun çektiği yürüyüş kolu şehir merkezinden geçti. Özellikle satış mağazalarının bulunduğu yere gelindiğinde eylem halkın dikkatlerini üzerine topladı. Gerek yürüyüş esnasında yapılan konuşmalarla gerekse yapılan iki mitingte devletin yabancılar politikası teşhir edildi ve buna karşı direnişin gerekliliği üzerine bilgi verildi. Yabancılarla Evli Alman Kadınları derneğinin, IAF'ın başkanı Rosi Wolf-Almansreh Alman demokratlarına çağrıda bulunarak, "hemşerilerinin hoşgörülü olmayan bölümünü" yabancı işçi çalıştırılmasının gerçek nedenleri üzerine aydınlatmalarını ve yabancı düşmanlığı kışkırtmacılığına karşı çıkmalarını istedi. Federal Almanya'nın çoktan bir göçmen ülkesine dönüştüğü belirtildi. Bunun için de yabancılara eşit siyasi ve sosyal haklar tanınmalıdır dendi.

Yürüyüşün bitiminde yapılan, ve diğerlerinin yanı sıra Melike Demirağ'ın ilerici şarkılar söylediği mitingte, yabancılar için yerel seçim hakkı talebini vurgulamak amacıyla bir imza kampanyası başlatıldı.

İmza listesinde bu konuda şöyle yazıyordu: "1984 yılında yapılması öngörülen yerel seçimlerden dolayı, Kuzey Ren Westfalye'de yaşayan yuvarlak olarak 1 milyon yabancı yurttaşın seçme hakkının olmadığına dikkatleri çekmek isteriz. Biz bu noktada yabancı yurttaşların eşitsizliğe ve haksızlığa uğradıklarını görüyor ve şunu talep ediyoruz: Yabancılar için yerel seçim hakkı!" Kuşkusuz ki, mitingte bu açıklamanın altına bir çok imza toplamak pek zor değildi. Ve bu imza listeleriyle imza toplanmaya devam edilmelidir. Elbette KRW'de bir çok insiyatifte bu imza listelerini devralacaktır. Partimiz, Almanya Komünist Partisi, KPD bu talebi tamamen desteklediğini, yürüyüşte taşınan bir pankartla da dile getirdi.

Böylesi bir yürüyüşün büyüklüğü bir hareketin gücünün yegane ölçütü olmasa dahi, şu gerçek bir kez daha açığa çıktı: Yapılması gereken çok şey var. Yabancılar politikasında sermayenin ve onun Bonn'daki hükümetinin karanlık planlarına karşı seferberlik ve direniş karşı seferberlik ve direniş yoğunlaştırılmalıdır.

KISA DÜNYA HABERLERİ

Gene ırkçılık aleyhtarları katledildi

JAHANNİSBURG.—1976 yılındaki Seveto ayaklanmasının yıldönümü dolayısıyla Güney Afrika'da düzenlenen yürüyüş ve mitinglerde gene bir kişi polis kurşunları ile katledildi.

Bu yılda Güney Afrika'da bir çok yürüyüş ve miting düzenlendi. Durban şehri yakınındaki Inanda'da Güney Afrika polis birlikleri bir yürüyüş koluna saldırdılar. Bu saldırıda protesto eylemine katılan bir otobüs şoförü katledildi.

Seveto'da ise Çevik polis örgütünün bir komando birliği ayaklanmanın kurbanlarının anılması için düzenlenen dini ayine saldırdı. Bu dini ayinde kırkın üzerinde insan tutuklandı.

1976 yılındaki ayaklanmada katledilenlerin ve bir hafta önce ırkçı Güney Afrika rejimi tarafından idam edilen Afrika Ulusal Kongresi'nden (ANC) üç yurtseverin anısına Seveto'da tüm dükkanlar ve okullar kapatıldı ve halkın büyük çoğunluğu Jahannisburg'a işe gitmedi.

Güney Afrika:

Maden işçileri için ilk ücret sözleşmesi yapıldı

Johannisburg.—Güney Afrika'nın tarihinde ilk olarak maden tekelleri siyah maden işçilerinin sendikası ile bir toplu sözleşmeyi imzaladılar. Güney Afrika maden sanayisindeki 100 yıllık baskıdan sonra bu başarıyı maden işçileri geçen cumartesi günü "National Mineworkers Union" (NUM) ve "Cehamber of Mines" (Maden Odaları) bir sözleşme imzaladığında elde ettiler. Bu sözleşmede tüm ücretlerin yükseltilmesi, asgari ücretlerin yüzde 13,9 ile yüzde 15,6 arasında yükseltilmesi öngörülmektedir.

Sözleşmelerin çıkış noktası oldukça zordu. Çünkü NUM yüzde 30 talep ediyordu, ancak buna karşılık maden sanayisi sahipleri ise yalnızca azami olarak yüzde 8 zam vermek istiyordular.

Şimdiye değin Güney Afrika'da geçerli olan uygulamaya göre kapitalistler yalnızca "beyazların" sendikaları ile görüşme yapıyordular ve siyah derili işçilerin ücretlerini de belirliyordular.

1982 yılında yuvarlak olarak 370 bin siyah derili maden işçileri geniş bir grev eylemi örgütlediler. Bu eylem özellikle de altın maden sanayisinde gerçekleştirildi. Grev yasağı olmasına rağmen düşük ücretlere, kötü yaşam şartlarına ve oturulamayacak konut ve sık sık ölümle sonuçlanan ağır çalışma şartlarına karşı yaygın mücadelelere gidildi. Bu hareketin yol açtığı sonuçlardan biri, NUM sendikasının oluşmasıydı. Ve sendika oldukça kısa bir sürede 25 bin üye kazandı. Görüldüğü kadarıyla, maden kapitalistlerinin bu yıl ilk olarak siyah işçilerin sendikası ile görüşmeyi kabullenmelerinin ana noktasını geçen yılki bu mücadeleci hareket oluşturuyordu.

Bu 17 Haziran'ın dönüşümün işaretinde olması öngörülüyordu. Nitekim daha şimdiden Federal Almanya'nın Doğu sınırının silindiği, Doğu Almanya ve Polonya'nın yok olduğu, eski şövalyelerin yeniden canlandığı ruhuyla hareket eden CDU/CSU milletvekillerinin ve "Mülteciler" yöneticilerinin konuşmaları bu yöndeydi.

Ne var ki, aşırı sağın kapsamlı eylemleri arzu edildiği gibi gerçekleştirilemedi.

İntikam alma provokasyonları

En ilgi çekici eylemi CSU ile içli dışlı bağları olan Gerhard Löwenthal'ın "Konservative Aktion" adlı sağcı hareketi yapmayı amaçlıyordu. Tabi ki o bir tane değil, bir dizi eylem yapmak istiyordu. Ve bunların hepsi ise "Bütün Almanya'nın başkenti olan" Berlin'de yapılacaktı.

Ne var ki yapılan eyleme Löwenthal ve diğerlerinin planladığından daha az bir katılım oldu. İşgal edilmiş bir binanın önünde yapılan mitingte, ev işgalcileri cinayetkar insanlar, kargaşacılar, kaçkınlar vb. olarak tahkir edildiler. Ayrıca eylemin doruk noktası olarak planlanan "Geri dönüş eylemi" şiarı altında bildiri dağıtılarak, Türkiyelilerin hemen ülkeyi terk etmeye, aksi taktirde zorla dışarı edileceklerine çağrılması öngörülüyordu. Kuşkusuz ki, onlar bu çağrıyı biraz daha nazik bir dille yapmak ve sözümona yabancılara karşı olmadıkları görünümünü uyandırmak için Türklere çicek vermek istiyordular.

Binlerce Kreuzbergli yerli ve yabancı bu provokasyona gereken cevabı verdi. Polis, halkın gericilerin bu eylemini boşa çıkarma girişimine saldırarak bir çok kişiyi göz altına aldı.

Tabi ki aynı esnada bir çok evde boşaltıldı.

Bir bütün olarak Federal Almanya'da gerici seferberlik, düzenlenen eylemleri ele aldığımızda beklendiği ölçüde gerçekleşmedi.

Ve bu, intikam alma politikacılarının ve birliklerinin Federal Almanya'da yeni bir zemin yaratmaya çalıştıkları ve şimdi kışkırtmaları için daha iyi bir zemine sahip oldukları konusunda bizi hiç bir şekilde yanıltmamalıdır. Nitekim daha bu yılın 17 Haziran'ından kısa bir süre önce yüksek resmi nakamlar tarafından, Doğu'ya karşı bir saldırı için halk ve gençlik arasında nasıl eğilim geliştirilebileceğinin planları hazırlandı.

Bugün Aşağı Saksonya'da yapılan "Slezyalıların buluşması"nda Hupka "vatanın yeniden kazanılması" için "vatandaşlarının" kararlı olduklarını ve bunun silah zoruyla alınabileceğini belirtiyorsa, o bugün arkasında bu programı destekleyen bir hükümetin olduğunu biliyor.

Diğer yandan bizler ise, bir çok bölgede kendi çapımızda intikam alma politikası hakkında uyarıda bulunduk ve kapitalistlerin somut savaş hedefleri hakkında bilgi verdiysek, bu gerekliydi.

Bugün intikam alma politikasına karşı mücadele, Bonn'daki dönüşüm politikasına karşı sürdürülmesi gereken direnişin önemli bir bölümüdür. Ve bu görev işyerlerinde, semtlerde, okullarda ve çeşitli bölgelerde yerine getirilmesi gereken bir görevdir.

Şili'de görkemli mücadele eylemleri düzenlendi

Pinoşet halk üzerindeki baskılarını artıriyor

11 Mayıs 1983'te Şili'de düzenlenen birinci ulusal protestodan bir ay sonra, 14 Haziran'da gene faşist Pinoşet diktatörlüğüne karşı yaygın ve mücadeleci protesto eylemleri düzenlendi.

Şehirde ve köyde işçi ve emekçilerin, öğrencilerin ve aydınların düzenledikleri bu görkemli eylemler, Şili'deki durumun aynı şekilde hakim sınıfların bir krizine dönüştüğünü, onların büyük baskı altına girdiğini gösteriyor.

Bu yılın sonbaharında faşist Pinoşet diktatörlüğü 10. yılına girecek. O, bu geçen on yıl içinde en azgın baskıyı ve en pervasız sömürüyü gerçekleştirmesine ve halkı kan ve vahşet estirerek bastırmaya çalışmasına rağmen, onu tamaman teslim alamadı. Onun bu dönemde uyguladığı ekonomik politika ülkeyi iflasın eşiğine sürükledi.

Şili'deki faşist cuntaya karşı geniş muhalefetin şekillenmesi özellikle bu yıl bir ilerleme kaydetti.

Mayıs ayındaki eylemlerden sonra 14 Mayıs'ta yapılan çağrıya daha geniş yığınlar uydu ve bu önceki eyleme göre daha da güçlüydü.

Şili'nin bir çok büyük şehirinde görkemli yürüyüşler düzenlendi, bir çok sanayi işletmesinde işçiler işi bırakarak greve gittiler. Örneğin grevlerin yapıldığı Arica kentinde polis gösteri yapan yığınlara saldırdı ve 60'ın üzerinde gösteriçiyi tutukladı.

Ülkenin başkenti Santiago'da ise kamu ulaşım araçlarının yüzde 60'ından fazlası sefer yapmadı. Santiago'nun bir çok tekstil ve inşaat işletmesinde greve gidildi. Tüm üniversitelerde yürüyüşler yapıldı. Santiago'nun tüm yoksul semtlerinden yığınlar şehir merkezine doğru harekete geçtiler.

Eylemlerin yapıldığı gün Pinoşet faşist diktatörlüğü göstericilerin üzerine gözü dönmüşcesine saldırdı, yalnızca Santiago'da 600'ün üzerinde işçi ve emekçiyi tutukladı.

Öte yandan faşist diktatörlük halkın mücadelesini bastırmak ve onları sindirmek için son dönemlerde baskılarını da kat kat artırdı. Ve o halkın protestosunu şiddet eylemlerine başvurarak önlemeye çalışmaktadır.

Biz komünistler ve 17 Haziran

Doğu Berlin'de ve Doğu Almanya'nın diğer şehirlerinde grevlerin, yürüyüşlerin ve ölülerin olduğu 17 Haziran 1953'te ne olmuştu? Batıda denildiği gibi bir halk ayaklanması mı? Yoksa Doğu'nun söylediği gibi karşı devrimci bir darbe mi? Bunların ne biri ne diğeri ne de ikisinden biraz doğrudur. Geriye dönük olarak bunun esas yanı ile Batı'nın örgütlediği ve yönettiği bir karşı devrimci darbe olduğunu söyleyebiliriz. Ne var ki bu, Doğu Almanya'da bunun için bir temel, yani uygun şartlar olmasaydı mümkün olamazdı. Buna sebebiyet veren durum, Stalin'in ölümünden sonra Ulbricht ve Grotewohl'un ilan ettikleri sözüm ona yeni rotaydı. Bu, Walter Ulbricht'in "Neues Deutschland"da (SED Merkez Yayın Organı, KŞ) tespit ettiğ şöyle bir rotaydı. "Şimdi hataları düzeltmeli ve şimdiye değin uygulanan kapitalist güçlerin sınırlandırılması politikasını terk etmeliyiz." Aynı esnada ise—kendilerine hiç bir şekilde sormadan—işçiler için normların yüzde 10 yükseltilmesi kararlaştırıldı. "Yeni Rota" hepsine imtiyazlar vaad ediyordu, yalnızca işçilere değil.

Bu ise fıçının taşmasına yol açtı. Samimi ve çoşkulu bir şekilde sosyalizmi, yeni toplumu inşaa etmek isteyen işçiler, yıllar boyunca bir yandan kendileri düşük bir ücret için güçlü bir biçimde alın teri dökerken, diğer yandan ise aydınlara, teknokratlara, kafa gücü ile çalışanlara rahatlık sağlandığına ve yüksek parti yöneticilerinin kendileri için özel mağazalarda vs. alış verişle birlikte imtiyazlı bir yaşam kararlaştırdıklarına tanık olmak zorunda kaldılar.

17 Haziran 1953'te Stalin-Allee'de inşaat işçilerinin kinleri kesinkes patlayıncaya ve onlar bir yürüyüş için sokaklara dökülenceye kadar parti ile emekçiler arasındaki ayrılık giderek büyüdü. Artık bu durumda aynı günü yükseltilen normların geri alınması da bir yarar sağlamıyordu. Yürüyüşler giderek genişlediler.

İşte bu Batı'daki kapitalistlerin bekledikleri saatti. Onların zamanın kendilerine sunduğu nimetten faydalanarak kişi başına 50 DM ile satın alınmış provokatörleri Doğu Sektörüne gönderdiler ve Doğu Almanya'nın diğer şehirlerindeki ajanlarını aktifleştirdiler. Gazete büfeleri alevler içinde yandı, evler yakıldı, hapishaneler açıldı ve tutuklu faşistler kurtarıldı. Eylemlerin planlı gidişattından, hedefinden dolayı, bunun, Doğu Alman işçi sınıfının yalnızca küçük bir bölümünün katıldığı, çoğunluğunun ise grev çağrılarını kararlı bir şekilde reddettiği batılı emperyalistler ve ajanları tarafından yönlendirilen karşı devrimci bir darbe girişiminin olduğu açıkca ortaya çıkmaktadır.

Ve ayrıca on binler halinde yürüyen işçilerin bile tüm provokatörlerle hiç bir ortak yanı yoktu. Onlar, böyle formüle etmemiş olsalar bile, daha fazla demokrasi, işçi sınıfının hakimiyetinin pratik olarak gerçekleştirilmesini istiyordular. Peki Ulbricht, Grotewohl, Honecker bu olaylardan öğrendiler mi? Asla. Gerçi normların yükseltilmesi geri alındı, ancak her şey eskisi gibi kaldı: Bürokratizm, akraba kayırıcılığı, rüşvetçilik, aydınların ve burjuva uzmanların imtiyazlı olması, parti ve devlette emir politikası.

Ulbricht Yönetimi 17 Haziran'dan sonra "halkın hükümetini güvenini kaybettiğini" açıkladı ve Kuba adıyla anılan saray şairi Kurt Bartels Stalin-Allee inşaat işçilerine şunu tavsiye etti: "Orada siz daha çok ve daha iyi duvar öreceksiniz ve sizin bu alçaklığınız unutulmadan gelecekte aynı şekilde daha akıllıca davranmak zorundasınız. Yıkılmış evleri tamir etmek kolaydır. Sarsılmış güveni yeniden yaratmak ise oldukça zordur." Buna karşılık Bert Brecht ise onlara şu cevabı verdi: "Burada daha kolay olanı, halkın hükümeti dağıtarak bir yenisini seçmesi değil midir?"

25.6.1983 tarihinde Krefeld'de

Bush'a karşı düzenlenen barış yürüyüşüne katıl!

ABD Bakanı Bush Krefeld'e gelerek, "Krefeld Barış Çağrısı"na karşı yeni bir Çağrı'yı, barışın ancak ABD füzelerinin yerleştirilmesi ile korunabileceği çağrısını açıklamak istiyor. Krefeld'li barışsever insanlar buna karşı 25.6.1983 tarihinde bir yürüyüş koydular. Krefeldli barış yanlısı insanların bu eylemlerinin desteklenmesi gereklidir. Miting saat 11'de şu yerlerde başlayacak:

★ Hansahaus park yerinde (burada trenle ya da Düsseldorf'tan gelenler buluşuyor)

KJD ve KPD'nin merkezi buluşması buradadır!

★ Grotenburgstadion (Burada arabalarıyla ya da otobüsle Ruhr bölgesinden ya da Kuzey Almanya'dan gelenler buluşuyor).

★ Eisstadion, (kayak stadyomu) burada Aachen ve Mönchengladbach tarafından gelenler buluşuyor.

★ Stadtwald, Hüttenallee/Jentgesalle (Rheinland, Bergisches Land, Sauerland ve KRW'nin güneyindeki eyaletler için buluşma yeri).

Mitinglerin konuları:

★ Dini ve siyasi olarak ayrı düşünenlere karşı tolerans gösterilmeli.

★ Yabancı yurttaşların hakları için.

★ Halklar arasında barış ve dostluk için.

★ Doğu'da ve Batı'da silahsızlanma ve Krefeld çağrısı için.

Mitinglerin bitiminde yürüyüş kolları şehir merkezine doğru harekete geçecekler. Daha sonra saat 14'de Alman-Amerikan barış şenliğinin başlayacağı yere gidilecek. Şenlikte çeşitli tanınmış sanatçılar çıkacak ve çeşitli tanınmış kişiler birer konuşma yapacaklar.

Kızıl Şafak'a bağış kampanyasına katıl!

Hedef: 30 bin DM



Her gün her şeyin pahalılandığını duyuyoruz. Ancak buna karşılık Kızıl Şafak'ın fiyatı değişmemektedir. Bu tuhaf belirtinin nedeni, onun yayımcısı olan KPD'nin, haftalık komünist gazetesinin açığını kapatmasında yatıyor.

Tüm gerçek masrafları hesapladığımızda, Kızıl Şafak'ın bir adeti satış fiyatı olan 1 DM'ın iki katından daha fazla miktarda bir paraya mal olmaktadır. Bu masraflar, yazarlar ve yayın evinde çalışan diğerleri için ödenen ücretlerden başlayarak, Yazı Kurulu için gazete aboneleri ve ihtisas literatürü giderlerini, Kızıl Şafak'ın büro kirasındaki payını, kalörifer, cerayan ve telefon masraflarını kapsamaktadır. Diğer gider faktörlerini ise paketleme materyalleri ve posta ücretleri, defter tutma, ve tabiki dizgi, film ve basım masrafları oluşturuyor.

Gerçekten gerekli olan çok tesirli bir fiyat artışı, şu an var olan mevcut açığı, partinin Kızıl Şafak'a yaptığı "para yardımlarını" düşürmekle, önlenebilir. Bunun en iyi yolu, muazzam bir şekilde trajı yükseltmektir. Bu hem siyasi hem de ekonomik olarak en iyi yoldur. Ne var ki, önümüzde bulunan yaz ayları ve "pazarın" gerçek değerlendirilmesi, tek bir yol olarak bu yolun pek başarılı olacağını göstermiyor. Bunun için tüm yoldaşları, arkadaşları ve Kızıl Şafak okurlarını KŞ'ın açığını 30 bin DM düşürmeye katkıda bulunmak için bağış kampanyasına katılmaya çağırıyoruz. Böylece gazetenin fiyatının yükseltilmesi önlenmiş ve Kızıl Şafak'ın gerekli yaygınlaştırılmasında "2 DM" engeli mani olmamış olur.

Bağışlarınızı şu hesap numarasına havale edin: KPD, 46 Dortmund 30
Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Konto-Nr. 321004547
ya da Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Konto-Nr. 6420-467



Dortmund'un Kuzey semtinde Haydnstr.'de bulunan MHP'li faşistlerin dernek lokali. MHP'li faşistler, açıkca Bozkurt simgesini derneklerinin üzerinde taşımalarına ve böylece onların Bozkurtlar olduğu açıkca bilinmesine rağmen Federal İçişleri Bakanı Zimmermann'ın bakanlığı yakın geçmişte "Federal Almanya'da Bozkurtlar örgütünün olmadığını" açıklamıştı. Aynı şekilde MHP'li faşistlerin bu dernekleri SPD'nin yönettiği bir şehirde olmasına rağmen, o da bugüne değin buna karşı hiç bir önlem almadı ki, bu partinin yöneticileri sık sık faşistlere karşı olduklarından bahsediyorlar.

Coop, dükkan lokalini MHP'li faşistlere sattı

Yalnızca Dortmund'da bulunan sendikacıların ve anti-faşistlerin tepkisine yol açmaması gereken bir skandalı, DGB sendikasının büyük hisse payının olduğu Coop şirketi 9 Haziran'da Dortmund'da gerçekleştirdi. O, kendisinin sahibi olduğu bir dükkan lokalini MHP'li faşistlere sattı.

Uzun zamandan beri Dortmund'un yerli ve yabancı antifaşistler bu katil çetesinin Dortmund'un Kuzey semtinde faaliyet sürdürmesine serbestçe toplanabilmesine karşı önlem almaya çalıştılar. Nitekim MHP'li faşistler, resmi olarak kültür derneği kisvesi altında toplanmaya çalışsalar bile, onların Haydnstr.'deki dernek lokalinin üzerinde kendilerinin Bozkurt simgesi vardır.

Şimdiye değin Dortmund belediyesi buna karşı hiç bir önlem almadı ve en fazlasından buna karşı protesto eden antifaşistlere karşı polisi harekete geçirdi. Örneğin bu yönde antifaşistlere karşı bu tür bir olay bir kaç hafta önce gerçekleşti. O zaman düzenlenen protesto eylemi SPD'nin Kuzey semtindeki örgütünün başkanı Detlef Bogdahn'ın bir kaç kez Coop yönetimine başvurmasına ve MHP'li faşistleri desteklemesi hakkında uyarmasına yol açtı.

Coop sözcüsü Dr. Vehling görüldüğü kadarıyla Bogdahn'a gerçeğin ne olduğunu açıklamış ve Bogdahn ise kendi açıklamalarında buna karşı tepkisinin geliştiğini belirtmişti. Satış, hedefli bir eylemdi.

Coop Yönetimi kira kontratı yapıldığında onların kim olduğunu bilmediğini, daha sonra ise önceden evden çıkarmanın mümkün olmadığını ve her halükârda 1 Haziran'dan itibaren kira kontratını uzatmamada kararlı olduklarını resmi olarak açıkladı. Ne var ki, bu da yapılmadı. Ve şu an lokal tamamen faşistlere aittir.

Detlef Bogdahn şimdi, yakın geçmişte Nordmarkt'ta yapılan eyleme işaret ederek şiddet eylemlerine başvurulacağından endişeleniyor. Birincisi, olayın dışında olanlar için MHP'li faşistlerin burada dernek lokalinin olup olmaması önemli değildir. İkinci olarak bu tür endişelerin çok daha önce olması gerekirdi. Çünkü MHP'li faşistler buraya taşındıklarından beri demokratik görüşlü Türk ve Kürtleri tehdit etmeye, yıldırmaya çalışmaktadırlar. Ve zorbalığa başvuran, Türkiyeli anti-faşistlere saldırmaya çalışanlar onlardır ve onlara karşı direniş haklı bir direniştir. Şimdiye değin SPD bu örgütün yasaklanması için bir adım atmadı. Eğer, Bogdahn şimdi bunu yapmak istiyorsa, o bunula bir yandan bir çok SPD üyesinin arzusunu yerine getirmiş olurken, diğer yandan ise bu çerçevede bizim desteğimize de sahiptir. Çünkü bu bizim için yeni bir talep değildir...

Sendikacılar, DGB sendikasının büyük hisse payının olduğu Coop şirketinin bu skandal yaratıcı ve faşistlerle dostluk amacını gütme politikasını kayıtsız şartsız kabul etmemelidirler. Burada gerçekleşen bu olay tüm DGB için utanç verici, tüyleri ürpertici bir olaydır. Ve bu adımı doğru bulmayan herkes için, bu DGB'den MHP'li faşistlerin ve tüm faşist örgütlerin yasaklanmasını savunmasını talep etmesine ilişkin somut bir nedendir.



Bu karikatürle birlikte Gericiliğe, Faşizme ve Savaşa karşı *Volksfront'un* (Halk Cephesi) Dortmund Kaza Birliği, büyük kısmı ile Alman Sendikalar Birliği, DGB'ye ait olan Coop şirketinin Haydnstr.'deki dükkan yerini MHP'li faşistlere satması üzerinde dikkatleri topluyor. Bakanlığı'nın, Federal Almanya'da "Bozkurt" adıyla anılan MHP'li faşistlerin olmadığı düzmecesini yaydığı Zimmermann pekâlâ bu tür gelişmeler için sevinebilir. Ancak o MHP'li faşist katil çetelere arka çıkarken, kuşkusuz ki, bunu hiç bir siyasi düşünceyi taşımadan yapmadı.

Dortmund'da anti-faşistler, satış sözleşmesinin geçersiz kılınmasını ve belediyenin MHP'li faşistlere karşı etkin önlemler almasını sağlamaya çalışıyorlar. KPD, bu tür girişimleri desteklemektedir. MHP'li faşistler, Dortmund'dan defolun! MHP'li faşistler yasaklanmalı!

Kızıl Şafak'ın 1982 yılı cilti çıktı

Kızıl Şafak'ın 1982 yılında çıkan sayıları toplanarak cilt halinde yayınlandı. Fiyatı 40 DM olan cilt şu adresten istenebilir: Verlag Roter Morgen Postfach 300526 46 Dortmund 30

Çifte vatandaşlık talebi şovenist bir talep midir?

"Zorla vatandaşlığa kabul etmek şovenizmdir. Siz de artık hepimizi Almanlaştırmak isteyen hükümet gibi gerekçe getiriyorsunuz. Siz o kadar şovenistsiniz ve yanlış bir kanaatte ısrar edenlersiniz ki, eşitliği bizi Alman olmaya zorlamaktan başka türlü tasarlayamıyorsunuz." 3-5 Haziran 1983 tarihleri arasında Frankfurt'ta, hüküm süren yabancılar politikasına karşı yapılan kongrede bir yabancının çifte vatandaşlık talebine karşı getirdiği en ağır suçlama buydu.

Bu talebin şovenizmle her hangi bir ilişkisinin olup olmadığına ve şovenizmin ne demek olduğuna değinmeden önce bir kaç nokta üzerinde durmak istiyoruz.

Hiç kuşkusuz çifte vatandaşlık talebine karşı getirilen bu tür itirazlar etkisiz kalmamaktadır, çünkü bu itiraz bir yabancı tarafından yapıldı ve burada yeni gelmişken bir çok yabancı örgütünün de böyle düşündüğünü belirtmeden geçmeyelim. Şimdiye değin yakın bir geçmişte kurulan yabancı düşmanlığına karşı insiyatiflerin ortak bir sorunu var: Bu da mevcut insiyatiflerin safında az yabancının, özellikle Türkiyelinin çalıştığıdır. Bu da insiyatif üyelerinin yabancılar için eşit haklar uğruna talepler tespit etmelerini ve ileri sürmelerini zorlaştırıyor. Çünkü onlar böylece bu talepler hakkında yabancı yurttaşların yargılarının ne olduğunu yeterince araştırma imkânına sahip değiller. Bu durumu Frankfurt'ta çeşitli insiyatiflerin sözcüleri dile getirdiler. Ve vatandaşlığa kabul edilmek talebi görüldüğü kadarıyla en geniş bir çerçevede tartışılmaktadır. Ancak henüz görüşbirliği sağlanmış değildir, bir çokları henüz bu talebin doğruluğu üzerine emin değiller.

Peki bu durumda talebin doğruluğu ya da yanlışlığı üzerine ne diyebiliriz?

Birincisi bu talep, biz yabancıların görüşlerini dikkate almadan düşünülmüş bir talep değildir. Bundan ötürü de bu talebe karşı getirilen itirazları yerinde birer itiraz olarak görmüyoruz. Ancak burada bu tür itirazda bulunanların çeşitli nedenlerinin olduğunu ve bunların ele alınması gerektiğini de belirtmek isteriz.

İlk olarak getirilen suçlamaya karşılık bu talep Federal Hükümetin tasarısıyla taban tabana zıttır. Bu anlamda bir talep üzerine, bunun faydası ve zararları—şayet varsa—düşünülmeden düz bir mantıkla bir benzerlik yapmanın esasen haksız olduğu kanısındayız. Şüphesiz ki, ana sorunun Federal Hükümetin tüm yabancıları "Almanlaştırmak" istediği oluşturmuyor. Elbette o uyumdan (entegrasyon) bahsettiğinde, bununla yabancıların asimile edilmesini ve boyunduruk altına alınmasını kastediyor. Ancak gerek kapitalistler gerekse onların Bonn'daki Hükümeti yabancı nüfusun yalnızca küçük bir bölümünü asimile etmek istiyorlar. Koyu gericiliğin Hükümeti önümüzdeki dönemde 2 milyonu aşkın yabancıyı sınırdışı etmek istediğini belirtti ve gerekirse itiraz durumunda bunu zoraki önlemlerle de gerçekleştireceği tehditini savurdu. Daha sonra ise geri kalanların da bir çoğunun gönderilmesi amaçlanıyor.

Otomatik olarak vatandaşlığa kabul etmek—Alman vatandaşlığını gönüllü olarak kabul etmekten farklı olarak—söz konusu anayurt hükümetinin ve Batı Alman burjuvazisinin, yabancı işçi ve emekçilerin Alman vatandaşlığına geçmesini ve bununla birlikte tam yasal ve siyasi eşitliğe kavuşmalarını baskı ya da diğer önlemlerle önlemesini imkânsız kılmaktadır. Otomatik olarak vatandaşlığa geçmek, yabancı işçi ve emekçilerin Alman yaşam tarzını ve kültürünü, Alman gelenek ve göreneklerini devralmaları gerektiği anlamına gelmemektedir. Bu hiç bir ön şarta bağlı değildir. Fakat bu Alman ve yabancı işçi ve emekçiler arasında karşılıklı anlayışı teşvik etmeye katkıda bulunacaktır.

(KPD-Yabancılar Programı-Taslak-)

Tüm gerekli iç politik eğilimlerle birlikte bu geniş kapsamlı kovma politikası büyük bir tehdittir. Ne var ki, bunun kapsamını henüz bir çokları küçümsemektedirler. Aynı şekilde hükümet değişikliği ile birlikte esaslı olarak hiç bir şeyin değişmediğini düşünenler de bu görüşü paylaşmaktadırlar. Ve bu görüş Frankfurt kongresinde de bazıları tarafından dile getirildi.

Devam edecek

KPD Yabancılar Programı (Taslak) Türkçe de çıktı

KPD Yabancılar Programı

Şimdilik Almanca ve Türkçe olarak çıkan KPD Yabancılar Programı (Taslak) önümüzdeki dönemde diğer yabancı emekçilerin dillerinde de yayınlanacak.

İsteme adresi: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 46 Dortmund 30 Broşürün tek adeti ücretsizdir. Bir adetten yukarı ısmarlamalar için adet başına posta masrafı da dahil 15 Pfennig alınmaktadır.

Anna Seghers'in anısına

1 Haziran 1983'te Doğu Almanya'nın Berlin şehrinde Anna Seghers hayata gözlerini yumdu. Anna Seghers bu yüzyılın en tanınmış sosyalist yazarlarından biridir.

19.11.1900 yılında Mainz'de doğan Anna Seghers, 1919 yılından itibaren Köln ve Heidelberg'te felsefe, tarih, sanat tarihi ve sinoloji öğrenimi yaptı. 1924 yılında Rembrand üzerine yaptığı doktora imtihanından sonra o bir çok ülkeyi gezdi. Genç yaşta işçi hareketinin safında yerini aldı.

Daha 1928 yılında yayınlanan "St. Barbara balıkçılarının isyanı" adlı ilk romanında bile o kendisini bur-



juva bağlardan koparmaktadır. Onun marksist görüşü yazarcı yaratımına yön ve hedef gösterdi. İşçi sınıfının, haklarından mahrum bırakılmış olanların ve takibe uğrayanların mücadelesinin, toplumsal güçlerin birbiriyle çatışmasının anlatılması, devrimci güçlerin ve olayların açığa çıkarılması, kendilerini sınıf mücadelelerinde sınayan insanlar için saf tutma vb. şeyler, onun gerçeğin değişmesine yönelik olan reel sanatının belirgin özellikleridir.

Anna Seghers 1928 yılında KPD'ye üye oldu. Proleter Devrimci Yazarlar Birliği (BPRS) üyesi olarak o 1920 yılında Uluslararası Devrimci Yazarlar Birliği'nin, Sovyetler Birliği'nin Charkow kentinde yapılan Kongresi'ne katıldı. 1933 yılında tutuklandı. Daha sonra Fransa'ya kaçmayı başararak burada anti-faşist yayın evlerinde ve dergilerde çalıştı.

Bu çalışmaları, bu yıllar içinde meydana getirdiği eserleri ve onun uluslararası kongrelerde kararlı bir biçimde hareket edişi, Hitler Faşizmine karşı mücadeleye ilişkin önemli katkılarıdır. O, 1935 yılında Paris'te Kültürün Korunması Kongresi'nde ve 1937 yılında ise Madrid'de Uluslararası Yazarlar 2. Kongresi'nde konuştu.

1940 yılında Fransa'nın işgal altında bulundurulmayan bölgesine kaçan Anna Seghers, buradan Marseille üzerinden Meksika'ya gitti. Burada o, diğerlerinin yanı sıra Ludwig Renn ve Bodo Uhse ile birlikte "Özgür Almanya" ("Freies Deutschland") adıyla yayınlanan dergisinin büyük önem kazandığı, Alman anti-faşist Yazarlar Merkezi'ni kurdu.

Anna Seghers 1947 yılında Almanya'ya geri döndü. O, Alman Demokratik Cumhuriyeti'ne (DDR) yerleşerek, yazarlık çalışmalarının yanı sıra kapsamlı kültürel politik görevler aldı.